

China in Bewegung

Herausforderungen für deutsch-chinesische Partnerschaften



Impressum

Erscheinungsort und Datum:
Siegburg, März 2012

Herausgeber:

SÜDWIND e.V. –

Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstr. 58–60

53721 Siegburg

Tel.: +49 (0)2241-5 36 17

Fax: +49 (0)2241-5 13 08

E-Mail: info@suedwind-institut.de

Website: www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank

Konto-Nr.: 99 88 77

BLZ: 350 601 90

IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77

BIC: GENODED1DKD

AutorIn:

Sabine Ferenschild, Tobias Schäfer

Redaktion und Korrektur:

Lena Evenschor, Julia Ferenschild, Kathrin Henneberger, Vera Schumacher

V.i.S.d.P.: Martina Schaub

Gestaltung und Satz:

Frank Zander, Berlin

Druck und Verarbeitung:

Druckerei u. Verlag Brandt GmbH, Bonn

Gedruckt auf Recycling-Papier

Titelfoto:

Ende der Mittagspause: Beschäftigte der Erke-Sportschuhfabrik in Fujian,

Foto: Fritz Hofmann

ISBN: 978-3-929704-62-4

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.



Diese Publikation wurde vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), dem Evangelischen Kirchenverband Köln und Region, der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt gefördert.

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	3
Einführung	4
1. China-Partnerschaften in Deutschland: mehr als Türöffner für Unternehmen?	6
1.1 Deutsch-chinesische Partnerschaften – ein Überblick	6
1.1.1 Bayern – Shandong: eine „beispiellose deutsch-chinesische Erfolgsgeschichte“!?	8
1.1.2 NRW – Sichuan: Schlüsselrolle bei der Entwicklung West-Chinas	10
1.1.3 RLP – Fujian: „Türöffner für den Mittelstand“ ■ Der Tibet-Konflikt und die Provinz Sichuan	12 14
1.2 Chinesische Städte im Netzwerk internationaler Städtepartnerschaften	14
1.2.1 Trier – Xiamen: Der Karl-Marx-Bonus	17
1.2.2 Regensburg – Qingdao: Wirtschaft und Wissenschaft	19
1.2.3 Bonn – Chengdu: Vom Kultur- zum Umweltschwerpunkt	20
1.3 China-Partnerschaften und Zivilgesellschaft	21
2. „Die größte Menschenbewegung zu Friedenszeiten“ – WanderarbeiterInnen in China	25
2.1 In der Stadt arbeiten – aber nicht dort bleiben. Wanderarbeit in China	25
2.2 Viel Arbeit, wenig Lohn, schlechte soziale Sicherung	32
2.3 „Lauter, fordernder und militanter!“ – Die zweite Generation der WanderarbeiterInnen	36
3. „Wir wollen nur etwas Gerechtigkeit!“ Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und Arbeitsrecht	37
3.1 Zwischen Fürsorge und Interessenvertretung. Der chinesische Gewerkschaftsbund im Wandel	39
3.2 Arbeitsrecht und Mindestlöhne	41
3.3 Internationale Arbeitsnormen und soziale Unternehmensverantwortung	44
4. Der Bildungssektor: Ein Standbein deutsch-chinesischer Partnerschaften	46
4.1 Das chinesische Bildungssystem	46
4.2 Sichuan: Ungleichheit trotz Bildungsinitiative	51
4.3 Fujian: Bildungschancen der ‚zurückgelassenen Kinder‘	53
4.4 Shandong: Kostenfreie Bildung zwischen Anspruch und Wirklichkeit	55
4.5 Schlussbetrachtung	57
5. Zusammenfassung und Ausblick	59
Literatur	60

Abkürzungsverzeichnis

ACGB	All-Chinesischer Gewerkschaftsbund
AFW	Asia Floor Wage Alliance/ Asiatisches Grundlohnbündnis
AGF Trier	Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V. Trier
BNE	Bruttonationaleinkommen
CANGO	China Association for NGO Cooperation/ Chinesische Vereinigung für NGO-Kooperation
CKF Trier	China Kooperationsforum Trier e.V.
CLB	China Labour Bulletin
CSR	Corporate Social Responsibility/ Soziale Unternehmensverantwortung
CULS	China Urban Labour Survey
DCJWB	Deutsch-chinesisches Jahr der Wissenschaft und Bildung
DGA	Deutsche Gesellschaft für Asienkunde
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
EU	Europäische Union
GB	Großbritannien
GDCF	Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft
GONGO	Governmental Organised Non-Governmental Organisation/ Von der Regierung organisierte Nichtregierungsorganisation
HH	Haushalte
ILO	International Labour Organisation/ Internationale Arbeitsorganisation
InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
ITUC	International Trade Union Confederation/ Internationaler Gewerkschaftsbund
KMK	Kultusministerkonferenz
NGO	Non Governmental Organisation/ Nichtregierungsorganisation
NL	Niederlande
NRW	Nordrhein-Westfalen
OWYTU	Ole Wolff Yantai Trade Union/ Ole Wolff Yantai Betriebsgewerkschaft
RLP	Rheinland-Pfalz
SACOM	Students and Scholars against corporate Misbehaviour/ StudentInnen und SchülerInnen gegen Fehlverhalten von Unternehmen
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
SVG	Social Insurance Law/ Sozialversicherungsgesetz
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization/ Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VR China	Volksrepublik China
WA	WanderarbeiterInnen

Einführung

China taucht in den deutschen Medien häufig im Zusammenhang mit Standortkonkurrenz, politischer Verfolgung, schlechten Arbeitsbedingungen, Umwelt- oder Lebensmittelskandalen auf. Als Partner wird China seltener wahrgenommen – obwohl es auf den verschiedensten Ebenen (Bundesländer, Städte, Universitäten, Schulen) Partnerschaften mit China gibt. Diese Partnerschaften blicken zum Teil auf eine jahrzehntelange Geschichte zurück, sind aber (noch) wenig in der Zivilgesellschaft verankert.

Da internationale Partnerschaften ein wichtiges Instrument der internationalen Völkerverständigung und damit auch der Entwicklungszusammenarbeit sowie der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sein können, bergen auch die Partnerschaften mit China die Chance zu einem partnerschaftlichen Austausch über soziale, politische und ökonomische Entwicklungen in China, Deutschland und der Welt. Diese Broschüre möchte einen Beitrag dazu leisten, dass sich dieses Potenzial entfalten kann. Um dies zu erreichen, greifen wir drei partnerschaftliche Beziehungen zwischen deutschen Bundesländern und chinesischen Provinzen exemplarisch heraus (Bayern – Shandong, Nordrhein-Westfalen

(NRW) – Sichuan, Rheinland-Pfalz (RLP) – Fujian). Innerhalb dieser Partnerschaften betrachten wir jeweils eine Städtepartnerschaft etwas genauer.

Im Jahr 2010 veröffentlichte SÜDWIND die erste Studie, die sich mit China-Partnerschaften

beschäftigte: Diese konzentrierte sich auf die Arbeitsbedingungen in Zulieferbetrieben bzw. einer Niederlassung dreier deutscher Konzerne (Adidas, Aldi, Metro) in den chinesischen Partnerprovinzen deutscher Bundesländer (NRW, RLP). Mit der nun vorliegenden Studie und dem begleitenden Aktionsleitfaden will SÜDWIND den Partnerschaftsengagierten weitere Informationen zum Lebens- und Arbeitsalltag in den chinesischen Partnerprovinzen zur Verfügung stellen. Dafür haben wir – nach einem Überblick über deutsche China-Partnerschaften und die Entwicklung der Partnerschaften zu Shandong, Fujian und Sichuan (Kapitel 1) – drei Schwerpunkte ausgewählt, die für das Verständnis aktueller Entwicklungen in China wichtig sind und zugleich auch in Deutschland für politische Diskussionen sorgen:

- Das Wirtschaftswachstum Chinas wäre ohne die vielen Millionen WanderarbeiterInnen, die innerhalb Chinas migrieren und zu einem großen Teil in den Exportfabriken die zahllosen Alltagsprodukte für den Weltmarkt herstellen, nicht denkbar. An der wachsenden Zahl der WanderarbeiterInnen und ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen lässt sich zum einen der enorme soziale Wandel Chinas in den letzten Jahrzehnten verdeutlichen; zum anderen sind diese Lebens- und Arbeitsbedingungen mit denen der irregulär in Deutschland lebenden MigrantInnen vergleichbar. Beide Gruppen sind in ihren politischen und sozialen Rechten eingeschränkt und einer Situation sozialer und ökonomischer Unsicherheit ausgesetzt (Kapitel 2).
- In den letzten Jahren hat die Zahl der Arbeitskämpfe und Proteste gegen niedrige oder vorenthaltene



Arbeiterinnen in Xiamen, Foto: Fritz Hofmann

Löhne, überlange Arbeitszeiten etc. in ganz China drastisch zugenommen. Die WanderarbeiterInnen fühlen sich durch das staatlich kontrollierte Gewerkschaftssystem nicht vertreten. Die Frage der Interessenvertretung und der Rolle der Gewerkschaften wird deshalb in China neu diskutiert und befindet sich im Wandel. Hat dieser Wandel auch die hier betrachteten Partnerprovinzen erreicht? Entstehen durch diese Veränderungen in China neue Gesprächs- und Kooperationsmöglichkeiten mit deutschen AkteurInnen, die wiederum in Deutschland mit zunehmenden informellen Beschäftigungsformen, einem wachsenden Niedriglohnsektor und Diskussionen um einen flächendeckenden Mindestlohn konfrontiert sind (Kapitel 3)?

- Aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich sind es vor allem Schulen und Universitäten, die sich in die China-Partnerschaften einbringen. Deshalb beschäftigt sich ein Kapitel mit dem Schul- und Bildungsalltag in China, fragt nach dem Zugang der Kinder von WanderarbeiterInnen zum staatlichen Schulsystem und

nach den Perspektiven von SchulabgängerInnen. Angesichts wachsenden Schuldrucks in Deutschland durch die Verkürzung der gymnasialen Oberstufe, durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit sowie die Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen ergeben sich auch im Bildungsbereich viele Parallelen zum Leben junger Menschen in den chinesischen Partnerprovinzen (Kapitel 4).

In Vorbereitung auf die vorliegende Studie hat SÜDWIND eine Umfrage unter verschiedenen PartnerschaftsakteurInnen in Bayern, RLP und NRW (die zuständigen Ministerien, die jeweiligen Oberbürgermeister, die DGB-Regionen, Schulleitungen sowie je eine zivilgesellschaftliche Organisation) durchgeführt. Einschätzungen und Kommentare aus den Antworten, die SÜDWIND erreichten, sind in diese Studie eingeflossen. Die Umfrage diente auch dazu, das Erscheinen dieser Studie bekannt zu machen – in der Hoffnung, dass sie genutzt wird, um die unbekannten Seiten der chinesischen Partnerprovinzen und -städte kennenzulernen.



Stadtansicht Xiamen, Foto: Fritz Hofmann

Kasten 1:

Fujian, Shandong und Sichuan im Vergleich

	FUJIAN 福建	SHANDONG 山東	SICHUAN 四川
Hauptstadt	Fuzhou	Jinan	Chengdu
Gouverneur	Huang Xiaojing	Jiang Daming	Jiang Jufeng
Fläche	121.400 km ² (Anteil an Gesamtfläche: 1,26 %)	156.700 km ² (Anteil an Gesamtfläche: 1,63 %)	485.000 km ² (Anteil an Gesamtfläche: 5,05 %)
Bevölkerung	36,27 Mio.	95,79 Mio.	81,85 Mio.
Einwohnerstruktur	51,4 % Stadtbevölkerung 0–14 Jahre: 17 % 15–64 Jahre: 73 % 65 Jahre und älter: 10 %	48 % Stadtbevölkerung 0–14 Jahre: 15,7 % 15–64 Jahre: 74,6 % 65 Jahre und älter: 9,7 %	38,7 % Stadtbevölkerung 0–14 Jahre: 17,2 % 15–64 Jahre: 70,6 % 65 Jahre und älter: 12,2 %
Ethnien	Han (98,34 %), She (1,1 %), Hui (0,32 %), Tujia, Miao, Zhuang, Mand-schu, Mongolen u.a. (jew. > 0,1 %);	Han (99,3 %), Hui (0,6 %), Mand-schu u.a.	Han (95 %), Yi (2,6 %), Tibeter (1,5%), Qiang, Naxi u.a. (> 1 %)
AnalphabetInnen	8,47 % (Männer: 3,91 %; Frauen: 12,9 %)	7,5 % (Männer: 3,7 %; Frauen: 11,26 %)	9,17 % (Männer: 4,92 %; Frauen: 13,36 %)
Arbeitslosigkeit	3,9 % (2009, Stadt)	3,4 % (2009, Stadt)	4,3 % (2009, Stadt)
HDI* (2008)	0.807 (Rang 12 von 31 Provinzen)	0.828 (Rang 8 von 31)	0.763 (Rang 24 von 31)
GINI**	0,47 (China)	0,47 (China)	0,47 (China)
Beschäftigung nach Sektor	Primär: 29,4 % Sekundär: 35,8 % Tertiär: 34,8 %	Primär: 36,6 % Sekundär: 31,9 % Tertiär: 31,5 %	Primär: 43,6 % Sekundär: 22,4 % Tertiär: 33,9 %
BIP pro Kopf	39.432 Yuan (+13,0 %)	35.894 Yuan (+ 12,2 %)	19.202 Yuan (+15,1%)
Ärzte/1.000 EW	Stadt: 2,15; Land: 0,97	Stadt: 2,38; Land: 1,2	Stadt: 2,31; Land: 1,09
Hauptindustrie	Petrochemie, Elektronik, Maschinen, Baugewerbe, Forstwirtschaft, Fischerei, Hydrokultur, Textilsektor	Chemie- und Petrochemie, Textilien, Stahl, Energie, Lebens- und Genussmittel, Pharmazeutika, Baumaterialien, Maschinen	Leicht- und Schwerindustrie, Chemieproduktion, IT, Medizin und Automobilbau
Anteil am Brutto-Regional-Einkommen	Landwirtschaft 9,5 % Industrie 51,3 % Dienstleistungen 39,2 %	Landwirtschaft: 9,5 % Industrie: 55,8 % Dienstleistungen: 34,7 %	Landwirtschaft: 15,8 % Industrie: 47,4 % Dienstleistungen: 36,7 %
Handel (2009) in Mrd. USD	Import: 26.3 Export: 53.3	Import: 59.6 Export: 79.5	Import: 10 Export: 14.2
Deutsche Unternehmen	Etwa 58 Unternehmen, u.a. Thyssen-Krupp, Linde, Hapag Lloyd, Daimler	Etwa 131 Unternehmen, u.a. Würth, Hapag Lloyd, Schenker, BASF	Etwa 86 Unternehmen, u.a. Bayer, SAP, Siemens, ThyssenKrupp, DHL
Internationale Partnerschaften	u.a. Liege (Belgien), Region Basse-Normandie (Frankreich) und Rheinland-Pfalz	u.a. Bretagne (Frankreich), Marken (Italien), Vastmanland (Schweden), Nordholland (Niederlande), Oberösterreich (Österreich) und Bayern	u.a. Midi-Pyrénées (Frankreich), Leicestershire (UK), Piemont (Italien), Tolna County (Ungarn), Valencianische Gemeinschaft (Spanien), Region Brüssel-Hauptstadt (Belgien), Friesland (Niederlande) und Nordrhein-Westfalen
Quellen	http://www.kanton.diplo.de/contentblob/1884326/Daten/1343260/wi_info_FJ_downloaddatei.pdf	http://www.bayern-shandong.com.cn/de/location.asp ; http://en.sdfo.gov.cn	http://www.chengdu.diplo.de/Vertretung/chengdu/de/03/Sichuan/Seite_Provinz_Sichuan.html#topic8

Statistical Yearbook 2010; UNDP China Human Development Report 2009/10; german-company-directory.com

* HDI = Human Development Index (Index menschlicher Entwicklung), von den Vereinten Nationen entwickeltes Konzept, das sich aus Lebenserwartung, Bildungsniveau und dem Bruttonationaleinkommen zusammensetzt. Je höher der Wert, desto höher der Wohlstand; Deutschland belegt mit 0,905 den weltweit 9. Platz (2011).

** Gini-Index oder –Koeffizient, benannt nach dem Statistiker Corrado Gini, ist ein Maßstab, mit dem Ungleichheiten dargestellt werden können. Auf einer Skala von 0 bis 1 (alternativ: 0 bis 100) gibt der Gini-Index Auskunft über den Grad der Ungleichverteilung des nationalen Einkommens in einem Land. Je niedriger der Wert, desto gleichere ist die Verteilung. In Deutschland lag der Gini-Index 2007 bei 0,28. Ein Wert über 0,4 bedeutet sehr starke Ungleichheit.

1. China-Partnerschaften in Deutschland: mehr als Türöffner für Unternehmen?

„China wird in Zukunft Europa so nah sein wie nie zuvor in unserer Geschichte – welches Chinabild wird Deutschland und Europa dann wohl prägen – ein kooperatives oder ein konfrontatives?“

Web-Blog von Andreas Lehrfeld und Elisa Limbacher, Briefe aus Xiamen

<http://xiamen.blog.volksfreund.de/vorspann/>

Anlässlich der Unterzeichnung der Städtepartnerschaft zwischen dem rheinland-pfälzischen Trier und der Metropole Xiamen in der chinesischen Provinz Fujian am 11. November 2010 äußerte der Trierer Oberbürgermeister Klaus Jensen die Hoffnung auf einen „Dialog über die Grundlagen der gesellschaftlichen Entwicklung und über die Entwicklung der Menschenrechte“ (Stadt Trier 2010) als Teil der Städtepartnerschaft. Ganz anders klingt die Aussage des bayerischen Wirtschafts-

ministers Martin Zeil, der Bayern „über 22 Jahre hervorragende Wirtschaftsbeziehungen zu Shandong“ (Bayerische Staatsregierung 2009) bescheinigte. Zwischen gesellschaftlichem Dialog und Konzentration auf Wirtschaftsinteressen – ist das der Spannungsbogen, in dem die China-Partnerschaften stehen? Am Beispiel ausgewählter Partnerschaften wird im Folgenden der Ist-Zustand deutscher Partnerschaften zu chinesischen Provinzen, Städten und Schulen beleuchtet.

► 1.1 Deutsch-chinesische Partnerschaften – ein Überblick

Mit Ausnahme von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt unterhalten alle deutschen Bundesländer auf Regierungsebene eigene Beziehungen mit chinesischen Regierungsstellen sowie Partnerschaften mit chinesischen Provinzen. Darüber hinaus unterstützen die Bundesländer verschiedene Aktivitäten von Kommunen, Städten, Vereinen, Schulen und Universitäten. Hierbei werden zwar auch Ziele im humanitären Bereich sowie im Umwelt- und Bildungssektor verfolgt. Das Gros des partnerschaftlichen Engagements der Bundesländer bezieht sich aber auf wirtschaftliche Interessen und unternehmerische Aktivitäten.¹ Da von den insgesamt 20 Partnerschaften der größte Teil in den 1980er Jahren abgeschlossen wurde und diese damit im Kontext der ökonomischen Öffnung Chinas für den Weltmarkt stehen, ist dies auch nicht verwunderlich (vgl. Tabelle 1).

Grundlage aller Partnerschaften ist der Vertrag über die gegenseitige Anerkennung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China, der am 11. Oktober 1972 unterzeichnet wurde (vgl. www.kanton.diplo.de).

Tabelle 1:

Partnerschaften deutscher Bundesländer mit chinesischen Provinzen u. Städten

Beginn der Partnerschaft	Bundesland	Provinz
1984	Niedersachsen	Anhui
1984	Baden-Württemberg	Jiangsu
1984	Nordrhein-Westfalen	Shanxi
1985	Hessen	Jiangxi
1985	Hessen	Hunan
1985	Bremen	Dalian (Liaoning)
1986	Schleswig-Holstein	Zhejiang
1986	Hamburg	Shanghai
1986	Baden-Württemberg	Liaoning
1986	Nordrhein-Westfalen	Jiangsu
1987	Bayern	Shandong
1988	Nordrhein-Westfalen	Sichuan
1989	Rheinland-Pfalz	Fujian
1994	Berlin	Beijing
1994	Saarland	Tianjin
1997	Thüringen	Shaanxi
2002	Baden-Württemberg	Shanghai
2004	Bayern	Guangdong
2004	Bremen	Guangdong (ruhend)
2007	Sachsen	Hubei

Quellen: Held/Merkle 2008, S. 25; Land Sachsen 2012.

¹ Zu diesem Fazit vgl. Ruhe 1995, Collet / Flock / Wünsch 2000 und Held / Merkle 2008.



Shandong

Die bayerische Partnerprovinz Shandong liegt im mittleren Bereich der Ostküste, 250 km südlich von Chinas Hauptstadt Beijing (Peking). Ein Teil der Provinz ragt als Halbinsel ins Gelbe Meer, das auf der gegenüberliegenden Seite an Korea grenzt. Shandong ist nach Henan die bevölkerungsreichste Provinz Chinas und gleichzeitig eine der stärksten Wirtschaftsregionen des Landes. Shandong verfügt über begehrte Rohstoffe wie Öl, Gold und Baumwolle, insbesondere aber auch über große Industriestandorte mit Produktion von Nahrungsmitteln, Haushaltsgeräten, Textilien und Maschinen.

1.1.1 Bayern – Shandong: eine „beispiellose deutsch-chinesische Erfolgsgeschichte“!?

Bayern schloss bereits im Jahr 1987 nach langjährigem Kontaktaufbau durch den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß eine erste Partnerschaft mit der chinesischen Provinz Shandong. Erst im Jahr 2004 folgte eine weitere Partnerschaft mit der Provinz Guangdong, die seit vielen Jahren die wirtschaftsstärksten Provinzen Chinas anführt. Aufgrund der längeren Partnerschaftsgeschichte und der im Vergleich zu Guangdong größeren Unbekanntheit der Provinz Shandong in Deutschland, wird im Folgenden schwerpunktmäßig die Shandong-Partnerschaft Bayerns betrachtet.

Bayern versteht seine langjährige Partnerschaft zu Shandong als „Musterbeispiel für die deutsch-chinesischen Beziehungen“.² Die Wahl Shandongs als Partnerprovinz hängt mit der im Jahr 1984 erfolgten Öffnung von insgesamt 14 chinesischen Küstenstädten für ausländische Investitionen zusammen. Zwei dieser Küstenstädte, Qingdao und Yantai, lagen in Shandong und machten diese Provinz und ihr ökonomisches Potenzial interessant. Im Laufe der 25-jährigen Partnerschaft reisten regelmäßig Regierungsdelegationen in Begleitung von UnternehmensvertreterInnen nach Shandong. Die bayerische Repräsentanz in Qingdao unterstützt insbesondere den Markteintritt mittelständischer Unternehmen. In seiner Antwort auf die Frage von SÜDWIND nach den Perspektiven der Partnerschaft äußerte sich Manuel Rimkus, Chefrepresentant Bayerns in Shan-

dong, so: „Als Wirtschaftsministerium verfolgen wir mit der Partnerschaft primär wirtschaftliche Ziele. Wir wollen die wirtschaftlichen Beziehungen in beide Richtungen vertiefen und den gegenseitigen Handel ausbauen. Ich bin davon überzeugt: Mit einer Ausweitung der Handelsströme und der gegenseitigen Investitionstätigkeit wird auch die politische Idee der freiheitlich demokratischen Grundordnung und die wirtschaftliche Idee der Sozialen Marktwirtschaft mehr und mehr in den Köpfen unserer chinesischen Partner verankert werden. Auch hier gilt das Motto ‚Wandel durch Annäherung‘.“ (Schreiben vom 21. November 2011)

Aufgrund des Interesses Shandongs an der dualen Ausbildung in Deutschland liegt ein Kooperations-schwerpunkt auf Projekten der beruflichen Bildung (z.B. Berufsbildungszentrum für landwirtschaftliche Berufe und Landtechnik in Pingdu / Shandong, Förderzentrum für Metallberufe in Weifang / Shandong, Bildungs- und Forschungszentrum für Flurneuordnung und Landentwicklung in Qingzhou / Shandong, jeweils in Trägerschaft der Hanns-Seidel-Stiftung). Neben Shandong unterhält Bayern zu folgenden Regionen außerhalb Europas Partnerschaften: Québec (Kanada, seit 1989); Westkap (Südafrika, seit 1995); Gauteng (Südafrika, seit 1995); São Paulo (Brasilien, seit 1997); Guang-

2 Zitat und gesamter Abschnitt 1.1.1 vgl.: Fischer 2007: n.p.; <http://www.bayern-shandong.com.cn/download/aktuellasiabelageshandong.pdf>; <http://www.hss.de/internationale-arbeit/regionen-projekte/asien/china.html>; <http://bayern.de/Beziehungen-weltweit-1326/index.htm>;

Stationen der Partnerschaft

- 1980 Hanns-Seidel-Stiftung beginnt Tätigkeit in China und spielt beim Aufbau der Bayern-Partnerschaft zu Shandong eine wichtige Rolle
- 1985 Gegenseitige Absichtserklärung zur wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen der Provinz Shandong und dem Freistaat Bayern
- 1985 Ministerpräsident Strauß eröffnet in Qingdao die Ausstellung „Wirtschaftspartner Bayern“: 400 bayerische Unternehmen stellen sich und ihre Produkte vor, darunter die Firmen Audi, Bayerische Vereinsbank, BMW, Dywidag, Faun, Kneipp-Werke, Knorr Bremse, KraussMaffei, Löwenbräu, MAN, MBB, Rohde & Schwarz, Staedtler
- 1987 Gemeinsame Erklärung zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Provinz Shandong in der Volksrepublik China und dem Freistaat Bayern
- 1990 Von Bayern gefördertes Programm zur Dorferneuerung in Shandong, von der Hanns-Seidel-Stiftung mitgetragen
- 1990 Gründung des „Förderzentrums für Metallberufe“, heute Berufsbildungszentrum (BBZ) in Weifang, getragen von der Hanns-Seidel-Stiftung
- 1992 Eröffnung des Verbindungsbüros China Shandong Co. Ltd. in München (Schließung 1998, Neueröffnung als „Wirtschafts- und Handelsverbindungsbüro der Provinz Shandong“)
- 1993 Gemeinsamer Projektrat Bildung zur Koordination des Hochschulaustauschs: 1. Phase: Aufbau eines Studiengangs Deutsch an der Universität Qingdao unter Beteiligung der Universität Bayreuth, Fachbereiche Biologie, Chemie und Wirtschaftswissenschaften
- 1997 Eröffnung einer bayerischen Repräsentanz in Jinan
- 1997 Eröffnung eines chinesischen Generalkonsulats in München, das die Partnerschaft unterstützt, eingeweiht anlässlich der 10-Jahresfeier der Partnerschaft
- 1998 Stipendien der Staatskanzlei für chinesische Studierende am Sprachen- und Dolmetschinstitut München
- 1998 Gründung des nationalen „Berufspädagogischen Forschungszentrums“ durch die



Der bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil mit dem Parteisekretär der Provinz Shandong: Jiang Yikang.

- Hanns-Seidel-Stiftung in Qingzhou, Shandong
- 1999 Kooperation zwischen Bayerischem Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen und dem Umweltschutzamt Shandong
- 2002 Regelmäßige Regierungschefkonferenzen der Partnerregionen Bayern, Oberösterreich, Québec, São Paulo, Shandong und Westkap zu Umwelt- und Entwicklungsthemen
- 2004 „Bildungs- und Forschungszentrum für Flurneuordnung und Landentwicklung“ (BFL) in Qingzhou durch Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit der TU München
- 2005 Kooperationsvereinbarung zur Einrichtung eines Umweltindustrieparks zwischen Bayern und Qingdao / Jaonan
- 2005 Kooperationsvertrag zwischen den Flughäfen Qingdao und München
- 2007 70 deutsche Unternehmen arbeiten in Shandong, darunter 20 bayerische: Siemens (Transformatorenwerk), Liebherr, Krones, der Industriewaagenhersteller Pfister, die Strumpffabrik Kunert, der Kanalreinigungsspezialist Wiedemann & Reichhardt, die Graphit Kropfmühl AG (Qingdao Kropfmühl Graphite, 100% Tochter), der Nutzfahrzeugezulieferer SAF-ALKO, die Fa. Sauer u.a.
- 2010 Unterzeichnung eines Strategischen Partnerschaftsabkommens zwischen Bayern und Shandong in München, das regelmäßige Treffen und intensive Kooperation in Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Umweltschutz und Kultur vereinbart

(Quellen: <http://www.bayern.de/Fotoreihen-1589.10355547/index.htm>; <http://www.bayern.de/Videos-1460.10314031/index.htm>)

dong (VR China, seit 2004); Georgia (USA, seit 2007); Karnataka (Indien, seit 2007). Diese Partnerschaften mit „starken außereuropäischen Regionen“ verortet Bayern einerseits im Kontext bayerischer Interessen als „Hochtechnologie- und Exportland“, und vernetzt sie im Rahmen der zweijährlich stattfindenden Regierungschefkonferenz der Partnerregionen, die sich mit

Fragen nachhaltiger Entwicklung und Umweltschutz befassen. Andererseits siedelt Bayern die außereuropäischen Partnerschaften – explizit in Bezug auf Afrika – im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit und der Verantwortung Bayerns „für die Eine Welt“ an. Dieser entwicklungspolitische Bezug hat sich in der Partnerschaft zu Shandong bisher nicht durchgesetzt.



Quelle: Wikipedia, eigene Bearbeitung

Sichuan

Die NRW-Partnerregion Sichuan gehört flächenmäßig zu den größten Provinzen Chinas. Über 90% des Territoriums bestehen aus Mittel- und Hochgebirgen, die im Westen an die autonome Region Tibet grenzen. Im Osten erstreckt sich das fruchtbare und flussreiche Sichuan-Becken. Die Provinz verfügt über boomende Wirtschaftssektoren in der Lebensmittelproduktion und im Bergbau, ist aber in Bezug auf seine Entwicklung zwischen den urbanen Zentren im Osten und den westlichen Gebirgsregionen gespalten.

1.1.2 NRW – Sichuan: Schlüsselrolle bei der Entwicklung West-Chinas

NRW unterhält seit dem Jahr 1984 Beziehungen zu der Bergbauregion Shanxi, seit dem Jahr 1986 zu der Küstenprovinz Jiangsu und seit dem Jahr 1988 eine Partnerschaft zur Provinz Sichuan, die sich in den letzten Jahren u.a. zu einem wichtigen Standort für die Automobilindustrie entwickelt hat. Für die vorliegende Studie wurde schwerpunktmäßig die NRW-Partnerschaft zu Sichuan ausgewählt, weil Sichuan mit seiner Lage im Westen Chinas lange Zeit von der wirtschaftlichen Entwicklung relativ abgekoppelt war und deshalb zu einer wichtigen Herkunftsprovinz von WanderarbeiterInnen wurde, die auf der Suche nach Arbeit in die chinesischen Küstenprovinzen aufbrachen.

Die NRW-Partnerschaft zu Sichuan ist Teil eines intensiven Engagements NRWs zu China. Das NRW-Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr mit der politischen Federführung differenziert das China-Engagement in:

1. Aktivitäten der Landesregierung: Politische Delegationen „bieten Unternehmen eine Plattform, Kontakte zu ausgewählten Entscheidungsträgern zu knüpfen. Diese politische und fachliche Begleitung zahlt sich für beide Seiten aus.“ *
2. Städtepartnerschaften, die zum kulturellen und wirtschaftlichen Austausch genutzt werden
3. Schulpartnerschaften und Hochschulkooperationen (vgl. Kapitel 4)
4. Wirtschaftskooperationen, die u.a. von der NRW. INVEST GmbH, der NRW.International GmbH und der Schwerpunkt-IHK Köln unterstützt werden, und schließlich
5. Provinzpartnerschaften, zu denen die Partnerschaft zwischen NRW und Sichuan gehört.

Neben mehrfachen Reisen von Unternehmensdelegationen wurden bereits seit den 1980er Jahren Stipendienprogramme durchgeführt, in denen chinesische Fach- und Führungskräfte Deutsch lernen und eine „fachpraktische Fortbildung in nordrhein-westfäli-

* www.nrw-china-portal.org, Ruhe 1995: 204

schen Unternehmen“ erhalten. Begleitend zum Stipendienprogramm lagen die ersten Schwerpunkte der Beziehungen zu Sichuan in der Landwirtschaft, der Lebensmittelherstellung und der Forstwirtschaft. Bereits im Jahr 1987 wurden die Beziehungen um den Aspekt Umweltschutz erweitert, bevor Sichuan und NRW anlässlich einer China-Reise des damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau offiziell Partner wurden (s. Kasten: Stationen der Partnerschaft). Erst 21 Jahre später reiste mit Jürgen Rüttgers wieder ein NRW-Ministerpräsident nach China, u.a. in die Partnerprovinz Sichuan. Begleitet von einer 50-köpfigen Unternehmensdelegation warb der Ministerpräsident für den Wirtschaftsstandort NRW und erneuerte die Partnerschaft mit Sichuan. Durch die Schlüsselrolle Sichuans bei der wirtschaftlichen Entwicklung West-Chinas und die zunehmende Bedeutung der dortigen Hightech-Industrie wird diese bisher zu den ärmeren Gegenden zählende Provinz zu einem für NRW wirtschaftlich interessanten Partner. Die jüngsten Partnerschaftsaktivitäten deuten darauf hin, dass diese Partnerschaft durch die neue ökonomische Bedeutung Sichuans und insbesondere Chengdus, der Provinzhauptstadt, einen deutlicheren Wirtschafts-



*Straßenmarkt in Chengdu,
Foto: Andreas Golsner /pixelio.de*

schwerpunkt als in der Vergangenheit erhalten wird.
(Quellen: www.nrw-china-portal.org, Ruhe 1995: 204)

Stationen der Partnerschaft

- | | | |
|------|---|--|
| 1984 | Stipendienprogramm der NRW-Regierung für Fach- und Führungskräfte der Provinz Sichuan | |
| 1987 | Erklärung über freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Regierung des Landes NRW und der Regierung der Provinz Sichuan | |
| 1988 | Erklärung über die Erweiterung der Zusammenarbeit und den Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Provinz Sichuan | |
| 1994 | „Protokoll über den freundschaftlichen Austausch und die Zusammenarbeit zwischen der Regierung des Landes NRW und der Regierung der Provinz Sichuan“, das den gegenseitigen Willen zur Verstärkung der wirtschaftlichen und kulturellen Kooperation bekräftigte | |
| 1994 | Gründung der China Central Consultants GmbH; Repräsentanz und Kontaktbüro der Provinz Sichuan in NRW, Düsseldorf | |
| 2001 | Kooperationsvereinbarung des NRW-Wissenschaftsministeriums und der Kommission für Wissenschaft und Technologie der Provinz Sichuan über eine Vertiefung des wissenschaftlich-technologischen Austauschs | |
| 2005 | Beginn der jährlichen Förderung der Teilnah- | |
| | me von NRW-Unternehmen am deutschen Pavillon auf der west-chinesischen internationalen Wirtschaftsmesse in Chengdu | |
| 2007 | Delegation aus dem NRW-Landwirtschaftsministerium und NRW-Unternehmen reist zur EU-China-Wirtschaftskooperationsbörse für Unternehmen der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft nach Sichuan | |
| 2008 | Humanitäre Soforthilfe NRW für die vom Erdbeben im Mai 2008 zerstörten Gebiete in Sichuan | |
| 2009 | Unterzeichnung einer Erklärung zur Fortentwicklung der Partnerschaft durch Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und Gouverneur Jufeng Jiang | |
| 2011 | Unterzeichnung der Wirtschaftskooperation der chinesischen Provinz Sichuan und des deutschen Landes Nordrhein-Westfalen durch Gouverneur Jufeng Jiang und Staatssekretär Günther Horzetzky in Düsseldorf | |

(Quellen: www.nrw-china-portal.org, <http://www.mbem.nrw.de/unsere-themen-von-a-z/sichuan-32.html>; <http://www.nrw.de/presse/ministerpraesident-juergen-ruettgers-startet-china-reise-8069/>; <http://www.nrw-international.de/veranstaltungen/veranstaltungen-der-nrw-partnerprovinzen-shanxi-und-sichuan-im-april-in-nrw-1/>; http://de.china-central-consultants.com/ueber_uns)

Fujian

Die rheinland-pfälzische Partnerprovinz Fujian liegt an der chinesischen Küste gegenüber der Insel Taiwan. Mehr als 60 % der Fläche sind mit Wald bedeckt. Mit 36 Mio. EinwohnerInnen und einer Fläche von 121.400 km² gehört Fujian zu den kleineren Provinzen Chinas. Der internationale Handel und Export spielt seit Einrichtung der Sonderwirtschaftszone in Xiamen zu Beginn der 1980er Jahre eine große Rolle. Der Schwerpunkt liegt dabei auf arbeitsintensiven Gütern der Bekleidungs-, Spielzeug- und Elektroindustrie. Um in den Fabriken Arbeit zu finden, migrieren viele WanderarbeiterInnen aus den westlichen Provinzen nach Fujian. Gleichzeitig ziehen viele EinwohnerInnen Fujians in die wirtschaftsstarke Nachbarprovinzen Guangdong, Zhejiang oder Jiangsu, um dort attraktiveren Arbeitsangeboten nachzugehen.



Quelle: Wikipedia, eigene Bearbeitung

1.1.3 RLP – Fujian: „Türöffner für den Mittelstand“

Rheinland-Pfalz (RLP) unterzeichnete im Mai 1989 eine Partnerschaftvereinbarung mit der Provinz Fujian (s. Kasten Stationen der Partnerschaft). Damit war RLP das letzte Bundesland, das in der Euphorie der 1980er Jahre über die Potenziale des chinesischen Marktes eine Partnerschaft mit einer chinesischen Provinz einging. Die kurz darauf erfolgte Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking durch die chinesische Regierung führte zu einer vorübergehenden „Eiszeit“ in den politischen Beziehungen zu China, die sich sowohl auf bestehende als auch auf den Abschluss neuer Partnerschaften auswirkte.

RLP wählte die Provinz Fujian für eine Partnerschaft aus, weil sie zu den boomenden chinesischen Küstenprovinzen zählte, die als erste für ausländische Investitionen geöffnet wurden: Durch die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone in der Hafenstadt Xiamen zu Beginn der 1980er Jahre entwickelte sich Xiamen zum wichtigsten Wirtschaftsstandort in Fujian. Die Partnerschaft liegt auf rheinland-pfälzischer Seite in der Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums in Mainz und wird dort vom Beauftragten für internationale Zusammenarbeit Prof. Dr. Siegfried Englert wahrge-

nommen. Auf der Seite Fujians liegt die Zuständigkeit bei der Regierungsabteilung für Handels- und Wirtschaftskooperationen der Provinz Fujian. Im Jahr 2010 benannten RLP und Fujian in einer „Gemeinsamen Erklärung“ als Schwerpunktbereiche für die künftige Zusammenarbeit: 1. Wirtschaft; 2. Umwelt-, Energie- und Technologiekooperationen; 3. Bildung, Schule, Berufsschule und Hochschule; 4. Gesellschaftliche Kontakte (Kultur, Kunst, Tourismus, Sport). Die Erklärung wurde anlässlich einer Fujian-Reise von Ministerpräsident Kurt Beck unterzeichnet, bei der er sich als „Türöffner für den Mittelstand“³ in Fujian präsentierte.

Im Jahr 2004 wurde die Rheinland-pfälzische Fujian-Gesellschaft e.V. gegründet, die am Ostasieninstitut

3 Vgl. zum ganzen Abschnitt inkl. Kasten www.ag-rlp-fujian.de, Focus online (2010), <http://frankfurt.china-consulate.org/det/sbwl/t783318.htm>; <http://frankfurt.china-consulate.org/det/zxxx/t676059.htm>; <http://www.rlp.de/einzelansicht/archive/2010/october/article/partnerschaft-durch-vielfaeltige-kooperation-gefestigt/>; <http://www.rlp.de/unser-land/partnerschaften/>, Wick 2010: 7f.; <http://www.prport.net/partnerprovinz-fujian-pr16556.html>; http://www.rlp.de/fileadmin/staatskanzlei/rlp.de/downloads/staatskanzlei/Gemeinsame_Erkl%C3%A4rung_zwischen_RLP_und_Fujian.pdf; http://www.rhein-zeitung.de/startseite_artikel,-Beck-reist-nach-China-_arid,152969.html

der Fachhochschule Ludwigshafen angesiedelt ist. Ihren Vorsitzenden Detolf Graf v. Borries ernannte die Provinz Fujian zum zweiten rheinland-pfälzischen Ehrenbürger Fujians (nach Ministerpräsident Kurt Beck). Bereits seit 1989 ist Monika Gräfin v. Borries die Vorsitzende des Landesverbandes der Chinagesellschaften Rheinland-Pfalz e.V.

Neben der Provinz Fujian unterhält RLP nur noch zu South Carolina / USA, der Präfektur Iwate / Japan und zu Ruanda eine Partnerschaft außerhalb Europas. Die Partnerschaft zu Ruanda ist als Graswurzel-Partnerschaft, die dezentral, bürgernah und grundbedürfnisorientiert zahlreiche Initiativen, Schulen und Gemeinden einbindet, in der rheinland-pfälzischen Öffentlichkeit breit verankert (vgl. www.rlp-ruanda.de). Auf den Unterschied zwischen der entwicklungsorientierten Partnerschaft zu Ruanda und der wirtschaftsorientierten Partnerschaft zu Fujian macht das Bündnis „Keine Partnerschaft ohne Sozialstandards“ (www.ak-rlp-fujian.de) aufmerksam – mit dem Ziel, einen Austausch über soziale Realitäten in China und Deutschland mit den PartnerInnen in Fujian aufzubauen.

Ob die seit dem Jahr 2011 im Amt befindliche rot-grüne Landesregierung die Partnerschaft mit Fujian für zivilgesellschaftliche Beteiligung stärker öffnen wird – worauf das im Jahr 2012 beginnende Fachkraftprojekt zur Förderung bürgergesellschaftlichen Engagements hindeuten könnte – ist derzeit noch offen.



Stationen der Partnerschaft

- | | | | |
|------|--|---|--|
| 1989 | Gemeinsame Erklärung über die „Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen RLP und Fujian“ | Provinz Fujian und der Regierung von RLP sowie der Siemens AG (Geschäftsgebiet Automation and Drives) über die Einrichtung eines Innovationszentrum für berufliche Fortbildung und Beratung in der Provinz Fujian | |
| 1994 | Kooperationsvertrag zwischen RLP und der Unternehmensberatung Far Eastern Limited / Ludwigshafen, der letztere mit ihrem Büro in Xiamen als Kontaktstelle des Landes in Fujian benennt | 2004 | Gründung der Rheinland-pfälzischen Fujian-Gesellschaft |
| 1999 | Unterzeichnung einer „Vereinbarung zur Vertiefung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Provinz Fujian und dem Land Rheinland-Pfalz“ | 2004 | Einrichtung der Rheinland-Pfalz-Fujian-Akademie an der Universität Fuzhou, Fujian in Trägerschaft der Rheinland-Pfälzischen Fujian-Gesellschaft |
| 2002 | Gründung eines Kooperationskomitees zur Stärkung der Handels- und Wirtschaftskooperation Fujian – RLP | 2010 | Gemeinsame Erklärung über den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen RLP und Fujian |
| 2002 | Unterzeichnung einer „Erklärung über eine Zusammenarbeit im Umweltschutz“ | 2012 | Projekt zur Förderung bürgergesellschaftlichen Engagements für Umwelt- und Klimaschutz mit deutschen und chinesischen Umweltverbänden, gefördert durch die RLP-Ministerien Umwelt und Wirtschaft |
| 2004 | Gemeinsame Erklärung der Regierung der | | |

Der Tibet-Konflikt und die Provinz Sichuan

Die Provinz Sichuan ist unmittelbar vom Konflikt um Tibet betroffen: Die autonome Provinz Tibet wurde 1965 als Verwaltungseinheit der Volksrepublik China gegründet (1,3 Mio. km²). Die Provinz macht nur die Hälfte des Gebietes der Kulturregion Tibetisches Hochland aus (2,5 Mio. km²), das sich nördlich von Nepal und dem Himalaya bis weit in die chinesische Provinz Qinghai erstreckt, im Westen an Indien grenzt und im Osten noch Teile der Provinz Sichuan umfasst.

Von 1911 bis 1949 war Tibet aufgrund der kolonialen Situation und der Unruhen in Ost- und Südasiens de facto unabhängig. In dem buddhistischen Land war der Dalai Lama zugleich religiöses als auch politisches Oberhaupt (Theokratie). Im Zeitraum 1950/51, kurz

nach Gründung der Volksrepublik China, besetzte die chinesische Armee weite Teile Tibets und setzte ein 17-Punkte-Abkommen durch, das die Souveränität Chinas bei gleichzeitiger Anerkennung der regionalen Autonomie festlegen sollte.

Weil das Abkommen sehr umstritten war und China seine Kompetenzen immer weiter ausbaute, kam es 1959 zu einer Revolte der TibeterInnen, die jedoch von den Truppen Mao Zedongs niedergeschlagen wurde. Mehrere Tausend Menschen sind dabei umgekommen, wichtige Kulturgüter wurden zerstört, der Dalai Lama und ca. 80.000 TibeterInnen flohen nach Indien.



Quelle: Wikipedia, eigene Bearbeitung

Heute ist die Situation Tibets international und völkerrechtlich umstritten. Die tibetische Exilregierung unter Führung des Dalai Lama bezeichnet den Eingriff Chinas als Verstoß gegen internationales Recht und verweist auf das Recht zur Selbstbestimmung. Die chinesische Regierung argumentiert mit einer historischen Zugehörigkeit Tibets zu China und erkennt die Exilregierung nicht an. Immer wieder kommt es – u.a. in Sichuan – zu Protestaktionen wie Selbstverbrennungen insbesondere von tibetischen Mönchen, die ihre Religion nicht frei ausüben können, inhaftiert und misshandelt werden (OpenPR 2011: n.p.).

(Quellen: Kupfer 2011: n.p., Hartmann 2006: 30 ff., OpenPR 2011)

► 1.2 Chinesische Städte im Netzwerk internationaler Städtepartnerschaften

Deutsche Kommunen und Städte unterhalten eigenständige Beziehungen und Freundschaften mit Partnern in aller Welt. Die ältesten und meisten Verbindungen existieren zu Gemeinden und Städten der europäischen Staaten, allen voran Frankreich, Polen, Italien und Großbritannien.⁴ Hintergrund der Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen innerhalb Europas waren nach dem Zweiten Weltkrieg die Völkerver-

ständigung und der Versöhnungsgedanke. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen und insbesondere Kirchen waren maßgeblich an diesen Beziehungen beteiligt, wie beispielsweise das weltweite Netzwerk der Coventry-Nagelkreuz Gemeinden zeigt.⁵

4 http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/arbeit_hinweise/2010_cemr_twinning_statistik.pdf

Tabelle 2:
Internationale Städtepartnerschaften
und -freundschaften

	Insgesamt	China
Deutschland	7025	83
Bayern	1165	11
NRW	1025	22
RLP	579	4
Angaben nach www.rgre.de .		

Im Zuge der Globalisierung und weltweiten Vernetzung entstanden immer mehr Verbindungen zu Kommunen auch in weit entlegenen Ländern und Kontinenten. In Partnerschaften zu Städten in Entwicklungsländern standen sowohl der Entwicklungs- als auch der Solidaritätsgedanke im Vordergrund. Beispiele hierfür sind die Partnerschaften im Rahmen der Nicaragua-Solidarität⁶ oder der West-Papua-Partnerschaftsarbeit⁷, aber auch die zahlreichen kommunalen Beziehungen, die im Rahmen der Ruanda-Partnerschaft des Landes RLP entstanden.⁸ Kennzeichnend für diese Partnerschaften und Freundschaften waren und sind eine intensive zivilgesellschaftliche Beteiligung.

Verbindungen deutscher Kommunen nach China bestehen seit den frühen 1980er Jahren. Infolge der außen- und wirtschaftspolitischen Öffnung Chinas nahm deren Zahl zunächst zu, stagnierte jedoch nach 1989, dem Jahr der Niederschlagung der Demokratiebewegung auf dem Tian'anmen-Platz. Seit 1992 steigt sie immer weiter an (vgl. Held/Merkle 2008: 45). Da China heute ein weltweit gewichtiger politischer und wirtschaftlicher Akteur ist, ist es auch

als Partnerland zunehmend interessant. Thematische Schwerpunkte von Kommunalbeziehungen bestehen in (aufgelistet nach Bedeutung) Wirtschaft und Handel, Kunst und Kultur, Bildung, Stadtentwicklung und Verwaltung, Wissenschaft und Forschung, Gesundheit und zuletzt Umwelt (vgl. Held/Merkle 2008: 53).

Als große Hürden bzw. Hinderungsgründe von Partnerschaftsabschlüssen mit China gelten die große Entfernung, Sprachbarrieren sowie schwer durchschaubare Strukturen und Hierarchien auf chinesischer Seite (vgl. Held/Merkle 2008: 24). Zwar wird der zentralistische Staatsaufbau aufgrund von Dezentralisierungsprozessen und Aufgabenteilung in bestimmten Sachgebieten mittlerweile durchbrochen, allerdings haben hierarchische Strukturen und Parteikader nach wie vor großen Einfluss auf die Kommunalebene.

Nach Angaben einer Studie über deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen von 2008 gibt es deutschlandweit 68 Städte, 19 Landkreise und eine Gemeinde mit Kommunalbeziehungen nach China (vgl. Held/Merkle 2008: 19, vgl. auch Tabelle 2). Intensität und Qualität der Partnerschaften können dabei sehr unterschiedlich ausfallen. So unterscheidet der Rat der Gemeinden und Regionen Europas in seiner Datenbank zu Kooperationen von deutschen mit internationalen Gemeinden zwischen „Partnerschaften“, die auf einem Partner-

Tabelle 3:
China-Partnerschaften bayerischer Kommunen

Gemeindename	Partnergemeinde	Provinz	Jahr	Art
Ansbach	Jingjiang	Provinz Jiangsu	2004	k
Augsburg	Jinan	Provinz Shandong	2004	p
Bamberg	Qufu	Provinz Shandong	2010	p
Erlangen	Shenzhen	Provinz Guangdong	1997	p
Feuchtwangen	Jingjiang	Provinz Jiangsu	2004	k
(Feising, Stadt)	Weifang	Provinz Shandong	2000	p
Freising	Welfang	Provinz Shandong	1987	p
Nürnberg	Shenzhen	Provinz Guangdong	1997	p
Passau	Liuzhou	Autonomes Gebiet Guangxi	2001	p
Regensburg	Qingdao	Provinz Shandong	2006	k
Regensburg	Qingdao	Provinz Shandong	2009	p
Rieneck	Wuxian-Suzhou	Provinz Jiangsu	1999	p
Rothenburg ob der Tauber	Jingjiang	Provinz Jiangsu	2004	k

(p=Partnerschaft, f=Freundschaft, k=Kontakt)

Quelle: www.rgre.de; www.bayern-shandong.com.cn.

5 Aus dem Schutt der 1940 infolge eines deutschen Bombenangriffs zerstörten Kathedrale von Coventry wurden Nägel aufgelesen und zu Kreuzen zusammengefügt. Diese wurden an deutsche Gemeinden geschickt als Symbol für den Neuanfang, für Vergebung und Versöhnung. Mittlerweile existiert ein weltweites Netz von Nagelkreuz-Kirchengemeinden, die sich für Völkerverständigung und Solidarität einsetzen.

6 Vgl. <http://informationsbuero-nicaragua.org/neu/index.php>

7 Vgl. <http://www.west-papua-netz.de/>

8 Vgl. <http://www.rlp-ruanda.de/>

Tabelle 4:
China-Partnerschaften nordrhein-westfälischer Kommunen

Gemeindename	Partnergemeinde	Provinz	Jahr	Art
Aachen	Ningbo	Provinz Zhejiang	1986	P
Bocholt	Wuxi	Provinz Jiangsu	1985	f
Bochum	Xuzhou	Provinz Jiangsu	1994	p
Bonn	Chengdu	Provinz Sichuan	2000	P
Dortmund	Xi'an	Provinz Shaanxi	1991	p
Duisburg	Qingdao	Provinz Shandong	2008	f
Duisburg	Wuhan	Provinz Hubei	1982	p
Düren	Jinhua	Provinz Zhejiang	2002	P
Düsseldorf	Guangzhou	Provinz Guangdong	2006	f
Düsseldorf	Shenyang	Provinz Liaoning	1984	f
Düsseldorf	Chongqing	bis 1997 Provinz Sichuan, seitdem regierungs-unmittelbar	2004	p
Gladbeck	Fushun	Provinz Liaoning	1988	p
Hagen	Yenchang	Provinz Shanxi	2005	k
Hagen	Haining	Provinz Zhejiang	2005	K
Köln	Peking		1987	p
Leverkusen	Wuxi	Provinz Jiangsu	2005	f
Marl	Changzhi	Provinz Shanxi	1993	k
Ratingen	Huishan	Provinz Jiangsu	2007	p
Rhein-Kreis Neuss	Wuxi	Provinz Jiangsu	2000	f
Siegen-Wittgenstein (Kreis)	De Yang	Provinz Sichuan	2000	p
Siegen, Stadt				
Sprockhövel	Zaozhuang	Provinz Shandong	1987	f
Troisdorf	Nantong	Provinz Jiangsu	2004	p

(p=Partnerschaft, f=Freundschaft, k=Kontakt)

Quelle: www.rgre.de.

schaftsvertrag beruhen, „Freundschaften“, die zeitlich begrenzt sind oder sich auf bestimmte Projekte konzentrieren, und „Kontakten“ als mehr oder weniger formlosen Verbindungen (www.rgre.de). Unter den deutschen Partnerkommunen befinden sich viele Landeshauptstädte und Stadtstaaten, außerdem mehrere Hafenstädte, Schwerindustrie- und Chemiestandorte sowie touristisch attraktive Regionen. Es erscheint klar, dass diese Städteprofile auf beidseitige wirtschaftspolitische Partnerschaftsinteressen zurückzuführen sind. Held und Merkle zufolge stehen dabei Bemühungen um Handelspartner für den „expansionsfähigen Mittelstand“ sowie um chinesische InvestorInnen und TouristInnen im Vordergrund. Multinationale Unternehmen sind hingegen nicht auf die Vermittlungs-

funktion der Politik angewiesen (vgl. Held/Merkle 2008: 26).

Es entsteht der Eindruck, dass deutsch-chinesische Kommunalpartnerschaften primär auf wirtschaftlichen Nutzen ausgerichtet sind. Held und Merkle sprechen in diesem Zusammenhang von „komplementären Egoismen“ (Held/Merkle 2008: 52). Der Verweis allerdings, dass Wirtschafts- und Kulturaustausch als zwei Seiten derselben Medaille angesehen werden, hat den etwas faden Beigeschmack, dass kulturelle Aspekte für Wirtschaftsinteressen funktionalisiert werden bzw. sich diesen unterzuordnen haben. Folgerichtig bleiben heikle Themen wie etwa Sozialstandards, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit zumeist ausgespart.

Die Wahl der jeweiligen Partnerstadt wird durch bestehende Partnerschaften auf Länder-Provinzebene beeinflusst: Sechs der elf bayerischen Städtepartnerschaften, neun der 22 nordrhein-westfälischen und zwei der vier rheinland-pfälzischen Städtepartnerschaften bestehen zu Städten in den jeweiligen Partnerprovinzen. Im Unterschied zu den für diese Broschüre ausgewählten Partnerschaften von Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind die drei Städtepartnerschaften, die hier betrachtet werden sollen, noch relativ jung: Bonn unterhält seit dem Jahr 2000 im Rahmen der NRW-Partnerschaft zu Sichuan eine Partnerschaft zur Stadt Chengdu, der Hauptstadt der Provinz Sichuan (vgl. Kapitel 1.2.3, S. 20), Regensburg schloss nach mehrjährigen freundschaftlichen Kontakten im Jahr 2009 eine Partnerschaft mit der in der Provinz Shandong gelegenen Küstenstadt Qingdao (vgl. Kapitel 1.2.2, S. 19) und Trier unterzeichnete Ende 2010, ebenfalls nach einem mehrjährigen Vorlauf, eine Partnerschaftsvereinbarung mit der Metropole Xiamen in der Provinz Fujian (vgl. Kapitel 1.2.1, S. 17).

Tabelle 5:
China-Partnerschaften rheinland-pfälzischer Kommunen

Gemeindename	Partnergemeinde	Provinz	Jahr	Art
Kaiserslautern		Peking	2004	f
Kaiserslautern		Chaoyang/Peking	2005	k
Neustadt an der Weinstraße	Quanzhou	Provinz Fujian	1995	p
Trier	Xiamen	Provinz Fujian	2010	p

(p=Partnerschaft, f=Freundschaft, k=Kontakt)

Quelle: www.rgre.de.

Kasten 2: Xiamen und Trier im Vergleich

	Xiamen 廈門市	Trier
Gründungsjahr	1387 (seit 282 v. Chr. Teil von Tong'an County)	17 v. Chr.
EinwohnerInnen	2,50 Mio. (1,802,100 Mio. registrierte BewohnerInnen, ca. 700.000 WanderarbeiterInnen, die mehr als ein halbes Jahr in Xiamen leben)	104.587
Fläche Gesamt	1565 km ²	117,13 km ²
EinwohnerInnen pro km²	1602 (Gesamtfläche) 9371 (Xiamen Insel)	892
Bevölkerungsentwicklung 2002–2007	+ 4,26 %	+ 3,6 %
Arbeitslose	4,01 %	2.910 bzw. 5,5 % (Dezember 2010)
Wirtschaftsstruktur:		
Primär	1,1 %	0,6 %
Sekundär	50 %	21,6 %
Tertiär	48,9 %	77,8 %
Lebenserwartung	78,9 Jahre	Frauen: 82,4 Jahre Männer: 75,6 Jahre
Partnerschaften	Cardiff (GB); Sasebo (Japan), Cebu (Philippinen), Baltimore (USA); Wellington (Neuseeland); Penang (Malaysia); Trier	Ascoli Piceno (Italien); Metz (Frankreich); Pula (Kroatien); Hertogenbosch (NL); Gloucester (GB); Fort Worth (USA); Weimar; Nagaoka (Japan); Xiamen

Quellen:

Trier: <http://cms.trier.de/stadt-trier/Integrale?MODULE=Frontend&ACTION=ViewPageView&Filter.EvaluationMode=standard&PageView.PK=15&Document.PK=28538>;
<http://www.meinestadt.de/trier/statistik>;
 Xiamen: <http://de.wikipedia.org/wiki/Xiamen>; <http://english.xm.gov.cn/xiamenoverview/population/>; <http://www.hktcd.com/info/mi/a/mpcn/en/1X073N7W/1/Profiles-of-China-Provinces--Cities-and-Industrial-Parks/Xiamen---Fujian---City-Information.htm>.

1.2.1 Trier – Xiamen: Der Karl-Marx-Bonus

Als Geburtsstadt von Karl Marx gehört Trier zu den in China bekanntesten deutschen Städten. Ungefähr 12.500 chinesische TouristInnen reisen jährlich als Gruppenreisende nach Trier, um dort das Karl-Marx-Haus zu besuchen.⁹ Eine Partnerschaft mit einer chinesischen Stadt einzugehen, lag für die Stadt Trier von daher nahe.

Eingebettet in die Rheinland-Pfalz-Partnerschaft zu Fujian scheint eine zentrale Wurzel der 2010 unterzeichneten Partnerschaft Triers mit der Millionenmetropole Xiamen in dem 2004 gegründeten China Kooperationsforum Trier e.V. (CKF Trier) zu liegen. Das CKF Trier wurde als „Zusammenschluss von Unternehmen, Wissenschaftlern und Personen des öffentlichen Lebens“ aus der Region Trier, dem Saarland, Luxemburg, Belgien, Lothringen und Xiamen gegründet. Es unterhält

eine eigene Geschäftsstelle in Xiamen und entwickelte das sog. „Trierer Modell“, das Mittelständlern den Markteintritt in China erleichtern sollte.

Auf eine Delegationsreise im November 2004, organisiert durch das CKF Trier, mit Teilnehmenden der Stadt Trier (Wirtschaftsdezernentin Christiane Horsch), mittelständischen Unternehmen (Heinzkill Maschinenteknik, Henning Orth Automobile GmbH und Co.KG u.a.) und unterstützt durch den Trierer Bundestagsabgeordneten Bernhard Kaster, erfolgten wechselseitige Einladungen zu Besuchen.¹⁰ Bereits im Frühjahr 2005 fand ein Gegenbesuch auf wissenschaftlicher Ebene statt, 2006 unterzeichneten dann beide Städte eine gemeinsame Absichtserklärung zur Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen und 2010 schließlich die Partnerschaftsurkunde.

⁹ Vgl. Mischke (2011)

¹⁰ Vgl. <http://www.chinakoopforum.com/main.php>



*Straßenverkauf in Xiamen,
Foto: Andreas Lehrfeld, Elisa Limbacher*

Stationen der Partnerschaft

- 2004 Gründung des China-Kooperationsforums Trier e.V. zwecks Aufbau und Pflege „wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Beziehungen“ zwischen Deutschland und China; im November 2004 Delegationsreise nach Xiamen
- 2005 erste Kontakte zwischen dem Fachbereich Sinologie der Universität Trier und der Universität Xiamen
- 2006 Absichtserklärung zur Aufnahme partner-schaftlicher Beziehungen anlässlich einer Trierer Delegation aus Mitgliedern der Stadt, der Universität, der Fachhochschule und der Wirtschaft nach Xiamen
- 2007 Kooperationsabkommen zwischen der Uni-versität Trier und der Universität Xiamen
- 2008 Gründung eines Konfuzius-Instituts an der Universität Trier
- 2009 Beschluss des Trierer Stadtrates zur Grün-dung der Partnerschaft
- 2010 Unterzeichnung der Partnerschaftsverein-barung in Trier

Zwischen den ersten Kontakten zu Xiamen im Jahr 2004 und dem Jahr 2010, in dem die Partnerschaft unterzeichnet wurde, erfolgte in Trier ein Wechsel im Amt des Oberbürgermeisters, das seit September 2006 von Klaus Jensen, SPD, ausgeübt wird. Anfang 2008 initiierten zivilgesellschaftliche Organisationen aus Trier (Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier, Katholische Arbeitnehmerbewegung Trier und Terre des Femmes) ein Bündnis, das sich für soziale und politische Menschenrechte einsetzt, um angesichts politischer Unterdrückung in China und der Abschiebung chinesischer AsylbewerberInnen in Trier die Anbahnung partner-schaftlicher Beziehungen zu kritisieren. In Gesprächen zwischen dem Bündnis und der Stadt änderte das Bündnis zwar seine Ablehnung der Partnerschaft in eine Hal-tung der ‚kritischen Begleitung‘. Allerdings besteht in dem Bündnis die Kritik an einer Vernachlässigung von Fragen sozialer und politischer Menschenrechte in der Partnerschaft fort.

In die Partnerschaftsaktivitäten sind verschiedene Ak-teure eingebunden:¹¹

- Zwei Trierer Gymnasien unterrichten in Arbeitsge-meinschaften Chinesisch – teils vom Konfuzius-In-stitut Trier unterstützt. Für 2012 ist ein erster Schü-leraustausch mit Unterstützung der Stadt und eines Jugendzentrums geplant.
- Die jeweiligen Stadtverwaltungen können durch ei-nen Austausch einen Einblick in unterschiedliche Fachbereiche der jeweiligen Partnerkommune er-halten; für 2012 ist ein erster Aufenthalt eines Gastes aus Xiamen für zwei Monate zum Themenfeld „Um-welt“ angedacht.
- Das Theater Trier unterhält eine Kooperation mit dem Theater Xiamen.
- Die Deutsch-Chinesische Gesellschaft Trier entwi-kelt Pläne für einen ersten Erwachsenen Austausch im Jahr 2012 und organisiert regelmäßig Informati-onsveranstaltungen zu China, zum Teil in Kooperati-on mit der Universität Trier.
- In den Austausch mit Xiamen sind auch Studierende einbezogen. So studierten zwei TriererInnen ein Jahr lang an der Universität Xiamen und berichteten in der Trierer Tageszeitung „Trierer Volksfreund“ mo-natlich über ihre Erfahrungen.¹²

Bisher haben Fragen von Sozialstandards, sozialer Ent-wicklung und Gewerkschaften in der Partnerschaft of-fensichtlich keine Rolle gespielt.

¹¹ Informationen aus Schreiben der Partnerschaftsbeauftragten der Stadt Trier, Ruth Mereien-Gürke, vom 13.12.11 und 20.12.11

¹² Vgl. <http://www.volksfreund.de/xiamen/>

1.2.2 Regensburg – Qingdao: Wirtschaft und Wissenschaft

Die Städtepartnerschaft Regensburg – Qingdao ist Folge der langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern und Shandong.¹³ In der wechselreichen Geschichte Qingdaos findet sich auch eine Episode der deutschen Kolonialvergangenheit. Die Stadt war von 1897 bis 1914 ein wichtiger deutscher Kolonial-Handelsstützpunkt. Wilhelminische Architektur und die erfolgreiche Tsingtao-Bierbrauerei zeugen noch heute von diesem Erbe.

Zwischen den Städten gibt es auch eine offizielle Partnerschaft der Hochschule Regensburg mit der Technisch-Wissenschaftlichen Universität Qingdao (University of Technology and Science). Darüber hinaus

¹³ Vgl. <http://www.regensburg.de/rathaus/partnerstaedte/qingdao/27235> und Telefoninterview mit Fr. Zeidler, Stadt Regensburg

Stationen der Partnerschaft

- 2004 Beginn der Beziehungen zwischen Qingdao und Regensburg. Jährlich besucht eine Wirtschaftsdelegation China, um dort „den Markteintritt für mittelständische Unternehmen zu ebnen“ (<http://www.regensburg.de>).
- 2009 Im November unterzeichnen Oberbürgermeister Hans Schaidinger und Oberbürgermeister Xia Geng den Städtepartnerschaftsvertrag.
- 2010 Im Juni kommt Oberbürgermeister Xia Geng zum Gegenbesuch nach Regensburg für die Unterzeichnung von Kooperationsverträgen im medizinischen und kulturellen Bereich.

Kasten 3: Qingdao und Regensburg im Vergleich

	Qingdao 青島	Regensburg
Gründungsjahr	1891 als Stadt (die Geschichte von Qingdao als Geburtsstadt des Taoismus reicht jedoch mehrere tausend Jahre zurück)	179 n. Chr. (Einweihung des Legionslagers Castra Regina / Lager am Regen)
EinwohnerInnen	8,5 Mio.	134.218
Fläche Gesamt	10.654 km²	80,68 km²
EinwohnerInnen pro km²	798 (Gesamtfläche)	1.663
Bevölkerungsentwicklung	+ 1,7 % (2008)	+3,5 % (2002-2007)
Arbeitslose	2,81 %	3.134 bzw. 4,3 % (2010)
Wirtschaftsstruktur:		
Primär	4,9 %	0,1 %
Sekundär	48,7 %	36,2 %
Tertiär	46,4 %	63,7 %
Lebenserwartung	Frauen: 83,1 Jahre Männer: 76,8 Jahre	Frauen: 82,2 Jahre Männer: 76,4 Jahre
Partnerschaften	Über 50 Städtepartnerschaften und -freundschaften, u.a. Odessa (Ukraine), Velsen (Holland), Southampton (GB), Bilbao (Spanien), Nantes (Frankreich), Regensburg	Aberdeen (Schottland), Brixen/Bressanone (Südtirol), Budavár (Ungarn), Clermont-Ferrand (Frankreich), Odessa (Ukraine), Pilsen (Tschechische Republik), Tempe (Arizona/ USA), Qingdao

Quellen:

<http://www.regensburg.de/rathaus/partnerstaedte/qingdao/27235>

<http://english.qingdao.gov.cn>

<http://www.meinestadt.de/regensburg>

<http://www.hktdc.com/info/mi/a/mpcn/en/1X073ZMH/1/Profiles-of-China-Provinces--Cities-and-Industrial-Parks/Qingdao---Shandong---City-Information.htm>

pflegen mehrere Regensburger Gymnasien Schüleraustausch-Programme mit Schulen aus Qingdao.

Die Delegationen aus Regensburg sind vorwiegend Wirtschaftsdelegationen von mittelständischen Betrieben. Daneben bestehen laut Auskunft der Stadt Kontakte zwischen BürgerInnen, Wissenschaft und Kliniken. Zusätzlich gibt es Einzelaustauschmaßnahmen, bspw. Praktika von jungen ChinesInnen in bayerischen Medienbetrieben oder bei der Denkmalpflege. Soziale Themen spielen nach Auskunft der Stadt Regensburg keine herausragende Rolle, weil man die noch junge Partnerschaft nicht zu sehr belasten möchte. Laut offiziellem Partnerschaftsvertrag ist es das Ziel, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Bildungswesen, Jugend, Sport, Städtebau und Fremdenverkehr gegenseitige Beziehungen zu pflegen und auszubauen.

1.2.3 Bonn – Chengdu: Vom Kultur- zum Umweltschwerpunkt

Auch die Partnerschaft zwischen Bonn und Chengdu knüpft an bereits existierende Beziehungen auf Landesebene an, die NRW und Sichuan seit rund 20 Jahren verbinden.¹⁴

Die Partnerschaft wurde vom Bonner Kulturdezernat angestoßen und bestand daher zunächst in einem intensiven Kulturaustausch mit Einbindung des Beethovenorchesters und gemeinsamen Theater- und

¹⁴ Vgl. http://www.bonn.de/wirtschaft_wissenschaft_international/internationale_aktivitaeten/projektpartnerschaften/00854/index.html?lang=de;
<http://www.general-anzeiger-bonn.de/index.php?k=loka&itemid=10003&detailid=963934>
und Telefoninterview mit Hr. Wagner, Stadt Bonn

Kasten 4: Chengdu und Bonn im Vergleich

	Chengdu 成都市	Bonn
Gründungsjahr	311 v. Chr. (Errichtung einer Stadtmauer)	1244 (Mauer und Stadtrechte)
EinwohnerInnen	10,4 Mio.	315.981
Fläche Gesamt	12.390 km ²	141 km ²
EinwohnerInnen pro km²	845	2.241
Bevölkerungsentwicklung	-0,32 % (2007)	+2,4 % (2002-2007)
Arbeitslose	3 %	10.020 bzw. 6,5 % (09.2011)
Wirtschaftsstruktur:		
Primär	5,1 %	0,2 %
Sekundär	44,7 %	10,4 %
Tertiär	50,2 %	89,4 %
Lebenserwartung	80,1 Jahre (gesamt)	Frauen: 82,7 Jahre Männer: 79,9 Jahre
Partnerschaften	Montpellier (Frankreich), Ljubljana (Slowenien), Linz (Österreich), Kofu (Japan), Phoenix (Arizona/ USA), Winnipeg (Kanada), Mechelen (Belgien), Palermo (Italien), Gimcheon (Südkorea), Medan (Indonesien), Bonn	Buchara (Usbekistan), Chengdu (China), La Paz (Bolivien), Minsk (Weißrussland), Ulan-Bator (Mongolei); Tel Aviv; Potsdam

Quellen:

<http://www.meinestadt.de/bonn/statistik/bereich?Bereich=Menschen%2C+Stadt+%26+Umwelt>

http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/stadtbezirke/bonn/00171/index.html?lang=de

<http://www.chengdu.gov.cn/echengdu/overview/history.jsp>

<http://www.hktcd.com/info/mi/a/mpcn/en/1X0737OR/1/Profiles-of-China-Provinces--Cities-and-Industrial-Parks/Chengdu---Sichuan---City-Information.htm>

<http://www.chinatouronline.com/china-travel/chengdu/chengdu-facts/chengdu-population.html>

Tanzworkshops. Heute konzentriert sich die Arbeit auf Umwelt- und Klimaschutz, erneuerbare Energien, nachhaltige Stadtentwicklung und Tourismus.

Chinesische Umweltingenieure und andere Experten aus Chengdu besuchten mehrfach die Stadt Bonn, um sich über Umweltschutz, Abwasserentsorgung, Luft- und Wasserverschmutzung, Gebäudesanierung und Solarenergie zu informieren.

Darüber hinaus besteht ein Schulaustauschprogramm der Gesamtschule Bonn-Beuel mit einer Highschool in Chengdu, das vom früheren Schulleiter und jetzigen Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch initiiert worden ist.

2006 hat die Stadt ein Wirtschaftsforum durchgeführt, das mangels ausreichender Resonanz nicht wiederholt worden ist. Es bestehen einige Wirtschaftskontakte zwischen den Partnerstädten, der Fokus liegt aber ein-

Stationen der Partnerschaft

- 2000 Beginn von projektgebundenen Kontakten zwischen Bonn und Chengdu
- 2006 Stadt Bonn organisiert ein China-Wirtschaftsforum
- 2007 Besuch einer Delegation des Stadtkomitees des Nationalen Volkskongresses bei der Bonner Stadtverwaltung
- 2012 Konzertreise des Bonner Orchesters u.a. nach Chengdu

deutig auf den Bereichen Kultur, Umweltschutz und Stadtentwicklung. Diesbezüglich ist die Partnerschaft zwischen Bonn und Chengdu anders gelagert als die meisten anderen – deutlicher auf Wirtschaftsbeziehungen ausgerichteten – deutsch-chinesischen Städtepartnerschaften.

► 1.3 China-Partnerschaften und Zivilgesellschaft

Beziehungen zwischen deutschen Schulen und Hochschulen mit Schulen und Hochschulen in den chinesischen Partnerprovinzen bzw. Städten bilden ein Standbein der Länder- und Städtepartnerschaften (vgl. Kapitel 4). Neben dieser Verankerung im Bildungssystem werden die politischen und ökonomischen Kontakte in mehreren Städten und Bundesländern von deutsch-chinesischen Freundschaftsinitiativen begleitet: Von den insgesamt 19 Ortsvereinen der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GDCF) befinden sich jeweils sechs in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz und einer in Bayern. Auf ihrer Homepage listet die GDCF weitere 39 Initiativen und Vereine auf, die sich in den deutsch-chinesischen Dialog einbringen (vgl. www.gdcf.org). Diese Vereine und Initiativen sind allerdings so gut wie gar nicht mit der China-Arbeit von deutschen Nicht-Regierungsorganisationen verknüpft, die sich mit Fragen von Arbeitsbedingungen, sozialer Unternehmensverantwortung und der Durchsetzung internationaler Sozialstandards beschäftigen. Aus diesem Grund hat sich im Jahr 2008 in Rheinland-Pfalz ein Arbeitskreis unter dem Titel „Keine Partnerschaft ohne Sozialstandards“ gebildet, der auf diese fehlende Verknüpfung in Rheinland-Pfalz und das Fehlen eines breiteren gesellschaftlichen Diskurses zu Auswirkungen globalen

Wirtschaftens in der Partnerschaft hinweist (Wick 2010).¹⁵

Zu den Gründen für die nur mäßige zivilgesellschaftliche Verankerung der China-Partnerschaften gehört mit Sicherheit die Schwierigkeit, in der chinesischen Gesellschaft ein Gegenüber im zivilgesellschaftlichen Bereich zu finden. Dennoch ist festzustellen, dass die chinesische Zivilgesellschaft und die dortigen Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) eine zunehmend wichtige Rolle in China spielen, insbesondere im Umweltschutz, aber auch im Bildungssektor und Gesundheitsbereich. Der Dachverband CANGO mit Sitz in Peking (vgl. <http://english.cango.org/>) ist ein Beispiel für eine zivilgesellschaftliche Vernetzung in China: CANGO bietet chinesischen Graswurzel-Organisationen Hilfestellung durch Fortbildungsprogramme über Neugründung, Arbeits- und Funktionsweise von NGOs. Diese gemeinnützige Vereinigung arbeitet chinaweit, hat auch in Fujian, Shandong und Sichuan einige Mitglieder (vgl. <http://chinagate.cn/english/485.htm>) und kooperiert u.a. mit der Heinrich-Böll- und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.¹⁶

¹⁵ Vgl. www.ak-rlp-fujian.de

¹⁶ <http://www.boell-china.org/web/40.html> und <http://www.rosalux.de/international/regionen/sued-ost-und-suedostasien/ost-und-suedostasien/partner-in-china.html>

Viele der chinesischen NGO-AktivistInnen haben einen westlichen Hintergrund, z.B. durch Studienaufenthalte in den USA oder durch den Einfluss von amerikanischen Stiftungen und Universitäten, die damit auch langfristige Bindungen mit China knüpfen. Europa agiert demgegenüber zu wenig bzw. erst verspätet als „Capacity-BUILDER“ von zivilgesellschaftlichen Akteuren (vgl. Lehrack 2004: 20).

Genaue Angaben zu chinesischen NGOs sind kaum zu ermitteln, weil die Gründung zivilgesellschaftlicher Organisationen in China mit Hindernissen verbunden ist. Grundsätzlich müssen sich NGOs registrieren lassen. Dazu ist eine offizielle Trägerinstitution notwendig, etwa staatliche Institutionen oder öffentliche Unternehmen. Diese Struktur läuft auf eine indirekte Kontrolle durch den Staatsapparat hinaus (vgl. Sausmikat 2011: 10). Registrierte NGOs müssen regelmäßig über ihre Aktivitäten berichten und können von Behörden- seite aufgrund interpretationsbedürftiger Regularien geschlossen werden, z.B. bei Gefährdung der „nationalen Einheit“ oder der „ethnischen Harmonie“. Organisationen geraten insbesondere dann in Bedrängnis, wenn sie über ein gewisses Mobilisierungspotential

verfügen und kritische, politisch sensible Themen ansprechen. Die chinesische Regierung reagiert auf das zunehmende Engagement zivilgesellschaftlicher Gruppen für demokratische Reformen, nicht zugelassene Religionsgemeinschaften und Menschenrechte auch mit Inhaftierung und Strafverfolgung (vgl. Amnesty 2011: o. p.).

Außerdem gibt es zivilgesellschaftliche Organisationen, die von vornherein eng mit den Staatsbehörden kooperieren, sogenannte GONGOs.¹⁷ Diese Organisationen übernehmen eine wichtige Mediations- und Gestaltungsfunktion. Sie vermitteln zwischen den Interessen des Staates, der Wirtschaft und der Zivilbevölkerung und übernehmen soziale Aufgaben, z.B. als Auffangorganisationen für Arbeitslose. „GONGO sind keine Opponenten der Staatspolitiken, sondern loyal in den Staat eingebunden. Ein gut funktionierendes GONGO-System ist Sensor für die Interessen großer Gruppen“ (Lehrack 2004: 4). Die Loyalität dieser Organisationen gegenüber dem Staatsapparat und ihre Abhängigkeit von diesem widersprechen indes europäischen Vorstellungen, wonach Zivilgesellschaft eine möglichst unabhängige Sphäre zwischen staatlicher, wirtschaftlicher und privater Ebene ist. Unterschiedliche normative Ansprüche an zivilgesellschaftliche Strukturen führen zu Irritationen und auch zu Kritik auf Seiten westlicher NGOs.

17 GONGO = Governmental Organized Non-Governmental Organization = Von der Regierung organisierte Nichtregierungsorganisationen

Doch die Struktur der chinesischen Zivilgesellschaft scheint nicht der einzige Grund für die geringe zivilgesellschaftliche Einbindung in die Partnerschaften zu sein: Das Asien-Institut aus Essen bemängelt, dass es kaum europäische NGOs gibt, die sich speziell auf China konzentrieren – auf der anderen Seite aber auch Europa keinen besonderen Bezugspunkt für die chinesische Zivilgesellschaft darstellt – und somit keine intensiven Kontakte zustande kommen. Demnach sind deut-



Eingang zum Verein für WanderarbeiterInnen in Xiamen, Foto: Fritz Hofmann

Eine Partnerschaft – zwei Blickwinkel

Markus Pflüger, AGF Trier:

„Die soziale Situation und die Arbeitsbedingungen in Xiamen spielten und spielen keine sichtbare Rolle. Kritische Nachfragen werden oft mit Argumenten wie: „Ihr habt keine Ahnung von China. Seid ihr denn schon dort gewesen? In China tut sich sehr viel, sie sind auf einem guten Weg, eure Kritikpunkte sind einseitig und werden der kulturell-geschichtlichen Entwicklung nicht gerecht“ abgetan.“

Als zivilgesellschaftlicher Akteur sind wir in keinerlei Austausch- und Begegnungsprogramme eingebunden. Wir haben keine Ansprechpartner und wissen auch nicht, wie wir welche finden und ansprechen könnten – dabei spielt auch die Sorge, dass wir mit unseren Anliegen chinesische Bürgerrechtler gefährden könnten, eine Rolle.

Der Austausch mit der Bevölkerung – wie bei anderen Partnerstädten – findet bisher nicht statt, ich sehe auch keine wirkliche Perspektive, dass nicht nur ausgesuchte Chinesen hier her dürfen (...).

Anfangs waren wir gegen die Partnerschaft, da notwendige Kritik an Zwangsarbeiterlagern, miserablen Umwelt- und Sozialstandards sowie Menschenrechtsverletzungen aus Höflichkeitsgründen wahrscheinlich unter den Tisch fallen werden – auch um millionenschwere Wirtschaftskooperationen nicht zu gefährden.

Bei einigen Akteuren der Partnerschaft konnte nach unseren kritischen Anfragen und Protesten Sensibilität geweckt werden, (...). Wir wollen die Partnerschaft kritisch begleiten.“



Mahnwache in Trier anlässlich der Unterzeichnung der Partnerschaft mit Xiamen, Foto: Sabrina Notka, Paulinus

Prof. Dr. Siegfried Englert, Beauftragter des Landes Rheinland-Pfalz für die Partnerschaft mit Fujian:

„Das Land Rheinland-Pfalz verfolgt mit der Partnerschaft das Ziel, dass sich die Menschen beider Länder in ihrer jeweiligen Andersartigkeit kennen und begreifen lernen, warum sie so handeln, wie sie es tun.“

Ich glaube, dass wir stärker psychologische Effekte und interkulturelle Unterschiede berücksichtigen müssen, wenn wir einen Bewusstseinswandel hervorrufen wollen. Anders ausgedrückt: Sind wir hierzulande wirklich gut beraten, um dies zu erreichen, anderen einen Spiegel vorzuhalten? Ich bin vielmehr davon überzeugt, dass die Zukunft zeigen wird, dass sich etwas wandelt, je mehr Chinesen mit anderen (westlichen?) Sozialstandards in Berührung kommen. Sei es über Joint-ventures, sei es über wechselseitige Besuche und Begegnungen oder über die Informationsmöglichkeiten des Internets. Da es von uns aus also bisher keinen formellen Dialogwunsch über die von Ihnen angesprochenen Themen gab, kennen wir auch keine potenziellen AnsprechpartnerInnen in Fujian.

Die soziale Situation und die Arbeitsbedingungen sind Fragen, die einem Chinabesucher schon auf Grund der hiesigen Medienberichte mit auf den Weg gegeben werden. Sie spielten somit bisher zwar eine unterschwellige, aber keine offen angesprochene Rolle bei den wechselseitigen Besuchen.“
(Quelle: Aus Schreiben an das Institut SÜDWIND vom Herbst 2011)

sche NGOs, die sich etwa auf Umwelt- oder Sozialthemen konzentrieren, nur unzureichend über die politische und soziale Situation in China informiert (vgl. Sausmikat 2010: 52). Als Hinderungsgründe der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Europa und China werden mangelndes Interesse und fehlende Kenntnisse über die NGO-Szene in China genannt. Die unterschiedliche Funktionsweise zivilgesellschaftlichen Engagements führt dabei auch zu Missverständnissen und falschen Erwartungshaltungen, die eine engere Kooperation erschweren (vgl. Sausmikat 2010: 80ff.).

Trotz der nur wenigen NGOs mit explizitem China-Schwerpunkt gibt es doch viele deutsche und europäische NGOs, die (auch) zu China aktiv sind. Themenschwerpunkte sind dabei Menschenrechte (Amnesty International, Reporter ohne Grenzen), Arbeitsbeziehungen (Gewerkschaften, Kampagne für Saubere Kleidung, Forum Arbeitswelten e.V.), Umwelt und Klima sowie Bildung (vgl. Sausmikat 2010: 63).

Neben diesen grundsätzlicheren Problemen einer Kommunikation zwischen deutschen und chinesischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, gibt es weitere Gründe für die mangelnde Beteiligung deutscher NGOs an den China-Partnerschaften: Der mangelnde Bekanntheitsgrad dieser Partnerschaften spielt

nach wie vor eine Rolle, denn die China-Partnerschaften werden von den Verantwortlichen in Städten und Ländern nicht so „beworben“ wie z.B. entwicklungspolitische Partnerschaften (Rheinland-Pfalz / Ruanda oder NRW / Ghana). Zusätzlich entstehen dort, wo sich – wie in Rheinland-Pfalz – NGOs für die Partnerschaft zu interessieren beginnen und mit inhaltlichen Wünschen wie „Thematisierung von Sozialstandards in China“ an die Partnerschaften herantreten, leicht Unstimmigkeiten: Die Sorge der deutschen Partnerschaftsverantwortlichen, den chinesischen Partner mit Kritik an den dortigen sozialen Bedingungen zu „verprellen“, gerät in Konflikt mit dem Interesse der deutschen NGOs, mit der deutschen, aber auch mit der chinesischen Seite in einen Dialog über soziale Missstände, Ursachen und Lösungswege einzusteigen.

Obwohl die vorliegende Studie nicht beansprucht, diesen Konflikt lösen zu können, soll sie doch als Handreichung für beide Seiten dienen: Mit den Schwerpunkten Migration (2. Kapitel), Gewerkschaften und Arbeitskämpfe (3. Kapitel) sowie Bildung (4. Kapitel) will sie Wissen über die PartnerInnen in China vermitteln und damit eine Grundlage für künftige Dialoge bilden. Die drei Schwerpunktthemen sind auch vor dem Hintergrund ausgewählt worden, dass sie in Deutschland für politischen Diskussionsstoff sorgen (s. Einführung).



Gespräch der rheinland-pfälzischen Gruppe „Keine Partnerschaft ohne Sozialstandards“ mit der Provinzgewerkschaft von Fujian, Foto: Ulrich Suppus

2. „Die größte Menschenbewegung zu Friedenszeiten“¹⁸ – WanderarbeiterInnen in China

Mit ihrer täglichen Arbeit tragen sie entscheidend zum chinesischen Wirtschaftswunder bei: die mittlerweile auf schätzungsweise 220 Mio. Menschen¹⁹ angewachsene Gruppe der sog. WanderarbeiterInnen (vgl. Steiger 2011: 9). Sie stellen in Fujian u.a. Sportschuhe für den europäischen Markt her, produzieren in Sichuan das iPad (Apple) und bauen in Shandong, genauso wie in ganz China, die Infrastruktur aus. Sie arbeiten im Bergbau, in Haushalten, in Restaurants und in Hotels. Anders als in den ersten Jahrzehnten nach Gründung der Volksrepublik China (1949) migrieren diese Menschen innerhalb Chinas nicht, weil sie vor einer Hungersnot fliehen oder weil sie im Rahmen staatlicher Programme umgesiedelt werden.²⁰ Vielmehr hängen ihr Aufbruch aus ihrer Heimatregion und ihr Ziel, das sie teilweise über tausende Kilometer weit in die boomenden chinesischen Küstenprovinzen führt, unmittelbar mit den wirtschaftlichen Reformen Chinas seit Anfang der 1980er Jahre zusammen.

Kaum ein Wort drückt dies besser aus als das chinesische „dagong“, das das „Arbeiten“ oder „Jobben“ der



Arbeiterin in einer Sportschuhfabrik in Fujian, Foto: Fritz Hofmann

WanderarbeiterInnen bezeichnet. Es lässt die Verwandlung von Individuen in ArbeiterInnen, die für ein Privatunternehmen arbeiten, und den Tausch der Arbeitskraft gegen Lohn mitschwingen. Anders als die „gongren“, die in Staatsbetrieben beschäftigten privilegierten ArbeiterInnen, verweist „dagong“ auf den „Übergang von sozialistischen zu kapitalistischen Arbeitsbeziehungen“ (Ngai/Wanwei 2008: 10).

► 2.1 In der Stadt arbeiten – aber nicht dort bleiben. Wanderarbeit in China

Weltweit gibt es ca. 740 Mio. BinnenmigrantInnen (Ferenschild 2011: 7). Zu diesen gehören die, je nach Statistik, 150–260 Mio. chinesischen WanderarbeiterInnen, die zusammen 16,5% der chinesischen Bevölkerung ausmachen (vgl. Shan 2011: n.p.). Mit den Begriffen ‚WanderarbeiterInnen‘, ‚interne MigrantInnen‘ oder ‚mobile Bevölkerung‘ (= floating population) werden in China die Menschen bezeichnet, die nach dem chinesischen Haushaltsregistrierungssystem (Hukou-System) ein ländliches ‚hukou‘ (chin.: Aufenthaltstitel, s. S. 26) haben, aber in die Städte ziehen, um dort zu arbeiten.²¹ In den letzten Jahrzehnten ist die Zahl dieser WanderarbeiterInnen sprunghaft gestiegen – von ca. 2 Mio. Menschen im Jahr 1983 über 30 Mio. gegen Ende der 1980er Jahre auf 136,5 Mio. registrierte WanderarbeiterInnen im Jahr 2007 (vgl. Cai/Du/Wang 2009:

11). Regionale Erhebungen verweisen darauf, dass ca. die Hälfte der Binnenmigration ohne behördliche Registrierung erfolgt und deshalb in der Statistik nicht auftaucht: So zählte das Munizip Jinjiang in der Provinz Fujian im Jahr 2001 lediglich 220.000 Personen, die zur mobilen Bevölkerung gehörten, während die

¹⁸ Cai/Du/Wang 2009, S. 3

¹⁹ Die folgenden statistischen Angaben stützen sich zum Teil auf offizielle chinesische Quellen wie das Statistische Jahrbuch. Sie stehen unter dem Vorbehalt, dass statistische Angaben teilweise nur eine verkürzte Realität widerspiegeln und widersprüchlich sein können. Erschwerend kommt die oft unvollständige und schwer zugängliche Datenlage hinzu.

²⁰ Vgl. Überblick bei König 2010, S. 15ff. Diese frühen Phasen der Binnenmigration sowie die internationale Migration der sog. „Übersee“-Chinesen werden hier nicht weiter behandelt.

²¹ Steiger (2011) stellt die Entwicklung des Hukou-Systems ausführlich und differenziert dar.

Das chinesische Haushaltsregistrierungssystem „*hukou*“

China führte das Haushaltsregistrierungssystem (*hukou*) im Jahr 1958 unter Kontrolle der Zentralregierung ein. Das *Hukou*-System weist jeder Person bei der Geburt einen permanenten Wohnsitz in einer bestimmten *Hukou*-Zone zu. Der *hukou* eines Kindes ist abhängig von der Registrierung der Mutter. Das System unterscheidet zwischen

- einem ländlichen *hukou* mit Anrecht auf Nutzung eines Stücks Land und
- einem städtischen *hukou*, der in den ersten Jahrzehnten einen garantierten Arbeitsplatz in städtischen Kombinat in Verbindung mit der sog. „eisernen Reisschüssel“ (soziale Sicherung, Lebensmittelzuweisung, Wohnraum, kostenloser Schulbesuch) beinhaltete.

Primäres Ziel dieses Systems war die Reduzierung des Migrationsdrucks auf die Städte. Bis in die 1970er Jahre machte dieses System einen Wohnortwechsel vom Land in die Stadt fast unmöglich. Die Verlegung des permanenten Wohnsitzes verlangte die Zulassung der städtischen Behörde bzw. eine Arbeitsberechtigung am Zielort, die der lokalen Polizeibehörde zwecks Erlaubniserteilung zur Wanderung vorgelegt werden musste. Je nach Zahl der Arbeitslosen am Wohnort, der Qualifikation des / der Wanderungswilligen und der Nachfrage nach Arbeitskräften am Zielort war diese Erlaubnis leicht, mit erheblichem zeitlichen und finanziellen Aufwand oder gar nicht zu bekommen. Dies ist die Ursache für den hohen Anteil WanderarbeiterInnen, die ohne Wissen der Behörden ihre *Hukou*-Zone verlassen.

Das *Hukou*-System wurde im Laufe der Zeit mehrfach angepasst und reformiert: Neben dem ursprünglich nur permanenten *hukou* führte die chinesische Regierung im Jahr 1985 den sog. temporären *hukou* ein, der den Menschen mit ländlichem *hukou* einen zeitlich befristeten Aufenthalt in städtischen Gebieten erlaubte, sofern sie sich länger als drei Tage dort aufhalten wollten. Diese Regelung galt auch für TouristInnen und AusländerInnen. Die temporären *hukous* sind auf drei Monate befristet, können aber vor allem zu Arbeitszwecken verlängert werden. Grundsätzlich gilt, dass ein temporärer *hukou* nicht in einen permanenten *hukou* übertragen werden kann.

Die staatlichen Statistiken erfassen nur die (Stadt-)bevölkerung mit permanentem oder temporärem

hukou, nicht aber die ohne Papiere in den Städten lebenden Menschen.

Im Jahr 1985 führte die chinesische Zentralregierung neben dem temporären *hukou* auch Personalausweise ein, die im Prinzip Bewegungsfreiheit im Land ohne behördliche Kontrolle ermöglichten – allerdings innerhalb der o.g. Grenzen des *hukou*-Systems. Da die legale Migration innerhalb Chinas bis heute an einen temporären *hukou* und an den Besitz von Personalausweisen gebunden ist und dementsprechend mit Verwaltungskosten einhergeht, steht sie nur denen offen, die diese Kosten auch aufbringen können.

Seit dem Jahr 2001 ist die *Hukou*-Verwaltung dezentralisiert worden. Nicht mehr die Zentralregierung, sondern die Provinzen bestimmen und kontrollieren nun die Aufenthaltsregelungen. In Fujian führte diese Dezentralisierung z.B. dazu, dass bereits im gleichen Jahr die Unterscheidung zwischen ländlichem und städtischem *hukou* aufgehoben wurde und nur noch zwischen befristeter und unbefristeter Aufenthaltserlaubnis unterschieden wird. Die Lockerung des *Hukou*-Systems hat allerdings bisher noch nicht zu einem gleichberechtigten Zugang aller WanderarbeiterInnen bzw. ihrer Kinder zu städtischen Bildungs- und Sozialeinrichtungen geführt.

Seit dem Jahr 2009 muss in Fujian zur Erlangung einer befristeten Aufenthaltserlaubnis keine Gebühr mehr bezahlt werden. Einen ähnlichen Weg verfolgt Chengdu, die Hauptstadt der Provinz Sichuan: Die Unterscheidung zwischen ländlichem und städtischem Aufenthaltsrecht im Stadtgebiet (das ländliche Verwaltungsbezirke umfasst) wurde vor einigen Jahren aufgehoben und den ca. 7 Mio. BewohnerInnen der ländlichen Verwaltungsbezirke dadurch Freizügigkeit zum Umzug in die städtischen Gebiete der 14-Millionen-Metropole Chengdu gewährt.

Dennoch stellt das *Hukou*-System mit der Registrierung von Geburten, Migrationen und Todesfällen und dem Ziel der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung weiterhin „die wichtigste Kontrollfunktion der Kommunistischen Partei Chinas“ (vgl. König 2010: 176) dar.

(nach: Ngai/Wanwei 2008, König 2010, Steiger 2011, Australian Government 2011, Plathaus 2011)

Volkszählung aus dem Jahr 2000 dort eine halbe Million Menschen aus dieser Gruppe zählte (vgl. Zhu 2003: 490). Andere Studien sprechen von lediglich 40 % der WanderarbeiterInnen, die registriert sind, und 60 %, die sich ohne Registrierung, also ohne Papiere, an ihren Arbeitsorten aufhalten (vgl. König 2010: 70).

Das Nationale Statistikbüro erhob für Ende 2010 eine Zahl von insgesamt 242 Mio. WanderarbeiterInnen, von denen 89 Mio. in ihrer Heimatregion und weitere 153 Mio., also ungefähr zwei Drittel, außerhalb der Heimatregion arbeiteten (vgl. CLB 2011: 9). Ein Bericht der Nationalen Bevölkerungsplanungskommission geht davon aus, dass die Zahl der Menschen, die vom Land in die Städte ziehen, in den nächsten 30 Jahren auf ca. 300 Mio. Menschen steigt und dass mehr als 76 % der ‚neuen‘ (= nach 1980 geborenen) Generation von MigrantInnen in den Städten bleiben wollen (vgl. Shan 2011: n.p.).

Die Ursachen für die massenhafte Migration aus den ländlichen Regionen sind vielschichtig. Sie hängen eng mit den Wirtschaftsreformen der chinesischen Führung unter Deng Xiaoping seit 1978 zusammen, mit denen nach der Großen Hungersnot Anfang der 1960er Jahre und der Kulturrevolution (1966–76) Landwirtschaft, Industrie, Technik und Wissenschaft modernisiert werden sollten (vgl. Klein 2009: 60). Die Wirtschaftsreformen leiteten nach dem Prinzip, dass sich einige Regionen und Personen zuerst entwickeln sollten, eine Phase radikaler Umstrukturierungen ein. Ländliche Kooperativen wurden aufgelöst (vgl. Steiger 2011: 42) und flächendeckend das „Haushaltsverantwortlichkeitssystem“ eingeführt, das auf Haushaltsbasis Landnutzungsrechte für 15 (später 30) Jahre vergab. Dadurch wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft praktisch aufgehoben (vgl. Grassi 2008: 1). In der Folge stieg bis Ende der 1980er Jahre der Getreideertrag um 40–50 % (vgl. König 2010: 62), die landwirtschaftliche

Produktivität zwischen 1981 und 1984 um 9 % jährlich (vgl. Grassi 2008: 2). Diese Entwicklung sicherte auf der einen Seite die grundlegende Versorgung der ländlichen Bevölkerung, auf der anderen Seite führte die zunehmende Produktivität bei gleichzeitig wachsender Bevölkerung zu einem Anstieg überschüssiger Arbeitskraft auf dem Land: Für Sichuan bedeutete die pro Person zugewiesene Landfläche von 0,33 Hektar bei insgesamt 50 Mio. Bauern und einer landwirtschaftlichen Gesamtfläche von 6,23 Mio. Hektar einen Überschuss von 30 Mio. arbeitsfähigen Menschen (vgl. König 2010: 106). Teilweise fanden diese Menschen in den ländlichen Behörden und Lokalregierungen eine Arbeit, was wiederum eine Ursache steigender ländlicher Steuern war (vgl. Grassi 2008: 2). Ein bedeutender Teil der ländlichen Bevölkerung verlässt aber seitdem Jahr für Jahr oder dauerhaft seine Heimat, um sich in anderen Regionen bzw. in anderen Provinzen den Lebensunterhalt zu verdienen (vgl. Murphy 2006: 7). Der größte Teil der Wanderung derjenigen, die ihre Heimatprovinz verlassen, zieht in die Küstenprovinzen. Denn zeitgleich mit der Agrarreform ermöglichte die chinesische Regierung ab 1978 in den Küstenprovinzen, u.a. in Fujian und Shandong,²² internationale Investitionen. In der Trierer Partnerstadt Xiamen (Fujian) wurde Anfang der 1980er Jahre eine der ersten chinesischen Sonderwirtschaftszonen eingerichtet.²³ Damit wuchs neben der

22 Shandong war bis ins Jahr 2000 noch eine Abwanderungsprovinz: ca. 1 Mio. Menschen zogen zwar zwischen 1995 und 2000 zu, etwas mehr wanderten aber ab. Fujian zog schon in den 1990er Jahren mehr Menschen an: Zwischen 1995 und 2000 zogen mehr als 2 Mio. Menschen zu, weniger als 1 Mio. wanderten ab (vgl. König 2010: 120).

23 Vgl. <http://www.chinavista.com/xiamen/invest/xia-int.html>. Sonderwirtschaftszonen (special economic zones) gehören zu den freien Exportzonen, die von der Internationalen Arbeitsorganisation definiert werden als „Industriezone mit speziellen Anreizen für ausländische Investoren, in denen importierte Materialien verarbeitet und wieder exportiert werden“ – häufig unter Verletzung grundlegender Arbeitsrechte (www.ilo.org).

Tabelle 6:
WanderarbeiterInnen (WA) nach Herkunft, 1998

Herkunft	Registrierte ländliche WA aus der Provinz absolut	Registrierte ländliche WA aus der Provinz %	Registrierte interprov. ländliche WA aus der Provinz absolut	Registrierte interprov. ländliche WA aus der Provinz %
Fujian	510.200	1,1 %	219.000	0,72 %
Shandong	1.657.100	3,56 %	720.600	2,36 %
Sichuan	6.541.500	14,06 %	4.166.000	13,66 %
China gesamt	46.5340.000	100 %	30.492.100	100 %

Quelle: Zhu 2003: 491.

Tabelle 7:
Volumen der mobilen Bevölkerung nach Ziel, Mitte 1999

Ziel	Registrierte mit befristetem hukou absolut	Registrierte mit befristetem hukou %	Registriert befristet aus anderen Provinzen absolut	Registriert befristet aus anderen Provinzen %
Fujian	1.486.262	3,68 %	800.380	3,56 %
Shandong	1.624.014	4,02 %	483.352	2,15 %
Sichuan	1.383.262	3,42 %	269.825	1,2 %
China Gesamt	40.416.608	100 %	22.501.618	100 %

Quelle: Zhu 2003: 492.

Nachfrage nach qualifizierten Beschäftigten auch der Bedarf an billigen Arbeitskräften für die Weltmarktproduktion (vgl. Zhu 2009: 3; König 2010: 60). Die ArbeiterInnen mit städtischem *hukou* konnten diese Nachfrage vor allem aus zwei Gründen nicht befriedigen: Zahlenmäßig waren sie zu wenige und die ge-

botenen Arbeitsbedingungen (niedrige Löhne, kaum vorhandene soziale Sicherung, unsichere Arbeitsplätze) waren für die an die „Eiserne Reisschale“ (vgl. S. 26) gewöhnten städtischen ArbeiterInnen einfach zu schlecht (vgl. Zhu 2007: 67f).

Geld verdienen in der Stadt – Geld ausgeben auf dem Dorf. Ein Beispiel aus Fujian

Herkunft, Ziele und Perspektiven von WanderarbeiterInnen in Fujian untersuchte eine Forschungsgruppe von der Universität Fuzhou in Fujian. Die Gruppe kam aufgrund verschiedener Befragungen zu dem Schluss, dass WanderarbeiterInnen in Fujian im Durchschnitt 27 Jahre alt sind, die Hälfte von ihnen die Mittelschule abgeschlossen hat und sie zu 53 % in der verarbeitenden Industrie, im Transport und in der Bauwirtschaft arbeiten. Laut einer Befragung im Jahr 2002 kamen sie zu

- 62,5 % aus anderen Provinzen,
- 35,7 % aus dem Landesinneren oder dem Gebirge Fujians
- 1,8 % aus Küstengebieten Fujians.

Sie verließen ihre Heimat überwiegend aufgrund fehlender Beschäftigungsmöglichkeit (66,1 %), wegen hoher Abgaben, die sie als Bauern leisten mussten (62,5 %), wegen niedriger Löhne in der Heimat (55,2 %)

und wegen besserer Arbeitsmöglichkeiten in Fujian. Sie bekamen in Fuzhou bessere Arbeitsplätze mit einem Durchschnittslohn von monatlich 600 Yuan (= 73,17 US-Dollar) und waren in der Lage, Geld an ihre Familien zu schicken.²⁴

Durchschnittlich 60 % der arbeitsfähigen Familienmitglieder der MigrantInnen migrierten ebenfalls. Von insgesamt 21 verheirateten MigrantInnen lebten 16 mit ihren Eheleuten in Fuzhou. Diese arbeiteten oft in der gleichen Fabrik – was ihre Arbeitgeber begrüßten, da die Verweildauer am Arbeitsplatz da-

Tabelle 8:
Lohngruppen unter WanderarbeiterInnen (WA) in Fujian, 2002 und 2006

Jahr	Anteil WA in % 501–800 Yuan (50,35–80,40 €)	Anteil WA in % 801–1000 Yuan (80,50–100,50 €)
2002	40,7 %	22,6 %
2006	28,3 %	42,8 %

Quelle: Zhu 2009: 6.

²⁴ Die Umrechnung der chinesischen Währung Yuan erfolgt in dieser Broschüre in US-Dollar, ab 2002 in Euro. An den US-Dollar war der Yuan seit 1994 mit dem Kurs von 8,2 Yuan = 1 US-Dollar fest gekoppelt. Die Umrechnung in Euro erfolgt, sofern nicht anders angegeben, angelehnt an den Kurs von April 2005: 9,95 Yuan = 1 Euro (www.oanda.com).

durch erhöht wurde. Von den insgesamt 19 befragten MigrantInnen mit Kindern brachte nur eine/r das eigene Kind mit nach Fuzhou. Die Befragung zeigte, dass die Kinder nur vor Erreichen des Schulalters mitgenommen, bei Schulbeginn aber nach Hause geschickt wurden, um die Lebenshaltungskosten in der Stadt zu senken. Die meisten MigrantInnen lebten unter „sehr harten“ Bedingungen in Wohnheimen auf dem Fabrikgelände, was der Kostensenkung diente und der Strategie vieler MigrantInnen entsprach, in der Stadt Geld zu verdienen, um es im (Herkunfts-) Dorf auszugeben.

95 % der befragten MigrantInnen sagten, sie könnten sich eine normale Wohnung in der Stadt nicht leisten, 76 % wollten ihr Land in der Heimat behalten, mehr als 60 % benötigten das Land noch für ihre Ernährung oder ihr Einkommen.

Eine weitere Befragung aus dem Jahr 2006 stellte fest, dass die Arbeitskräfteknappheit mit Höhepunkten in den Jahren 2005 und 2006 zu höheren Löhnen und besserer sozialer Sicherung für viele WanderarbeiterInnen führte (vgl. Tabelle 9). Dementsprechend stieg die Zahl derjenigen, die nicht mehr zurück an ihren Herkunftsort wollten, sondern gerne weiterhin in Fujian bleiben wollten, auf mehr als ein Drittel

Tabelle 9:
Soziale Sicherung von WanderarbeiterInnen in Fujian, 2002 und 2006

Sozialversicherung	Anteil Beschäftigter	
	2002	2006
Rentenversicherung	18,2 %	37,3 %
Arbeitslosenversicherung	6,6 %	27,5 %
Krankenversicherung	11,1 %	29,0 %

Quelle: Zhu 2009: 6.

der Befragten (vgl. Tabelle 10). Diejenigen, die sich in der Stadt niederlassen wollten, waren eher weiblich, jung, unverheiratet und besser gebildet als die, die zurückkehren wollten. Das gleiche gilt für diejenigen, die nicht in der verarbeitenden Industrie mit ihren unsicheren, oft prekären Arbeitsbedingungen arbeiteten, und für diejenigen, die aus der Provinz Fujian kamen. Das Fazit der Forschungsgruppe: Die Gruppe der WanderarbeiterInnen ist nicht einheitlich. Mit besseren Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen steigt die Tendenz, aus der zeitweisen Migration eine dauerhafte zu machen. Dennoch ist dies keine so starke Tendenz wie erwartet.

Tabelle 10:
Perspektiven der WanderarbeiterInnen im Vergleich 2002 und 2006 (in %)

	In der Stadt bleiben	In eine andere Stadt umziehen	Rückkehr nach Hause	Andere	Gesamt
2002	20,6	7,4	45,7	26,4	100
2006	35,8	21,7	40,2	2,3	100

2002: n = 243; 2006: n = 600

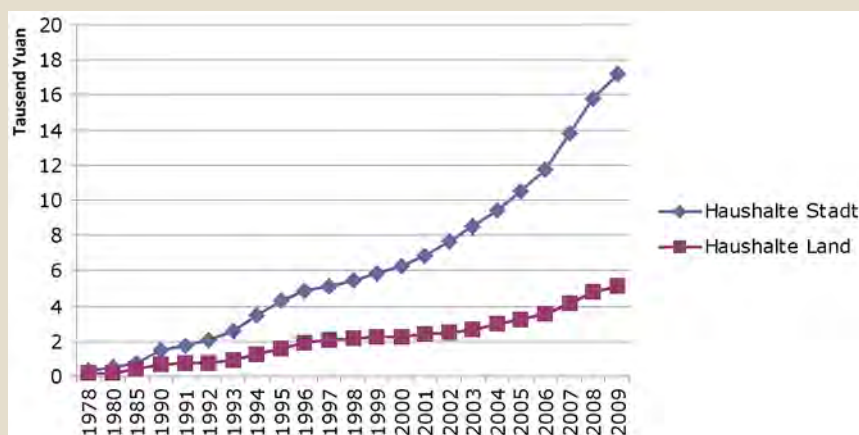
Quelle: Zhu/Chen 2009: 7 (zusammengefasst nach Zhu 2003, Zhu 2009) .

Die Reformen trugen entscheidend zur Polarisierung zwischen den vor allem an der Ostküste gelegenen, eher städtischen Gebieten und den ländlichen Regionen bei. Diese Polarisierung drückt sich nicht zuletzt in den wachsenden Unterschieden der Jahreseinkommen ländlicher und städtischer Haushalte aus (vgl. Grafik 1 und Tabelle 11, S. 30). Diese Ungleichheiten haben „heutzutage ein Niveau erreicht, welches lateinamerikanischen Verhältnissen ähnelt“ (Steiger 2011: 57). Die wachsenden Ungleichheiten weisen dabei eine geschlechtsspezifische Komponente auf: Eine Erhebung in fünf chinesischen Städten, zu denen Fuzhou (Fujian)

gehört, zeigt, dass Frauen ohne lokalen *hukou* in der Stadt das geringste Einkommen haben und selbst Frauen mit lokalem *hukou* noch einen niedrigeren Durchschnittsverdienst aufweisen als Wanderarbeiter (vgl. Tabelle 13, S. 31). Während (und weil) das ländliche China weitgehend in Subsistenzwirtschaft, also Produktion für den eigenen Bedarf, verharrt(e) – 70–80 % der landwirtschaftlichen Erträge benötigt ein ländlicher Haushalt für den Eigenbedarf, der Rest wird verkauft (vgl. Grassi 2008: 4) – zogen und ziehen immer mehr Menschen in die Industrieregionen und Städte auf der Suche nach besseren Arbeits- und Lebensperspektiven.

Grafik 1:

Entwicklung jährlicher Durchschnittseinkommen ländlicher u. städtischer HH national



Quelle: Eigene Darstellung nach www.stats.gov.cn.

Die Land-Stadt-Migration der letzten Dekaden trug sowohl zu einem Verstädterungsprozess als auch zu einem enormen Anstieg des Anteils von MigrantInnen an der städtischen Beschäftigung bei: Ende der 1970er Jahre lebten 82% der Bevölkerung Chinas auf dem Land (vgl. Tabelle 14, S. 31) und 92,4% aller Beschäftigten waren im Agrarsektor tätig (vgl. König 2010: 115). Im Jahr 2009 lebten nur noch

53,4% der ChinesInnen auf dem Land, Ende des Jahres 2011 hatten die Städte mit 51,3% erstmals mehr BewohnerInnen als das Land.²⁵ Der Beschäftigungsanteil des Agrarsektors war im Jahr 2007 auf 41% gesunken. Der Anteil der WanderarbeiterInnen an der städtischen Beschäftigung, der im Jahr 2000 noch bei knapp 37% (= 78,5 Mio. von 212,7 Mio. insg.) lag, stieg bis 2007 auf 46,5% oder 136,5 Mio. von insg. 293,5 Mio. Beschäftigten (vgl. Cai/Du/Wang 2009: 7.11).

In den Städten fand im Zuge der Reformen eine weitere grundlegende Veränderung statt: Der staatliche Sektor schrumpfte zugunsten des nicht-staatlichen Sektors (vgl. Grafik 2, S. 31). Arbeiteten im Jahr 1978 mehr als 78% der städtischen Bevölkerung im Staatssektor (vgl. König 2010: 144), taten dies im Jahr 2007 lediglich noch 21,5% – während der nicht-staatliche Sektor auf 76,1% angewachsen war (vgl. Cai/Du/Wang 2009:13). Der nicht-staatliche Sektor wiederum bildete den wichtigsten Sektor für die Beschäftigung von WanderarbeiterInnen.

Tabelle 11:

Durchschnittliches Pro-Kopf-Jahreseinkommen nach Haushalten und Region 2009

Region	HH-Land Yuan	HH-Land Euro	HH-Stadt Yuan	HH-Stadt Euro
China	5.153,17	517,91	17.174,65	1726,10
Beijing (höchste)	11.668,59	1172,72	26.738,48	2687,28
Fujian	6.680,18	671,37	19.576,83	1967,52
Shandong	6.118,77	614,95	17.811,04	1790,05
Sichuan	4.462,05	448,45	13.839,40	1390,89
Gansu (niedrigste)	2.980,10	299,51	11.929,78	1198,97

Quelle: Eigene Darstellung nach www.stats.gov.cn.

Tabelle 12:

Ländliche und städtische Haushalte im Jahr 2009

Provinz	Gesamt- bevölkerung	Stadt absolut	Stadt Prozent	Land absolut	Land Prozent
China	1.334.740.000	621.860.000	46,59	712.880.000	53,41
Fujian	36.270.000	18.640.000	51,4	17.630.000	48,6
Shandong	94.700.000	45.760.000	48,32	48.940.000	51,68
Sichuan	81.850.000	31.680.000	38,7	50.170.000	61,3

Quelle: Statistisches Jahrbuch China 2010, <http://www.stats.gov.cn/tjsj/ndsj/2010/indexeh.htm>.

Während die nordrhein-westfälische Partnerprovinz Sichuan zu den sechs wichtigsten Herkunftsprovinzen gehört, die zusammen knapp 60% aller WanderarbeiterInnen entsenden, zählt Fujian, die rheinland-pfälzische Partnerprovinz, neben Beijing, Shanghai, Zhejiang, Jiangsu und Guangdong zu den wichtigsten Zielprovinzen (vgl. Opitz 2010: 24). Der größte Teil der MigrantInnen verfügt über

²⁵ Vgl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,druck-809972,00.html>

Tabelle 13:
Monatseinkommen in 5 ausgewählten Städten in Yuan, 2005

	Monatl. Einkommen WanderarbeiterInnen	Monatl. Einkommen lokale Bevölkerung
Männer	1140 Yuan	1282 Yuan
Frauen	879 Yuan	963 Yuan
Durchschnitt	1022 Yuan	1144 Yuan

100 Yuan = 9,24 Euro (Kurs von 2005; vgl. Fußnote 7)

Quelle: Zenglein 2011: 81.

Tabelle 14:
Bevölkerungsentwicklung China 1949–2009

Jahr	Gesamt	Stadt	Anteil	Land	Anteil
1949	541.670.000	57.650.000	10,64 %	484.020.000	89,36 %
1978	962.590.000	172.450.000	17,92 %	790.140.000	82,08 %
1990	1.143.330.000	301.950.000	26,41 %	841.380.000	73,59 %
2000	1.267.430.000	459.060.000	36,22 %	808.370.000	63,78 %
2009	1.334.730.000	621.860.000	46,59 %	712.880.000	53,41 %

Quelle: Statistisches Jahrbuch China 2010.

Bekannte oder Familienangehörige in der Zielprovinz – ein deutliches Indiz für die anhaltende Verbindung von MigrantInnen zu ihrer Heimatprovinz und für die Existenz von Netzwerken in den Zielprovinzen. Durch Briefe und Rücküberweisungen an die Herkunftsfamilien vermitteln die MigrantInnen dort den Eindruck einer Erfolgsgeschichte, was weitere Wanderungsbewegungen auslöst und Familien dazu motiviert, ihre finanziellen Ressourcen zur Finanzierung von Reisekosten und Anfangszeit in die Migration eines Familienmitglieds zu investieren – in der Erwartung, dass dadurch die Migrationskosten finanziert und die Familie in der Heimat unterstützt werden kann. Es liegt nahe, dass diese Strategie nicht von den Ärmsten der Armen gewählt wird, sondern von denen, die über gewisse finanzielle Ressourcen und / oder soziale Netzwerke in der Zielregion verfügen (vgl. König 2010: 111ff.).

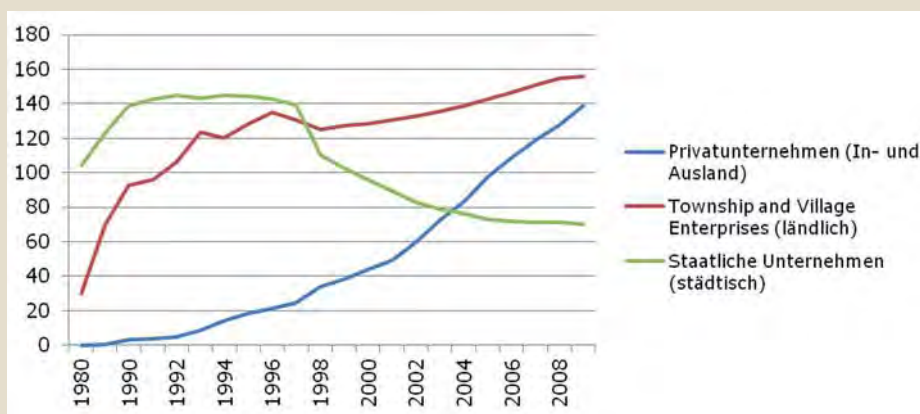
WanderarbeiterInnen sind deutlich jünger als ihre KollegInnen mit städtischem hukou. Sie haben in der Regel kürzer die Schule besucht (sind aber im Schnitt länger zur Schule gegangen als die, die auf dem Land bleiben) und sind zu ca. 60% männlich (vgl. Tabelle 15, S. 32). In den Industrieregionen mit einem hohen Anteil an Textil- und Bekleidungsindustrie bzw. Schuh- und

Elektronikindustrie überwiegt allerdings der Frauenanteil (vgl. Zhu 2003: 494).

In vielen Wirtschaftszweigen bilden WanderarbeiterInnen den größten Teil der Erwerbstätigen: Die Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie sind zu mehr als zwei Dritteln MigrantInnen, die Beschäftigten im Bausektor zu 80% und die Beschäftigten im Dienstleistungssektor immerhin noch zu 52% (vgl. Opitz 2010: 26).

Für Provinzen wie Sichuan, die überwiegend Herkunftsprovinzen von WanderarbeiterInnen sind, bedeuten die Rücküberweisungen von MigrantInnen einen wichtigen Faktor in der Armutsbekämpfung. So bildeten sie in den 1990er Jahren in Sichuan knapp 20% des Einkommens der Haushalte, die Rücküberweisungen erhielten, und betrugen pro Haushalt pro Jahr im Durchschnitt knapp 1900 Yuan (= 231,71 US-Dollar;

Grafik 2:
Beschäftigte in chinesischen Unternehmen 1980-2009 (in Millionen)



Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Jahrbuch China 2010.

Tabelle 15:
Merkmale informell Beschäftigter

Merkmale	CULS1, 2001 Beschäftigte mit städtischem hukou	CULS1, 2001 MigrantInnen	CULS 2, 2005 Beschäftigte mit städtischem hukou	CULS 2, 2005 MigrantInnen
Informelle Beschäftigung				
Alter	40,4	30,6	40,6	34,2
Geschlecht (% männlich)	56,9	60,6	52,5	56,2
Schuljahre	9,7	7,97	11	8,34
Formelle Beschäftigung				
Alter	40,9	29,3	40,8	31,7
Geschlecht (% männlich)	57,7	68,5	58,6	58,8
Schuljahre	11,6	8,55	12,37	9,7

Quelle: Cai/Du/Wang 2009: 19, China Urban Labour Survey (CULS) 2001 und 2005.

Fan 2008: 118). Die Gesamtsumme der Rücküberweisungen setzt sich in der Regel aus zahllosen, vor allem kleineren Beträgen zusammen, wie eine Befragung von MigrantInnen in einer Fabrik in der Provinz Fujian beispielhaft zeigte (vgl. Tabelle 16).

Doch nicht nur durch Rücküberweisungen, sondern auch durch ihre Investitionen in der Heimatprovinz nach ihrer Rückkehr schaffen MigrantInnen Arbeitsplätze: Ca. 340.000 nach Sichuan zurückgekehrte WanderarbeiterInnen beschäftigten als UnternehmerInnen ungefähr 750.000 ländliche Arbeitskräfte.

RückkehrerInnen aus der Provinz Fujian gründeten z.B. Bekleidungsfabri-

ken in Sichuan (vgl. Zhu 2003: 499). Damit folgen die heutigen MigrantInnen der Strategie der chinesischen Übersee-MigrantInnen, die seit der Öffnung Chinas vor mehr als dreißig Jahren durch Investitionen in ihre Heimatprovinzen entscheidend zur dortigen wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen haben. Die Provinz Fujian gehört zu einer der wichtigsten Herkunftsprovinzen von Übersee-ChinesInnen. Dort ist deshalb die aktuelle Binnenmigration besonders augenfällig mit der früheren grenzüberschreitenden Migration verbunden (vgl. Zhu 2003: 497).

Tabelle 16:
Rücküberweisungen von Beschäftigten einer Fabrik in Fuzhou / Fujian, 2001

Summe	Anteil der Beschäftigten
100 Yuan	28,6 %
100–199 Yuan	44,8 %
200–299 Yuan	24,8 %
300–499 Yuan	1,9 %

N = 243; 100 Yuan = 12,20 US-Dollar

Quelle: Zhu 2003: 494.

► 2.2 Viel Arbeit, wenig Lohn, schlechte soziale Sicherung

Die in Deutschland über zahlreiche Filme und Publikationen (s. Literaturverzeichnis) bekannt gewordenen Arbeitsbedingungen in chinesischen Exportbetrieben – wie beispielsweise überlange Arbeitszeiten, schlechte bzw. vorenthaltene Löhne, keine Arbeitsverträge, mangelhafter Arbeitsschutz, teils katastrophale Wohnbedingungen in Wohnheimen auf dem Fabrikgelände – kennzeichnen seit den 1980er Jahren den Arbeitsalltag von WanderarbeiterInnen in der verarbeitenden Industrie. Zahlreiche exemplarische Untersuchungen in Zulieferbetrieben für internationale Auftraggeber bestätigten, dass sich in den letzten drei Jahrzehnten zwar einiges, z.B. die Lohnhöhe, verbessert hat, dass aber zugleich die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer

Produkte vor allem auf Kosten der ArbeiterInnen (und der Umwelt) erhöht wurde und erhalten wird (vgl. Kasten 16, Wick 2010, Ngai/Wanwei 2008, Cai/Du/Wang 2009).

Von dieser Strategie sind die WanderarbeiterInnen in besonderer Weise betroffen: Diejenigen, die ohne Aufenthaltsrecht am Ort der Fabrik, in der sie arbeiten, leben, sind Teil eines informellen städtischen Arbeitsmarkts, der durch hohe Arbeitsintensität, niedrige Entlohnung und geringen sozialen Schutz gekennzeichnet ist. Während der größte Teil der Beschäftigten im formellen Sektor mit städtischem *hukou* über Renten- und Krankenversicherung verfügt, liegt der Anteil formell

Ein Beispiel aus Chengdu: Teure iPads – billige Arbeit

Am 20. Mai 2011 starben drei Beschäftigte in einer Fabrik der taiwanesischen Elektronikfirma ‚Foxconn Technology Group‘ durch die Explosion von Aluminiumstaub. Weitere 15 Beschäftigte wurden verletzt. Dass der Unfall kein Einzelfall war, sondern Teil von strukturellen Missständen in der Produktion, darauf verweisen Studien der Hongkonger Nichtregierungsorganisation ‚SACOM‘ (Students & Scholars Against Corporate Misbehaviour = StudentInnen & SchülerInnen gegen Fehlverhalten von Unternehmen). Erst im Frühjahr 2011 untersuchte SACOM die Arbeitsbedingungen in den Niederlassungen von Foxconn in Shenzhen, Chengdu und Chongqing:

In den zwei Chengduer Betrieben beschäftigt Foxconn ungefähr 100.000 Menschen (von insgesamt 1 Mio. in ganz China) und produziert ausschließlich für den US-Konzern Apple (iPad und iPhone). Die Gründung der Chengduer Niederlassungen hängt unmittelbar mit den Suiziden aus dem Jahr 2010 im großen Foxconn-Werk in Shenzhen (Provinz Guangdong) zusammen. Die öffentliche Kritik an dem dortigen großen Arbeitsdruck, der zahlreiche Beschäftigte in den Suizid trieb, führte zu deutlichen Lohnsteigerungen durch die Firmenleitung – und offensichtlich im gleichen Zug zu Produktionsverlagerungen an günstigere Standorte wie z.B. Chengdu. Während dort ab Herbst 2010 die Fabrikgebäude noch fertiggestellt wurden, lief die Produktion bereits an, um u.a. die große Nachfrage nach dem iPad 2 bedienen zu können. Die Beschäftigten wurden nicht primär in Chengdu angeworben, sondern vor allem in Shenzhen, dort angelernt und dann in Chengdu angestellt. Gesucht wurden vor allem weibliche Kräfte, die – so SACOM – besser kontrol-

lierbar seien. Während der Grundlohn in Shenzhen bis März 2011 bei 1200 Yuan (= 132,29 Euro) und ab März bei 1590 Yuan (= 175,28 Euro) lag, erhielten die Beschäftigten in Chengdu 950 Yuan (= 104,73 Euro) bis März 2011 und danach 1300 Yuan (= 143,32 Euro). SACOM ermittelte einen ‚menschenwürdigen Lohn‘ (living wage) für Chengdu in der Höhe von 2600 Yuan (= 286,43 Euro). Eine solche Lohnsumme konnten die Beschäftigten aber trotz vieler Überstunden nicht erarbeiten. In Interviews mit SACOM gaben die Foxconn-Beschäftigten in Chengdu neben den niedrigen Löhnen vor allem die zu vielen (und oft unbezahlten) Überstunden (80–100 pro Monat), falsch kalkulierte Löhne, fehlenden Arbeitsschutz, mangelnde Schulung zu den verwendeten Chemikalien und fehlende betriebliche Beschwerdemechanismen als zentrale Missstände an. Für die Beschäftigten kommt erschwerend die Konzentration ihres ganzen Lebens auf den Betrieb hinzu: „Leben bei Foxconn bedeutet arbeiten, essen und schlafen!“, so drückt es ein Beschäftigter aus Chengdu aus.

Mit diesen anhaltenden Missständen verstoßen Foxconn und Apple als zentraler Auftraggeber gegen wesentliche Bestimmungen des chinesischen Arbeitsgesetzes (vgl. Tabelle 21) sowie gegen die im Jahr 2010 gegebenen Versprechungen, das Arbeitsgesetz einzuhalten, die regelmäßigen Überstunden auf 36 Stunden pro Monat zu reduzieren, den Arbeitsschutz zu verbessern und eine Beschwerdeline einzuführen. Laut SACOM ist keines dieser Versprechen eingehalten worden.

(Quellen: SACOM 2011, Elmer-Dewitt 2011)

beschäftigter MigrantInnen deutlich niedriger. Bei informell beschäftigten MigrantInnen ist eine soziale Sicherung nahezu gar nicht vorhanden (vgl. Tabelle 17).

Neben der fehlenden sozialen Sicherung stellt die Wohnheim-Unterbringung, meist auf dem Fabrikgelände, ein weiteres Kennzeichen des MigrantInnenlebens dar. Zwar bieten die Wohnheime einerseits eine relativ sichere Umgebung, andererseits stellen sie zugleich eine Rund-um-die-Uhr-Kontrolle dar und ermöglichen die Ausdehnung des Arbeitstags durch permanente Verfügbarkeit vor Ort. Dass die ArbeitgeberInnen Wohnheim-Plätze zur Verfügung stellen, reduziert

Tabelle 17:

Sozialer Schutz in informeller und formeller Beschäftigung, in Prozent

Soziale Sicherung	Informell Lokal	Informell MigrantIn	Formell Lokal	Formell MigrantIn
Pension	54,8	2,1	82,1	29
Arbeitslosenversicherung	12,6	0,4	39,7	17,8
Unfallversicherung	6,0	1,2	29,1	31,7
Krankenversicherung	32,6	1,3	71,4	29,7

Quelle: Cai/Du/Wang 2009: 21.

Ankommen in der Stadt

Der Wanderarbeiter Xin berichtet von seiner Ankunft in einer Fabrikregion im Südosten Chinas: „Damals hatte ich keine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis. Ich lief durch die Gegend und hatte Angst, Hauptstraßen entlangzugehen oder kleine Gassen zu nehmen; ich fürchtete, ausgeraubt zu werden. Nachts konnte ich nirgends hingehen, außer in Kinos. (...) Nach 23 Uhr zeigte ein Kino Spätvorstellungen für drei Yuan (= 0,30 Euro, d.V.) Eintritt. Der Kinosaal mit 100 Sitzen verwandelte sich dann für 40 bis 50 Leute zum Schlafplatz. Ich konnte nicht mal meine Beine ausstrecken. Zwischen sechs und sieben Uhr wurden wir aufgefordert zu gehen. Ich schlief mehr als 20 Tage lang in dem Kino, bis ich einen anderen Job fand.“

(Huilin/Ngai 2010: 51f.)

die Kosten für Essen und Miete, trägt zugleich aber zur Rechtfertigung niedriger Löhne durch die Arbeitgeber bei. Die Hongkonger Professorin und Gründerin des ‚Chinesischen Netzwerks Arbeitender Frauen‘ (Chinese Working Women Network), Pun Ngai, spricht deshalb von einem „Wohnheim-Arbeitsregime“, in dessen Rahmen die Beschäftigten besonders verwundbar durch ausbeuterische Arbeitsbedingungen sind (vgl. Ngai/Wanwei 2008: 11).

Lange Zeit war die chinesische Industrie für ihre niedrigen Löhne als Teil günstiger Standortkosten bekannt – die Wanderarbeiterin Qiuyue aus Sichuan, die in einer Elektronikfirma in Shenzhen gegen Ende der 1990er Jahre einen ‚Grundlohn‘ von 350 Yuan (= 42,68 US-Dollar) im Monat verdiente, steht exemplarisch hierfür (s. Kasten). Die niedrigen Löhne waren ein wichtiger Faktor für den ‚Staubsaugereffekt‘, mit dem die seit dem Jahr 2001 in die Welthandelsorganisation eingebundene chinesische Wirtschaft die globale Produktion anzog. Dies hat sich in den letzten Jahren rasant verändert. Die Etablierung des Mindestlohnsystems seit dem Jahr 1994 (s. Kapitel 3), die seit einigen Jahren festzustellende Arbeitskräfteknappheit in den Küstenprovinzen (vgl. Wong 2009: n.p.) sowie die Orientierung der chinesischen Wirtschaftspolitik auf die Entwicklung des Binnenmarkts und die Stärkung der Kaufkraft der chinesischen Bevölkerung haben zu einer deutlichen und regelmäßigen Steigerung der Mindestlöhne geführt (vgl. Tabelle 18 und Grafik 3). Da die chinesischen

Qiuyue aus Sichuan

Die neunzehnjährige Qiuyue stammt aus einer Bauernfamilie in einer Gebirgsregion in Sichuan. Sie ging Ende der 1990er Jahre direkt nach Abschluss der unteren Mittelschule im Alter von 17 Jahren nach Shenzhen, der Sonderwirtschaftszone in der Küstenprovinz Guangdong. Von ihren zwei Geschwistern ging der ältere Bruder ebenfalls zum Arbeiten nach Shenzhen, der jüngere besuchte im Jahr 2001, zum Zeitpunkt des Interviews, noch die Schule. Qiuyue arbeitete in verschiedenen Fabriken, u.a. in einer Elektronikfabrik mit mehr als 2000 Beschäftigten, in der sie am Fließband Radios montierte. Ihr Grundlohn als einfache Arbeiterin lag bei 350 Yuan (= 42,68 US-Dollar). Sie lebte im Wohnheim der Firma, in dem sich mehr als zwanzig Arbeiterinnen ein Zimmer teilen mussten, die ca. 200 Arbeiterinnen eines Stockwerks teilten sich ein Bad. Gegen die schlechten Bedingungen in dem verschmutzten Wohnheim schrieb sie einen Protestbrief an die Firmenleitung sowie an die zuständige Behörde und beteiligte sich an Protesten gegen eine drohende Verlagerung des Betriebs mit der Gefahr, dass Abfindungen und Löhne für Zwangsurlaubszeiten nicht gezahlt würden. Letztlich scheiterten diese Bemühungen aber an der Geschäftsleitung, die die Schwierigkeiten, die ArbeiterInnen im Einsatz für ihre Interessen zu einen, auszunutzen wusste. Qiuyue verließ die Firma und ging zu einer anderen Elektronikfirma. Nach einem Besuch in ihrer Heimat sagte sie: „Zu Hause hat sich, verglichen mit der Zeit vor zwei Jahren, als ich wegging, nichts verändert. Es werden nur immer weniger, die im Dorf die Felder bebauen, und die Zahl der leer stehenden Häuser nimmt zu. Alle Bauern, die arbeitsfähig sind, ziehen weg, um in der Ferne zu arbeiten. Zurück bleiben die Alten und die Kinder. Die Dörfer sind ohne Leben.“

(Zusammenfassung des Interviews mit Qiuyue aus: Ngai/Wanwei 2008: 149–169)



Bäuerliches Leben in Fujian, Foto: Fritz Hofmann

Tabelle 18:
Mindestlöhne in China im Vergleich 2010-2011/12

	Provinz	Monatslöhne (Yuan)	Stundenlöhne (Yuan)
Mai 2010 / März 2011	Shandong	600–920 / 800–1100	6,5–9,6
Mai 2010 / März 2011	• Qingdao	760–920 / 1100	7,8–9,6
März 2010 / März 2011	Fujian	600–900 / 750–1100	6,5–9,6 / 7,9–11,6
März 2010 / März 2011	• Fuzhou	800 / 950	8,5
	• Xiamen	900 / 1100	9,6
August 2010 / Januar 2012	Sichuan	650–850 / 800–1050	6,8–8,9
August 2010 / Januar 2012	• Chengdu	750–850 / 1050	8,2–8,9

Im März 2011 entsprachen 100 Yuan 12,19 Euro (www.oanda.com)

Zahlen für 2010 alle: <http://www.wageindicator.org/main/minimum-wages/china-custom> (9.11.11)

Zahlen für 2011 Fujian: http://www.chinajob.gov.cn/LabourRelations/content/2011-03/28/content_623474.htm

Zahlen für 2011 Shandong: <http://www.lifunggroup.com/eng/knowledge/research/ChinaSourcingQuarterly2Q11.pdf>

Zahlen für 2011 Sichuan: <http://www.globalpost.com/dispatch/news/regions/asia-pacific/china/111222/chinas-sichuan-province-minimum-wage-soars-23>, <http://www.china-briefing.com/news/2012/02/22/minimum-wage-levels-across-china.html>

WanderarbeiterInnen zu den HauptempfängerInnen von Mindestlöhnen in China zählen, profitieren sie von dieser Entwicklung. Dennoch konnten die Mindestlohnanpassungen bisher die Notwendigkeit von zahllosen Überstunden zur Sicherung des Lebensunterhalts nicht beheben - vor allem aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten. So stiegen z.B. in Xiamen allein in der ersten Jahreshälfte 2011 die Preise von Nahrungsmitteln um 10,3% und die Wohnkosten um 7,6%.²⁶ Aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten aktualisierte die Asiatische Allianz für einen Basislohn in der Bekleidungsindustrie (AFW – Asia Floor Wage Alliance) ihre Berechnungen und forderte für China im Mai 2011 einen Basislohn von 1842 Yuan (= 224,45 Euro²⁷; vgl. AFW, 2011 n.p.).²⁸ Selbst nach der durchschnittlich 22-prozentigen Steigerung der Mindestlöhne im Jahr 2011 liegen diese weiterhin deutlich unter dem von der AFW geforderten Basislohn. Existenzsichernde Löhne und die Fähigkeit zu Rücküberweisungen an die Familien in der Heimatprovinz erarbeiten sich die WanderarbeiterInnen deshalb nach wie vor durch zahllose Überstunden.

²⁶ <http://www.whatsonxiamen.com/tag-consumer%20price%20index.html>

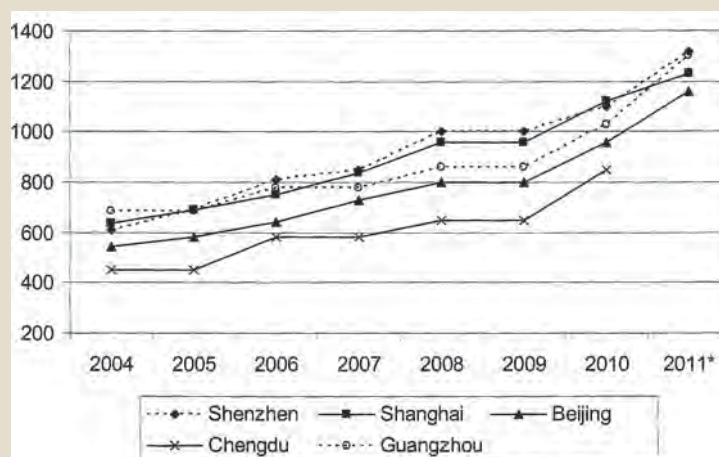
²⁷ Kurs vom 25.1.2012: 1 Euro = 8,21 Yuan; www.oanda.com

²⁸ Zur Berechnung des Basislohns s. <http://www.asiafloorwage.org/>. Die AFW liegt damit deutlich unter den Berechnungen von SACOM.



Wohnheim der Erke-Sportschuhfabrik in Quanzhou, Foto: Fritz Hofmann

Grafik 3:
Mindestlöhne in Chengdu 2004 bis 2011



(Auszug aus: Zenglein 2011: 89)

► 2.3 „Lauter, fordernder und militanter!“ – Die zweite Generation der WanderarbeiterInnen

Seit Mitte 2010 hat sich ein neuer Begriff in der Diskussion um WanderarbeiterInnen in China durchgesetzt: Der Begriff der ‚neuen oder zweiten Generation‘ der WanderarbeiterInnen bezeichnet diejenigen, die nach 1980 geboren wurden und knapp zwei Drittel aller WanderarbeiterInnen stellen.

Worin unterscheidet sich die neue Generation der WanderarbeiterInnen von ihrer Vorgängergeneration? Ein von der Hongkonger NGO ‚China Labour Bulletin‘ zusammengefasster Überblick des chinesischen Gewerkschaftsbundes (ACGB) benennt folgende Unterschiede:

- Die nach 1980 geborenen WanderarbeiterInnen haben ein höheres Bildungsniveau: Mehr als 67 % haben einen Oberschulabschluss oder sogar die Hochschule besucht, 18 % mehr als aus der ersten Generation.
- Nur noch 11 % der WanderarbeiterInnen aus der neuen Generation haben Erfahrung mit landwirtschaftlicher Arbeit, während es in der ersten Generation noch mehr als 35 % waren.
- Die nach 1980 geborenen WanderarbeiterInnen wechseln deutlich häufiger den Arbeitsplatz als die älteren – und zwar im Schnitt alle vier Jahre im Vergleich zu alle zehn Jahre.
- Eine Verlagerung in den Erwerbszweigen führte dazu, dass nur noch 5,5 % aus der neuen Generation (im Vergleich zu 12,4 % aus der älteren) im Bausektor arbeiten. Knapp 74 % der neuen Generation arbeiten in der verarbeitenden Industrie, ihr Anteil am Landwirtschafts- und Dienstleistungssektor sank hingegen leicht (vgl. CLB 2011: 13).

Der entscheidende Unterschied zwischen der ersten und zweiten Generation aber liegt im Selbstverständnis: Während die WanderarbeiterInnen der 1980er und 1990er Jahre sich weiter als ländliche Bevölkerung verstanden, mit dem Ziel, sich mit dem Verdienst aus der Wanderarbeit eine Zukunft auf dem Land aufzubauen, identifizieren sich die nach 1980 Geborenen, die oft schon als Kinder von WanderarbeiterInnen in der Stadt aufwuchsen, mit dem Leben in der Stadt und sehen ihre Zukunft dort. Dieses veränderte Selbstverständnis führt zum einen dazu, dass die neue Generation mit höherer Bildung und Ausbildung bessere Arbeitsplätze sucht.

Zum anderen wächst in ihnen stärker der Wille, gegen Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten zu protestieren (vgl. CLB 2011: 14). Da sich viele von ihnen in der Stadt auskennen, der familiäre Druck für sie geringer ist und sie deshalb über mehr Freiraum und angesichts der seit 2003 auch steigenden Löhne über mehr Geld, Mobiltelefone und auch Internetzugang verfügen, werden sie zunehmend „lauter, fordernder und militanter“ (Ngai/Wanwei 2008: 13). Sie beteiligen sich an Protesten und Streiks der Belegschaften bzw. initiieren diese. Ihre Vertrautheit mit der Vernetzung über die neuen Medien spielte eine „bedeutende Rolle in der Organisation von Arbeiterprotesten“ (CLB 2011: 14).

Noch offen ist, welche Auswirkungen diese Veränderungen in der Lebensplanung der neuen Generation von MigrantInnen für die ländliche Entwicklung in China haben werden: Verschiedene Studien zeigen aber, dass diejenigen, die sich in den Städten auf Dauer ansiedeln, deutlich weniger Geld an ihre Familien in der Herkunftsprovinz rücküberweisen (vgl. Murphy 2006: 21).



3. „Wir wollen nur etwas Gerechtigkeit!“²⁹ Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und Arbeitsrecht

Du musst aufstehen und dich wehren

*Du sagst, die Wanderung sei dein Schicksal.
Und in der Tat: Du hast dich auf den Weg gemacht,
ohne jedes Bedauern
und trotz der enormen Schwierigkeiten, die du ertragen musst.
Pass auf dich auf, auch auf deine Freunde.
Glaube nicht, dass du nicht zurückkehren kannst.
Jeder erlebt Zeiten der Not und Hilflosigkeit.
Du machst all diese Leiden durch,
aber egal wie:
Du musst aufstehen und dich wehren“*

Gedicht aus einer ArbeiterInnen-Zeitschrift (2003), zit.n. Huilin/Ngai 2010:41

Der Jahreswechsel 2011/2012 war von zahlreichen Streiks in der chinesischen Industrie geprägt:

- In der Provinz Sichuan traten in der ersten Januarwoche 2012 mehrere tausend Beschäftigte eines staatlichen Stahlkonzerns, der Chengdu-Stahl, mit Forderungen nach höheren Löhnen in den Ausstand. Sie knüpften damit an einen erfolgreichen Streik von Beschäftigten in dem staatseigenen Betrieb Sichuan Chemical Industry von Ende Dezember an, die eine Lohnerhöhung von 400 Yuan (= 48,72 Euro³⁰) im Monat und eine Jahresendzahlung von 3.000 Yuan (= 365,41 Euro) gefordert hatten (vgl. Chan 2012:n.p.).
- In Yantai (Provinz Shandong) legten eine Woche später ca. 1000 Beschäftigte einer Niederlassung des Elektronikherstellers Foxconn mit der Forderung nach gleichen Löhnen die Arbeit nieder.³¹
- In der Provinz Fujian hatten am 02. Januar 2012 Hunderte Beschäftigte des größten Schiffsbauers der Provinz, Crown Ocean Shipbuilding, die Arbeit niedergelegt und den Verkehr in Fuzhou, der Provinzhauptstadt, blockiert, um die Lohnrückstände von drei Monaten einzufordern. Die Löhne wurden daraufhin zwar ausgezahlt, aber scheinbar auch einige der Streikenden entlassen.³²

Dies sind einige Beispiele der jüngsten chinesischen Streikwelle. Ähnlich wie in der vorhergehenden Streikwelle im Jahr 2010, die von Beschäftigten in der Autoindustrie (Honda) ausging,³³ konzentrieren sich die kurzen, spontanen Streiks chinesischer ArbeiterInnen, deren Zahl in die Tausende geht, auf Forderungen nach

Zahlung vorenthaltener Löhne oder auf die Erhöhung von Löhnen / Zulagen. Damit liegen diese Auseinandersetzungen auf der Linie der seit Jahren zunehmenden registrierten Arbeitskonflikte in China, deren Zahl im Zeitraum 1996 bis 2009 von 48.121 auf 684.379 angewachsen ist (vgl. Tabelle 19 und Grafik 4). Obwohl nach wie vor Fragen von Löhnen und sozialer Sicherheit mit mehr als 80 % die häufigsten Anlässe für Arbeitskonflikte darstellen (vgl. CLB 2011:47), lässt sich sowohl eine Tendenz zu Forderungen nach strukturellen Reformen feststellen als auch eine Zunahme koordinierter Aktionen: So organisierten z.B. die Beschäftigten von Pepsi in China für den 14. November 2011 eine Arbeitsniederlegung im Gewand eines Urlaubstages in fünf Pepsi-Betrieben, u.a. in Fuzhou und in Chengdu. Die Koordination der Online-Kampagne ging von den Beschäftigten in Fuzhou aus, wo sich 1.100 der 1.300 Beschäftigten an dem ‚Streik‘ beteiligten. Der Protest richtete sich gegen die Übernahme der Firma durch die taiwanische Tingyi Holding. Die Pepsi-Beschäftigten befürchteten Entlassungen oder andere Nachteile durch diese Übernahme.³⁴

So vereinzelt und spontan der größte Teil der Proteste auch nach wie vor ist, so groß ist doch ihre Bedeutung. Da die chinesischen ArbeiterInnen ein Viertel der weltweiten ArbeiterInnen bilden, haben ihre Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen eine besondere Relevanz

29 Huilin/Ngai 2010:67

30 Kurs vom 25.1.2012: 1 Euro = 8,21 Yuan; www.oanda.com

31 Vgl. <https://chinastrikes.crowdmap.com/reports/view/230>

32 Vgl. <https://chinastrikes.crowdmap.com/reports/view/233>

33 Vgl. Sio-ieng Hui 2011

34 Vgl. <https://chinastrikes.crowdmap.com/reports/view/188>

Arbeitskampf bei Ole Wolff in Shandong

Ein großer Teil der ca. 400 meist weiblichen Beschäftigten der im Oktober 2005 gegründeten Elektronikfabrik Ole Wolff Electronics (Yantai) Co Ltd. in der Provinz Shandong beantragte im Jahr 2006 die Gründung der Ole Wolff Yantai Betriebsgewerkschaft (OWYTU – Ole Wolff Yantai Trade Union). Die Beschäftigten sahen zahlreiche Arbeitsrechte durch die Firmenleitung verletzt. Zu diesen zählten: keine Arbeitsverträge, unbezahlte Versicherungsbeiträge, exzessive Überstunden und grundlose Entlassungen. Die Beschäftigten beantragten deshalb die Gründung einer Betriebsgewerkschaft, der die örtliche Gewerkschaft zunächst zustimmte. Doch im Verlauf der mehrjährigen Auseinandersetzung zwischen Betriebsgewerkschaft und Firmenleitung stellte sich der lokale All-Chinesische Gewerkschaftsbund (ACGB, zu Struktur und Aufbau s.u.) immer mehr auf die Seite der Firmenleitung. Als das Management fast die gesamte Führung der Be-

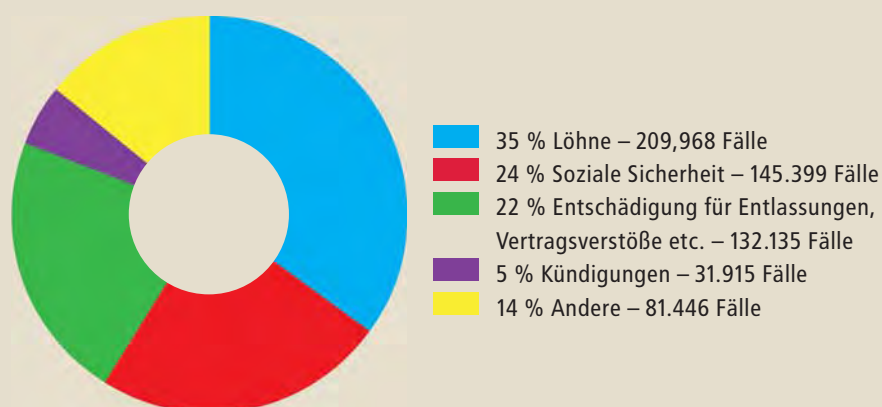
triebsgewerkschaft entließ, fand diese weder beim ACGB noch beim Arbeitsbüro des Bezirks Unterstützung. Als erste lokale Betriebsgewerkschaft in China suchte die OWYTU daraufhin die internationale Solidarität der dänischen Gewerkschaften, da Ole Wolff dort seinen Stammsitz hat. Diese intervenierten bei der dänischen Firmenleitung mit dem Anliegen, für die Anerkennung der lokalen Betriebsgewerkschaft in Yantai durch das dortige Management Sorge zu tragen. Zwar griff sowohl die dänische wie auch die chinesische Presse den Kampf der OWYTU für ihre Rechte auf, doch scheiterte der Einsatz zunächst an mangelnder Unterstützung der zuständigen Behörde und Gewerkschaft und schließlich daran, dass Ole Wolff (Yantai) Electronics Co Ltd. im Frühjahr 2009 geschlossen und in der Provinz Guangdong eine neue Niederlassung eröffnet wurde.

(Quellen: Ruixue 2011: 9f.; Zhang/Apo 2009: n.p.)

für die Arbeitsbedingungen weltweit. Und da der größte Anteil der Proteste gegen Missstände in Privatunternehmen gerichtet ist (66 %, davon 14 % internationale Unternehmen, vgl. CLB 2011: 47), haben diese Proteste auch Signalwirkung für die internationale Debatte zu sozialer Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility), für die sich die chinesische Führung im Rahmen ihres Konzepts einer ‚harmonischen Gesellschaft‘ spätestens seit dem 17. Parteitag der Kommunistischen Partei im Jahr 2007 sehr aufgeschlossen zeigt (vgl. Chahoud 2008: 2). Dass eine unabhängige

Interessenvertretung der ArbeiterInnen nicht oder nur sehr vereinzelt von den chinesischen Gewerkschaften unterstützt wird, liegt an der besonderen Struktur der chinesischen Gewerkschaftslandschaft, die im Folgenden erläutert werden soll (vgl. Kapitel 3.1). In welchem rechtlichen Rahmen sich diese Bemühungen der ArbeiterInnen um bessere Arbeitsbedingungen bewegen, macht ein kurzer Überblick über das chinesische Arbeitsrecht mit einem besonderen Blick auf das Mindestlohn-System deutlich (vgl. Kapitel 3.2).

Grafik 4:
Anzahl, Quote und Typ von Arbeitsstreitigkeiten 2010



Quelle: Traub-Merz 2011: 5.

Tabelle 19:
Registrierte Arbeitskonflikte 1996–2009

Jahr	Fallzahl	Beteiligte ArbeiterInnen
1996	48.121	189.120
2000	135.206	422.617
2005	313.773	744.195
2006	317.162	679.312
2007	350.182	653.472
2008	693.465	1.214.328
2009	684.379	1.016.922

Quelle: Traub-Merz, 2011:25.



Unterstützungsaktion für den in der Provinz Shandong inhaftierten blinden Bürgerrechtler Chen Guangchen am internationalen Blindentag, 14.10.2011 (Text auf dem Banner: Einen glücklichen Internationalen Blindentag, Chen Guangchen!), Foto: Ted Lipien/Flickr.com

► 3.1 Zwischen Fürsorge und Interessenvertretung. Der chinesische Gewerkschaftsbund im Wandel

Die Zentren der Arbeitskonflikte liegen dort, wo sich die Exportindustrie konzentriert: in den Küstenprovinzen. WanderarbeiterInnen, die jünger als 30 Jahre alt sind und der zweiten Generation der MigrantInnen entstammen (vgl. Kapitel 2), sind diejenigen, die die Kämpfe für bessere Löhne, für die Bezahlung von Überstunden und gegen verweigte oder verspätete Lohnzahlungen führen. Die Gewerkschaften, insbesondere die Betriebsgewerkschaften, hielten sich bisher weitgehend zurück (vgl. Traub-Merz 2011: 3). Diese Zurückhaltung hat ihre zentrale Ursache in der Einbindung der chinesischen Gewerkschaften in die zentralistische Planwirtschaft und das Ein-Parteien-System. Als Teil des planwirtschaftlichen Systems orientierten sich die Gewerkschaften seit den Anfangsjahren der Volksrepublik China an der Steigerung der betrieblichen Produktion und übernahmen Aufgaben in der Organisation der ‚Eisernen Reisschale‘, also der Verwaltung von Sozialleistungen auf betrieblicher Ebene. Die Gewerkschaften waren aufgrund dieser Einbindung vornehmlich in staatlichen Betrieben vertreten. Interessenvertretung oder Lohnverhandlungen gehörten in einem zentralen Lohnverbundsystem (vgl. Kapitel 3.2) und bei lebenslanger Anstellung in staatlichen Betrieben nicht zum gewerkschaftlichen Aufgabenbereich (vgl. Traub-Merz 2011: 4).

Die Struktur der chinesischen Gewerkschaften hat sich in den letzten 60 Jahren in ihren Kernelementen kaum verändert: Alle Gewerkschaften auf jeder Ebene müssen dem All-Chinesischen Gewerkschaftsbund (ACGB) angehören und die Autorität und Hoheit der Kommu-

nistischen Partei Chinas anerkennen. In eine strikte Hierarchie eingebunden sind alle Gewerkschaftseinheiten den jeweils darüber liegenden Gewerkschaftseinheiten untergeordnet. Die Betriebsgewerkschaften sollen zwar sowohl den Branchen- als auch den territorialen Gewerkschaften angehören, letztere dominieren aber die ersteren. Der ACGB hat auch gegenüber gewerkschaftlichen Neugründungen ein Monopol: Wenn in einem Betrieb ohne Gewerkschaft mindestens 25 Beschäftigte eine Gewerkschaft gründen möchten, so können sie dies tun, müssen sich aber der nächst höheren Gewerkschaftseinheit anschließen (vgl. Traub-Merz 2011b: 6ff). Basierend auf diesen Grundprinzipien blieb das Selbstverständnis des ACGB über die Jahrzehnte relativ stabil und dementsprechend heißt es in den „Allgemeinen Grundsätzen“ des ACGB von 2008: „Chinesische Gewerkschaften sind Massenorganisationen der chinesischen Arbeiterklasse unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas“ (ACGB zit. nach Traub-Merz 2011b: 7).

Die Wirtschaftsreformen, die Zunahme privatwirtschaftlicher Betriebe und die Radikalschrumpfung der Staatsbetriebe, deren Zahl in nur sieben Jahren ab dem Jahr 1995 um 50.000 sank, stürzten den ACGB in eine tiefe Krise. Im gleichen Zeitraum wurden im Zuge der Privatisierung und Produktivitätssteigerung der Staatsbetriebe ca. 50–60 Mio. Beschäftigte entlassen (Ngai/Wanwei 2008: 19). Ein Teil dieser früheren ‚gongren‘, der InhaberInnen der ‚Eisernen Reisschale‘, gehört heute zu den städtischen Armen und damit zu

den VerliererInnen der ökonomischen Reformen. Der ACGB schrumpfte durch diesen Umbau um ungefähr 17 Mio. auf 89 Mio. Mitglieder und seine Rolle in der Verwaltung des an die Betriebe gebundenen sozialen Sicherungssystems geriet ins Wanken.

Die Reaktion des ACGB, gefördert von der Partei, bestand in einer Organisierungsoffensive in Richtung Privatunternehmen und damit WanderarbeiterInnen: Seit dem Jahr 2003 können MigrantInnen Mitglieder in Gewerkschaften werden. In Fujian kümmerte sich der ACGB beispielsweise vor dem chinesischen Frühlingsfest Anfang 2011 darum, dass ausreichend Bus- und Zugtickets in die Betriebe kamen, damit die WanderarbeiterInnen nach Hause reisen konnten. Ergänzt wurde diese Maßnahme durch ein Programm der Provinzregierung, die denjenigen Unternehmen, die Löhne verspätet auszahlten, den Zugang zu Krediten erschwerte (vgl. Whats on Xiamen? 2010: n.p.). Die Organisierungsoffensive trug chinaweit zu ca. 140 Mio. neuen Mitgliedern in nur einem Jahrzehnt bei, so dass der ACGB Ende des Jahres 2010 insgesamt 229 Mio. Mitglieder und damit einen Organisationsgrad von fast 75 % aufwies.³⁵ Er ist auf dem 311 Mio. Beschäftigte zählenden städtischen Arbeitsmarkt in ungefähr zwei Mio. Betrieben und Arbeitseinheiten vertreten (vgl. Traub-Merz 2011b: 15; Traub-Merz 2011: 5).

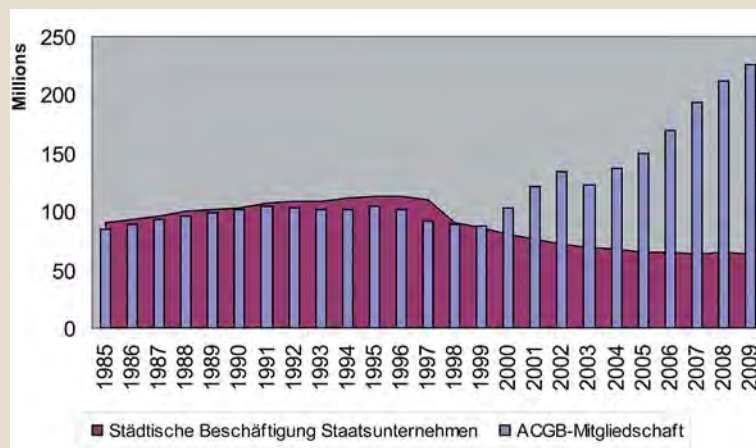
Die neue Präsenz in den Privatunternehmen ist allerdings nicht zu verwechseln mit der Fähigkeit oder dem Interesse des ACGB, Belegschaften für bessere Ar-

beitsbedingungen zu mobilisieren. Die Präsenz in den Privatunternehmen wurde nicht erkämpft, sondern zwischen Gewerkschaftsfunktionären von höheren Ebenen (z.B. Distriktebene) und Unternehmensleitungen ausgehandelt. Den Unternehmen wiederum erscheint es in der Regel ratsam, dem durch den ACGB vermittelten Wunsch der Partei nach einer Betriebsgewerkschaft zu folgen. Dementsprechend ist der ACGB nach wie vor eher Teil der Betriebsleitung als Vertretung der Belegschaften, die meisten Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaften werden ernannt oder ohne GegenkandidatInnen nominiert. Während die Betriebsgewerkschaften so vom Betriebsmanagement beherrscht werden, übt auf den übergeordneten Ebenen der Städte oder Provinzen die Partei diese Funktion aus (vgl. Traub-Merz 2011: 5f).

Laut Statut ist der ACGB nicht der parteilichen, einseitigen Interessenvertretung, sondern dem Wohl von Betrieb und Partei verpflichtet. Für Arbeitskonflikte bedeutet dies, dass das dreistufige Schlichtungsmodell (innerbetrieblich – außerbetrieblich – Gerichtsentscheid) auf der ersten Ebene der innerbetrieblichen Schlichtungskommission für die Betriebsgewerkschaft die Rolle des Vorsitzes vorsieht und so dem Interessenausgleich zwischen Unternehmern und ArbeiterInnen verpflichtet ist. Kommt es auf betrieblicher Ebene zu Arbeitsniederlegungen, so ist die Gewerkschaft im Interesse baldiger Produktionsaufnahme verpflichtet zu intervenieren. Dass das Gewerkschaftsgesetz Arbeitsniederlegungen kennt, obwohl es in China kein expli-

zites Streikrecht gibt (dies wurde im Jahr 1982 aus der Verfassung gestrichen, nachdem es erst im Jahr 1978 eingeführt worden war), „kommt einem impliziten Streikrecht für Arbeiter und einem expliziten Streikverbot für Gewerkschaften gleich. Jedenfalls dürfen sich die Gewerkschaften nicht auf die Seite der streikenden Arbeiter stellen. Der ACGB ist de facto eine Staatsbehörde und kein Interessenverband der Arbeitnehmer“ (Traub-Merz 2011: 6). Dies macht auch die Finanzierung des ACGB deutlich: Weniger als 10 % seiner Mittel machen Mitgliedsbeiträge aus, seine Haupteinnahmen

Grafik 5:
Städtische Beschäftigung in Staatsbetrieben und ACGB-Gewerkschaftsmitgliedschaft 1985–2009



Quelle: Traub-Merz 2011: 5.

³⁵ Zum Vergleich: Die im ITUC (International Trade Union Confederation = Internationaler Gewerkschaftsbund) zusammengeschlossenen 305 Gewerkschaften haben zusammen knapp 175,4 Mio. Mitglieder (vgl. www.ituc-csi.org).

erzielt der ACGB durch eine Abgabe in Höhe von 2% der Gesamtlohnsumme eines Betriebs mit Gewerkschaft, aus unternehmerischer Tätigkeit wie z.B. Hotels und aus Regierungssubventionen (vgl. Traub-Merz 2011: 6).

Wie die weitere Entwicklung des ACGB aussehen wird, ist aktuell durchaus offen und umstritten: Die anhaltenden Arbeitskonflikte zeigen, dass die neue Generation der WanderarbeiterInnen bereit ist, sich auch ohne und sogar gegen den ACGB für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzusetzen. Will der ACGB für diesen Kampf nicht ganz überflüssig sein, muss er sich wandeln und zumindest seinen Charakter als Teil der jeweiligen Betriebsleitung aufgeben. Sein Versuch, ein System für Tarifverhandlungen zu entwickeln, könnte zu einem solchen Wandel beitragen. In der Provinz Shandong wurde in diesem Kontext z.B. zwischen der Führung des Bezirks Rizhao und dem ACGB ein Maßnahmenkatalog für Tarifverhandlungen entwickelt, der bis Ende 2011 in 2400 Betrieben Tarifvereinbarungen anstrebte. Und in der Stadt Qingdao kündigte die Gewerkschaft der Gesundheitsdienste Pläne an, für alle Beschäftigten Tarifvereinbarungen abzuschließen, um die großen Einkommensunterschiede in diesem Sektor zu beheben (vgl. <http://www.clb.org.hk/en/node/101014>).

Ob der ACGB aber eine Bedeutung für die Interessenvertretung der ArbeiterInnen gewinnen kann, hängt

Tabelle 20:
Organisationsstruktur chinesischer Gewerkschaften 2006

Ebene	Gewerkschaften	Gewerkschaftsfunktionäre (Vollzeit)	Gewerkschaftsfunktionäre (Teilzeit)
National	1		
Provinz	31		
Präfektur	333	99.674	236.792
Distrikt	2860		
Stadt	22000		
Betriebsgewerkschaft	1.323.965	443.112	489.990

Quelle: Traub-Merz 2011b: 9 nach Chinese Trade Unions Statistic Yearbook (2007:67.88.90).

vor allem von zwei Dingen ab: Zum einen stellt sich die Frage, ob der ACGB mit seinem moderaten Zugehen auf die sich rasant entwickelnden Forderungen der ArbeiterInnen nicht zu ‚sanft‘ bleibt und deshalb eher der Entwicklung hinterherläuft. Zum anderen wird seine Bedeutung davon abhängen, ob die Kommunistische Partei zumindest auf Betriebsebene mehr Spielraum für autonome Gewerkschaften, die sich nicht der Disziplin und den Weisungen übergeordneter Ebenen unterwerfen müssen, eröffnet. Die Partei verlangt in letzter Zeit von ihren Kadern, bei sozialen Unruhen behutsamer vorzugehen³⁶ und lässt WanderarbeiterInnen zu den Nationalen Volkskongressen zu (vgl. König 2010: 164). Parallel zeigt aber die Härte gegenüber politisch Andersdenkenden³⁷, dass die ‚soziale Behutsamkeit‘ nicht mit der Bereitschaft zur Aufgabe von Kontrolle und Macht quer durch alle Bereiche verwechselt werden sollte (vgl. Traub-Merz 2011: 8ff).

► 3.2 Arbeitsrecht und Mindestlöhne

Die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen hängt neben dem Einsatz der ArbeiterInnen für ihre Interessen auch vom rechtlichen Rahmen ab, in dem diese Arbeitskämpfe stattfinden. Dieser rechtliche Rahmen hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert und spiegelt aktuell das Bemühen der chinesischen Regierung wider, durch Stärkung des Binnenwachstums

sprichwörtlich ‚zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen‘: Die Abhängigkeit von den kriselnden Märkten

36 Die Wahrnehmung dieser positiven Trends sollte allerdings nicht den Blick dafür trüben, dass nach wie vor Arbeiterproteste mit Gewalt unterdrückt werden, insbesondere dann, wenn die Proteste Staatsfirmen betreffen, das Firmengelände verlassen und den Verkehr oder die öffentliche Ordnung stören, vgl. die Auflistung bei CLB 2011:36f.

37 So z.B. die Inhaftierung des „Barfuß-Anwalts“ und chinesischen Bürgerrechtlers Chen Guangcheng in der Provinz Shandong (<http://www.dw-world.de/dw/article/0,,6652696,00.html> (7.11.11)) oder die jüngsten Zusammenstöße von TibeterInnen mit Sicherheitskräften in Sichuan, bei der es Anfang Januar 2012 zahlreiche Verletzte und mindestens einen Toten gegeben haben soll (<http://www.china-botschaft.de/det/sgxw/t898905.htm>). Die Proteste der TibeterInnen richten sich gegen die Unterdrückung der Glaubens- und Meinungsfreiheit, die chinesische Führung spricht von Akten der Kriminalität durch die Protestierenden und Wahrung der gesellschaftlichen Ordnung durch die Sicherheitskräfte (<http://www.china-botschaft.de/det/sgxw/t898905.htm>) (vgl. Tibet-Kasten S. 14).

der USA und Europas soll durch die Entwicklung der Binnennachfrage reduziert werden. Zugleich will die Regierung durch die Stärkung der Kaufkraft breiter Bevölkerungsteile die soziale Spaltung der chinesischen Gesellschaft und die damit einhergehende Gefahr wachsender sozialer Unruhen reduzieren.

Zu den zentralen Bestandteilen des chinesischen Arbeitsrechts gehören das Arbeitsgesetz (1994), das Arbeitsvertragsgesetz und das Arbeitskonfliktgesetz (beide von 2008). Fixierte das Arbeitsgesetz bereits grundlegende Rechte der Beschäftigten und führte das Mindestlohnsystem ein, so sollten die zwei Gesetze von 2008 vor allem einer besseren Umsetzung des Arbeitsgesetzes dienen. Insofern kann in ihnen eine Reaktion der Staatsführung auf die zahllosen Proteste und Arbeitskämpfe der Beschäftigten, insbesondere der WanderarbeiterInnen, gesehen werden. Einige zentrale Aspekte dieser drei Gesetze sind:

Mindestlohnsystem (1994)

Den Hintergrund des mit dem Arbeitsgesetz des Jahres 1994 eingeführten Mindestlohnsystems³⁸ bilden die ökonomischen Reformen Chinas in den 1980er Jahren. Mit diesen endete die von 1949 bis 1978 andauernde Phase eines zentralisierten Lohnverbundsystems, welches nur sehr begrenzte Lohnunterschiede über das ganze Land erlaubte. Das Lohnverbundsystem garantierte neben den Löhnen die ‚Eiserne Reisschale‘ für die städtischen Beschäftigten. Mit Hilfe dieses Lohnsystems und enger Grenzen für die Mobilität der Bevölkerung wollte die Zentralregierung eine zwischen Land und Stadt getrennte, aber egalitäre Gesellschaft schaffen (vgl. Zenglein 2011: 71). In der Phase von 1978 bis 2003 bestand eine Priorität der Wirtschaftsreformen darin, das bisherige ‚paternalistische Beschäftigungssystem‘ aufzubrechen in Richtung eines Tausches von Arbeitsleistung gegen Lohn. Dementsprechend erhielten auch die staatlichen Betriebe größere Freiheiten in der Lohngestaltung, was unmittelbar zu wachsenden Lohnunterschieden zwischen qualifizierten und weniger qualifizierten ArbeiterInnen führte. Diese Lohnspreizung trug neben dem Stadt-Land-Gefälle wesentlich zur wachsenden Ungleichheit in China bei, die sich in einem drastisch höheren GINI-Koeffizienten (vgl. Kasten S. 6) ausdrückt: Dieser ist von 0,16 im Jahr 1978 über 0,4 im Jahr 2000 auf 0,473 im Jahr 2006 gestiegen (vgl. Zenglein 2011: 72; Jia 2010: o.P.).

Mit dem Arbeitsgesetz von 1994 wurde ein Mindestlohnsystem eingeführt, mit Hilfe dessen die wachsende Ungleichheit gestoppt werden sollte. Das Gesetz legt keinen nationalen flächendeckenden Mindestlohn fest, sondern formuliert lediglich Richtlinien zur Festlegung regionaler Mindestlöhne. Die nationalen Richtlinien orientieren sich an den Mindest-Lebenshaltungskosten und sollen 40–60 % des durchschnittlichen Monatslohns entsprechen. Auf der Grundlage dieser Richtlinien legen lokale Regierungen, beraten durch den ACGB und Unternehmer, den jeweiligen Mindestlohn fest. Die so vereinbarten Mindestlöhne haben nur für die städtischen Gebiete in den Provinzen Geltung. Neben der Problematik, dass es im ländlichen China durch die Begrenzung der Mindestlöhne auf die Städte keine Lohnuntergrenzen gibt, führt die fehlende Koordination zwischen den mehr als 30 regionalen Mindestlohnregimen zum Problem erheblicher Lohnunterschiede zwischen den verschiedenen Städten. Dies ist – trotz Vereinheitlichungstendenzen – bis heute so geblieben (vgl. Zenglein 2011: 76ff.). In Folge der Weltwirtschaftskrise wurde die jährliche Anpassung der Mindestlöhne Ende des Jahres 2008 ausgesetzt (Ruixue 2011: 21), ab dem Jahr 2010 im Zuge der Orientierung auf das Binnenwachstum aber wieder aufgenommen. Da die WanderarbeiterInnen zu den wichtigsten EmpfängerInnen von Mindestlöhnen gehören, haben sich ihre Einkommen in den letzten zwei Jahren durch die Anhebungen deutlich verbessert (vgl. Kap. 2, Tabelle 18). Dennoch bleiben zentrale Probleme in der Umsetzung des Mindestlohn-Gesetzes:

- dass sie längst nicht überall gezahlt werden, wo sie in Kraft sind (im Jahr 2005 lag der Lohn von 15 % der WanderarbeiterInnen unterhalb des Mindestlohnes)
- dass seine Gültigkeit auf die städtischen Gebiete beschränkt ist und
- dass die geringe Höhe der Mindestlöhne – trotz aller Anhebungen – mit den steigenden Lebenshaltungskosten nicht Schritt halten: Allein von Juni auf Juli 2011 stiegen die Verbraucherpreise durchschnittlich um 6,5 % (Schweinefleisch: + 20 %, Getreide: + 12 %, vgl. Ming 2011: 17), im gesamten Jahr wird die Inflationsrate auf 5,5 % geschätzt (vgl. Grafik 6)

Das zentrale Ziel der Mindestlohneinführung – die Bekämpfung der wachsenden Ungleichheit in China – wurde deshalb bisher nicht erreicht (vgl. Zenglein 2011: 71ff.).

³⁸ Eine deutsche Übersetzung des Arbeitsgesetzes und anderer Gesetze findet sich unter <http://www.deutschchinesischesinstitut.uni-goettingen.de/index.php/de/uebersetzungen/chinas-recht>.

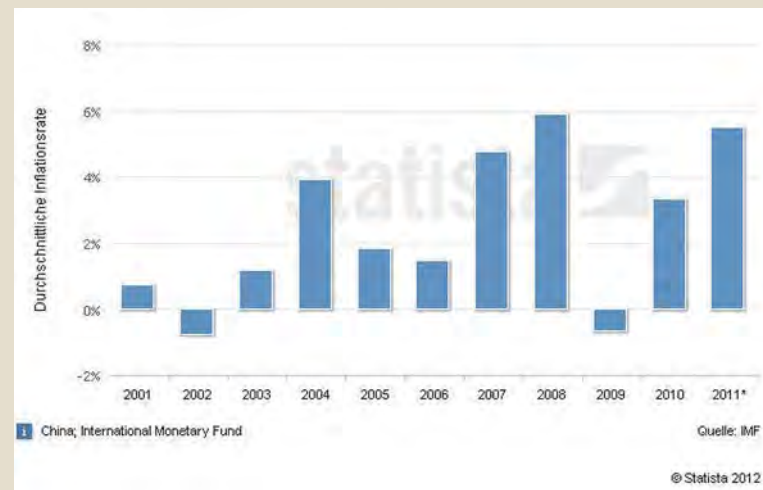
Arbeitsvertragsgesetz (2008)

Zur besseren Umsetzung des Arbeitsgesetzes von 1994 verabschiedete die Zentralregierung das am 1. Januar 2008 in Kraft getretene Arbeitsvertragsgesetz, das erstmals die bis dahin nur unter das Zivilrecht fallenden WanderarbeiterInnen einbezog. Das Arbeitsvertragsgesetz legt fest, dass schriftlich fixierte Arbeitsverträge in privaten wie in Staatsunternehmen in der VR China Pflicht sind. Da schätzungsweise 70 % aller WanderarbeiterInnen bis 2008 nicht über einen schriftlichen Arbeitsvertrag verfügten, stellt dieses Gesetz eine deutliche Verbesserung der Rechte dieser Gruppe, aber auch der aller Beschäftigten, dar. Neben weiteren Bestimmungen zur Begrenzung befristeter Beschäftigungen oder zur Regelung und Bezahlung von Probezeiten schränkt es aber in einem wichtigen Punkt die Verhandlungsfähigkeit der Beschäftigten auch ein: Es koppelt nämlich in § 51 Kollektivverhandlungen, die laut § 33 des Arbeitsgesetzes von 1994 zwischen der Unternehmensleitung und von den Beschäftigten gewählten VerhandlungsführerInnen möglich waren, an die Führung durch die nächst höhere Gewerkschaftsebene (vgl. Kleinert 2008: n.p.). Die Stärkung der Rechte von Beschäftigten geht also klar mit dem Bestreben des Staates einher, die Kontrolle über die Arbeitsbeziehungen zu behalten.

Arbeitskonfliktgesetz (2008)

Genau wie das Arbeitsvertragsgesetz trat im Jahr 2008 auch das Arbeitskonfliktgesetz in Kraft. Es ändert nichts an der Verfahrensstruktur im Falle von Arbeitskonflikten, sondern stärkt vielmehr die bereits existierenden Schlichtungs- und Schiedsstrukturen, beschleunigt diese aber und schafft – ganz wesentlich – die Gebühren für Schiedsverfahren, die zuvor bei ca. 300 Yuan (= 27, 52 Euro am 1.5.2008, www.oanda.com) lagen, ab. Damit wird der Zugang zu Schlichtungsverfahren bei Arbeitskonflikten deutlich erleichtert (Chahoud 2008: 27).

Grafik 6:
Inflationsrate in China von 2001 bis 2011 (Vergleich jeweils zum Vorjahr)



Sozialversicherungsgesetz (2011)

Das am 1. Juli 2011 in Kraft getretene Sozialversicherungsgesetz (SVG; engl.: Social Insurance Law) ist das erste umfassende Gesetz zur Reformierung der Verteilungsmechanismen im chinesischen Wohlfahrtssystem. Es schließt die BewohnerInnen der ländlichen und städtischen Gebiete ein, betrifft alle Unternehmensformen (staatliche, private, Joint Ventures, kollektive) und macht die Renten-, Gesundheits-, Arbeitslosen-, Arbeitsunfall- und die Mutterschaftsversicherung zu Pflichtversicherungen. Zu den beiden letzteren zahlt allein der Arbeitgeber die Beiträge, die zuerst genannten Versicherungsbeiträge werden aufgeteilt zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern. Das SVG verfolgt die Ziele, die erworbenen Ansprüche auf andere Städte und Gebiete übertragbar zu machen (was bisher nur schwer möglich war) und die Ansprüche, Beiträge und Leistungen sukzessive zu vereinheitlichen, die zunächst auf lokaler Ebene berechnet und festgelegt werden.³⁹

Für die vielen Millionen WanderarbeiterInnen wird der Kampf für Sozialleistungen in den Betrieben durch dieses Gesetz vermutlich an Bedeutung gewinnen. Bisher verloren sie in der Regel beim Wechsel des Arbeitsortes ihre erworbenen Ansprüche.

³⁹ Vgl. www.china-briefing.com/news/de/das-sozialversicherungsgesetz-sil-soll-chinas-wohlfahrtssystem-verbessern.html/, Brückner 2011

► 3.3 Internationale Arbeitsnormen und Soziale Unternehmensverantwortung

In der internationalen Debatte zu Arbeitsrechten und sozialer Unternehmensverantwortung (engl.: Corporate Social Responsibility = CSR) spielen die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (engl.: International Labour Organisation = ILO) eine zentrale Rolle. Vier Grundprinzipien bestimmen die Politik der ILO und prägen damit auch die Kernarbeitsnormen. Dies sind 1. Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen; 2. Beseitigung der Zwangsarbeit; 3. Abschaffung der Kinderarbeit und 4. Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.

Zu den Kernarbeitsnormen zählen:

1. **Übereinkommen Nr. 87:** Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948
► Von China nicht ratifiziert, von Deutschland am 20.3.1957 ratifiziert
2. **Übereinkommen Nr. 98:** Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949
► Von China nicht ratifiziert, von Deutschland am 8.6.1957 ratifiziert
3. **Übereinkommen Nr. 29:** Zwangsarbeit, 1930
► Von China nicht ratifiziert, von Deutschland am 13.6.1956 ratifiziert
4. **Übereinkommen Nr. 105:** Abschaffung der Zwangsarbeit, 1957
► Von China nicht ratifiziert, von Deutschland am 22.6.1959 ratifiziert
5. **Übereinkommen Nr. 100:** Gleichheit des Entgelts, 1951
► Von China am 2.11.1990, von Deutschland am 8.6.1956 ratifiziert
6. **Übereinkommen Nr. 111:** Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958
► Von China am 12.1.2006, von Deutschland am 15.6.1961 ratifiziert
7. **Übereinkommen Nr. 138:** Mindestalter, 1973
► Von China am 28.4.1999, von Deutschland am 8.4.1976 ratifiziert
8. **Übereinkommen Nr. 182:** Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999
► Von China am 8.8.2002, von Deutschland am 18.4.2002 ratifiziert

(vgl. <http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bronn/kernarbeitsnormen/index.htm>)

Mit der Annahme der „Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“, die bei der 86. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz am 18.6.1998 ohne Gegenstimme angenommen wurde und deren inhaltliche Grundlage die Kernarbeitsnormen sind, bekennen sich alle Mitgliedsstaaten der ILO, also auch China, explizit zu den Kernarbeitsnormen – auch wenn China, anders als Deutschland, wesentliche Kernarbeitsnormen (noch) nicht ratifiziert hat.

Auch ein großer Teil der international operierenden Unternehmen, die in China Niederlassungen gründen oder / und chinesische Zulieferer haben, bekennt sich im Rahmen freiwilliger sozialer Unternehmensverantwortung zu den Kernarbeitsnormen (vgl. u.a. die Arbeitsplatzstandards der adidas Gruppe⁴⁰). Die chinesische Regierung hat in den letzten Jahren auf die vielen freiwilligen CSR-Initiativen von Unternehmen mit einem nationalen Konzept „CSR mit chinesischen Besonderheiten“ reagiert, das Gesetzeskonformität und „traditionelle Philanthropie“ betont (ILO 2008: 2). Sowohl die freiwilligen CSR-Aktivitäten von Unternehmen kritisiert die ILO – diese hätten bisher wenig Auswirkungen (vgl. ILO 2008: 3) – als auch die mangelnde Umsetzung des relativ gut entwickelten chinesischen Arbeitsrechts (vgl. ILO 2008: 19). Sie empfiehlt deshalb zur weiteren Verbesserung der Situation der Beschäftigten in China:

1. Die ILO-Übereinkommen Nr. 87 und Nr. 98 müssen von der Regierung ratifiziert und umgesetzt werden. Den ArbeiterInnen müssen Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen gewährt werden.
2. Die Regierung muss Maßnahmen gegen die Lohnunterschiede von Männern und Frauen ergreifen und vertiefende Analysen zu den Geschlechtsunterschieden auf dem Arbeitsmarkt vorantreiben.
3. Die Regierung muss die Probleme der WanderarbeiterInnen (Schutz ihrer Rechte, Gesundheit und Bildung), der Kinderarbeit, der Kinder-Zwangsarbeit, des Handels mit Frauen und Kindern zum Zweck der

⁴⁰ Vgl. http://www.adidas-group.com/de/sustainability/suppliers_and_workers/code_of_conduct/default.aspx

Tabelle 21:
Vergleich zwischen chinesischem Arbeitsgesetz und ILO-Konventionen

Bereich	ILO-Konventionen	Chinesisches Arbeitsgesetz
Arbeitstage pro Woche	6 Tage	6 Tage
Tägliche Arbeitszeit	8 Stunden	8 Stunden
Diskriminierung	Verboten	Verboten
Feiertage	Müssen gewährt sein	Mindestens 4 gesetzliche Feiertage
Kündigungsfrist	Muss vorhanden sein	30 Tage (für beide Seiten)
Kündigungsschutz	Im Fall von Krankheit, Schwangerschaft	Vorhanden
Mindestalter	15 Jahre	16 Jahre
Mutterschutz	45 Tage	90 Tage nach der Geburt
Überstunden	Muss geregelt sein	36 Stunden im Monat maximal
Überstundenbezahlung	Mehr als normaler Stundenlohn	Vorhanden
Urlaubsanspruch	Nach einem Jahr	Nach einem Jahr
Urlaubsdauer	3 Tage	Mindestens 5 Tage
Vereinigungsfreiheit	Muss gewährt werden	Nicht vorhanden

Quelle: Chahoud 2011: 178.

Zwangsarbeit sowie der Zwangsarbeit allgemein durch mehr Expertise, Inspektionen und Durchsetzung existierender Gesetze gehen.

Trotz dieser Kritik seitens der ILO zeigen sich in den aktuellen Entwicklungen im chinesischen Arbeits- und

Sozialrecht deutliche Verbesserungen der Rechte von Beschäftigten. Solange ihnen aber das Recht verweigert bleibt, unabhängige Gewerkschaften zu gründen, um mit ihrer Hilfe die Umsetzung ihrer Rechte auf betrieblicher Ebene auszuhandeln, wird zwischen Recht und Realität weiterhin ein breiter Graben bleiben.



Deutsch-chinesisches Gespräch zur Umsetzung des Arbeitsrechts in Xiamen, Foto: Fritz Hofmann

4. Der Bildungssektor: Ein Standbein deutsch-chinesischer Partnerschaften

„Ich bin nie zur Schule gegangen, ja, ich habe noch nicht mal die Türschwelle einer Schule überschritten. Ich verstand nicht, warum ich nichts lernen durfte. (...) Bis heute könnte ich heulen, wenn ich daran denke. Dass meine Mutter mich nicht zur Schule gehen ließ, hat mich wirklich traurig und wütend gemacht.“

(Ngai/Wanwei 2008: 97f.)

Die Wanderarbeiterin Cuiyi, die wegen ihrer Mithilfe im Haushalt als Kind nicht zur Schule gehen durfte, wuchs in Chongqing auf, das in ihrer Kindheit noch zur Provinz Sichuan gehörte (1997 wurde Chongqing eine regierungsunmittelbare Stadt und damit verwaltungstechnisch aus der Provinz Sichuan herausgelöst).

Cuiyi zählt zur Großelterngeneration der Kinder und Jugendlichen, die heute das chinesische Bildungssystem durchlaufen. Seit Cuiyis verpasster Schulzeit hat das chinesische Bildungssystem infolge der politischen Öffnung und der demographischen und sozialen Herausforderungen große Veränderungen erfahren.

► 4.1 Das chinesische Bildungssystem

Um die steigende Fachkräftenachfrage des modernen Chinas zu bedienen, durchlaufen immer mehr SchülerInnen das Bildungssystem und streben in wachsendem Maße hohe Abschlüsse an. Im Jahr 2011 haben 6,6 Mio. StudentInnen einen Hochschulabschluss erworben – mehr als doppelt so viele wie in den USA. Das ist eine Steigerung von 300.000 gegenüber dem Jahr 2010. Nach absoluten Studierendenzahlen ist China seit Jahren Weltmeister, in Relation zur Bevölkerung gesehen konnte im Jahr 2009 allerdings nur jede/r Vierte eines Jahrgangs eine höhere Bildungseinrichtung besuchen (vgl. Tabelle 22).

Je höher das Bildungslevel, desto restriktiver die Zugangsbestimmungen. Die Berufschancen und Zukunftsperspektiven entscheiden sich dabei schon recht früh, wodurch bereits die Schulkinder vielfach unter hohem Druck stehen. China gehört zu den Ländern mit der größten Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Reichtum (vgl. Hoffarth/Schäfer/Morazán 2012: 14f.). Die Schieflage zwischen Stadt und

Land, Ostküste und West-Provinzen sowie Elite und gering Qualifizierten droht sich auch im Bildungssystem zu verfestigen. So verzeichnen z.B. die Ostprovinzen mehr als 40 % der Studierenden von ganz China (vgl. Statistisches Jahrbuch China 2010: 1.6), stellen aber nur 1/4 der Gesamtbevölkerung dar.

Insgesamt betrachtet hat China jedoch einige Fortschritte im Bildungsbereich erzielt. Durchschnittliche Schulbesuchsquote und Schulbesuchsdauer sind seit langer Zeit ansteigend. Die heute 20–30-Jährigen sind wesentlich besser ausgebildet als ihre Eltern- oder Großelterngeneration. Im Jahr 2009 lag die Alphabetisierungsrate der über 14-Jährigen insgesamt bei 94 % (96,9 % Männer / 90,9 % Frauen). Unter den 15–24-Jährigen liegt die Rate für Männer und Frauen über 99 %. Die 64,6 Mio. AnalphabetInnen, knapp 3/4 Frauen, sind – nicht ausschließlich, aber doch überwiegend – der älteren Generation zuzurechnen (UNESCO 2011: 247).

Eine reguläre **Schullaufbahn** ist in China folgendermaßen aufgebaut: Nach der Einschulung mit 6 oder 7 Jahren besuchen alle Kinder zunächst für sechs Jahre die Grundschule und dann drei Jahre lang die Mittelschule (Sekundarstufe 1). Diese Grundbildung ist gesetzlich vorgeschrieben und wird staatlich finanziert. Pro Woche gibt es fünf Unterrichtstage mit bis zu neun Stunden Unterricht. Klassenverbände von mehr als 35 SchülerInnen sind dabei die Regel und der Unterricht findet überwiegend frontal nach festgelegtem Lehrplan statt (vgl. Seffert 2003: 588). Am Ende dieser neunjährigen Pflichtschulzeit, die bereits von vielen Tests, Wettbewerben und Förderprogrammen begleitet wird, gibt es eine Abschlussprüfung. Die Ergebnisse

Tabelle 22:
Studierende in China, USA und Deutschland (2009)

	China	USA	Deutschland
Studierende	29.296.000	19.103.000	2.121.178
Zunahme seit 2007	15,6 %	7,6 %	–
Anteil Frauen	49 %	57 %	48 %
Immatrikulationsquote	25 %	86 %	43 % (2010)

Quelle: UNESCO 2011, UNESCO 2009 und Destatis 2011.

dieser Prüfung entscheiden darüber, ob man weiter zur Schule gehen darf – und damit die Möglichkeit eines Studiums aufrechterhält – und welche Schulform in Frage kommt.

Als weiterführende Schulen (Sekundarstufe 2) gibt es neben der gewöhnlichen Oberstufe auch thematisch spezialisierte weiterführende Schulen und mehr technisch ausgerichtete Schulen. Nach Abschluss der dreijährigen Oberschule, also im Alter von 18 oder 19 Jahren, steht die wichtige Abschlussprüfung Gao Kao (Hoher Test) an. In diesen landesweit einheitlichen Prüfungen wird über die Vergabe der begehrten Studienplätze entschieden, wobei die besten SchülerInnen auf die besten Universitäten verteilt werden.

LehrerInnen können Prämien erhalten, wenn viele ihrer SchülerInnen beim Gao Kao gut abschneiden. Viele Eltern investieren in erheblichem Umfang in die Unterstützung ihrer Kinder, indem sie z.B. für das Abschluss-

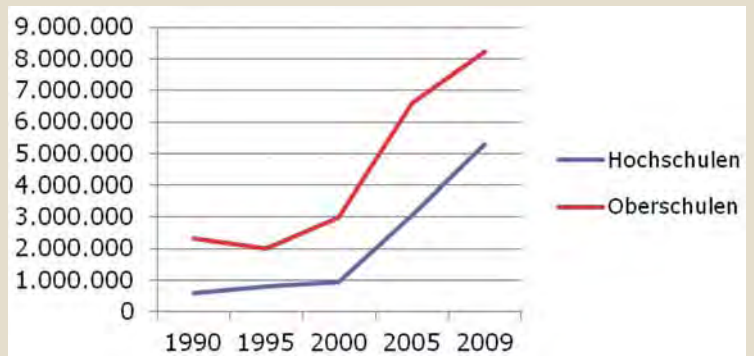
„Die Zukunft meines Lebens entscheidet sich an zwei Prüfungstagen!“

Für die 14-jährige You Jianing aus Peking beginnt der Schulunterricht um 7 Uhr 30. Vormittags hat sie fünf Stunden Unterricht, nachmittags vier Stunden. Zwischen 6 und 7 Uhr abends kommt sie nach Hause und macht dann noch bis zu drei Stunden Hausaufgaben.

In einem Jahr wird You am Abschlusstest der Mittelschule teilnehmen. Wenn sie nicht mindestens 520 von 570 möglichen Punkten erzielt, wird ihre Familie viel Geld für den Besuch einer besseren Oberschule zahlen müssen. You möchte unbedingt auf eine gute Oberschule kommen, weil sie nur dann Chancen hat, auch an einer guten Uni zu studieren. Dazu wird sie sich im Gao Kao etwa gegen die Hälfte der Gleichaltrigen durchsetzen müssen.

„Die Zukunft meines Lebens entscheidet sich an zwei Prüfungstagen und ich habe Angst, dass ich meine Eltern und Lehrer enttäusche“, sagt Xu Wencheng, ein Mitschüler von You aus Peking. Für You ist auch das Wochenende komplett mit Hausaufgaben und Lernen ausgebucht. Manchmal bleiben ihr sonntags einige Stunden, um sich mit Freundinnen zu treffen oder Badminton zu spielen.
(Quelle: Mass 2006: o.p.)

Grafik 7:
AbsolventInnenzahlen an Hochschulen und Oberschulen (1990–2009)



Eigene Darstellung nach Statistisches Jahrbuch China 2010.

jahr extra in eine Wohnung in Schulsnähe ziehen, um optimale Lernbedingungen für ihre Kinder zu schaffen. Dementsprechend sind die Jugendlichen einem extremen Erfolgsdruck ausgesetzt, auch weil sie infolge der Ein-Kind-Politik zumeist die einzige Alterssicherung der Eltern sind. Zehn Stunden Lernen pro Tag sind in dieser Zeit nichts Ungewöhnliches und doch können nicht alle SchülerInnen erfolgreich sein. Trotz erheblicher Investitionen in die Ausweitung höherer Bildungseinrichtungen konnten noch im Jahr 2007 46 % der BewerberInnen nicht aufgenommen werden (vgl. Brandenburg/Zhu 2007: 22).

Familien der Mittel- und Oberschicht haben natürlich ganz andere Möglichkeiten, die Leistung ihrer Kinder

Tabelle 23:
Schullaufbahn in Deutschland und China im Vergleich

Klasse	Deutschland	China	
1.	Grundschule	Grundschule	
2.			
3.			
4.			
5.	Sek. I	Mittelschule <i>Abschlussprüfung</i>	
6.	- Hauptschule		
7.	- Realschule		
8.	- Gesamtschule		
9.	- Gymnasium		
10.	Fachoberschulreife	Oberstufe Gao Kao/ <i>Abschlussprüfung</i>	Berufsbildende Oberschule
11.	Sek. II		
12.	- Gymnasium		
(13.)	Abitur	Ausbildung/ Berufsschule	

Tabelle 24:
Anzahl SchülerInnen nach Schulform 2009 (China gesamt)

Schulform	Einschreibungen neu	Einschreibungen gesamt	Abschluss	Anteil Frauen in %
Oberschule (Sek. II)	16.988.625	46.409.122	14.587.074	
Oberstufe	8.303.384	24.457.459	8.335.170	
Berufsbildende Oberschulen	8.685.241	21.951.663	6.251.904	
Mittelschule (Sek. I)	17.884.523	54.897.291	18.528.429	
regulär	17.863.912	54.336.420	17.947.254	47,3
Berufsbildende Mittelschulen	20.611	72.995	29.754	47,4
Mittelschulbildung Erwachsene		487.876	551.421	45,6
Grundschule	16.377.978	102.822.860	20.084.844	
regulär	16.377.978	100.714.661	18.051.997	46,3
Grundschulbildung Erwachsene	2.108.199	2.032.847	53,9	
Förderschulen	64.018	428.125	57.423	34,5
Kindergarten/ Vorschule	15.468.596	26.578.141	10.406.353	45,1

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Jahrbuch China 2010.

zu beeinflussen, als einkommensschwache Familien oder solche, die aus den ländlichen Regionen kommen und selber über keinen hohen Bildungsstand verfügen. Deshalb wird die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit des Landes durch die Selektionsmechanismen des Bildungssystems zumeist verstärkt. Insbe-

sondere die Kinder von ArbeitsmigrantInnen und die in abgeschnittenen Randregionen lebenden Kinder erfahren im Bildungssystem massive Benachteiligung (vgl. Kapitel 4.3) In vielen Großstädten erheben staatliche Schulen hohe Gebühren für Kinder von MigrantInnen, so dass private Schulen für diese entstehen,

Grafik 8:
Stundenplan einer 8. Klasse in China

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
ab 7:00	<i>Anwesenheitspflicht für Lehrer mit besonderen Funktionen (Masterteacher)</i>					Frei
7:25–7:50	<i>Anwesenheitspflicht für Schüler und Lehrer: Studierzeit zu vorgegebenen Themen</i>					
8:00–8:45	Chinesisch	Geschichte	Deutsch	Deutsch	Physik	Physik
8:55–9:40	Mathematik	Sport	Deutsch	Deutsch	Sport	Englisch
9:40–10:10	<i>Pause: Aufstellung aller Klassen auf den Sportplätzen, gemeinsame gymnastische Übungen zu Musik und Allgemeine Belehrungen aus den Lautsprechern. Anschließend im Klassenzimmer am Platz: Augen- und Gesichtsmassage aller Schüler zu Musik</i>					
10:10–10:55	Geografie	Mathematik	Mathematik	Physik	Mathematik	Chinesisch
11:05–11:50	Englisch	Physik	Politik	Mathematik	Kunst	Chinesisch
11:50–13:00	<i>Mittagspause</i>					
13:00–13:35	<i>Studierzeit zu vorgegebenen Themen</i>					
13:45–14:30	Biologie	Geografie	Musik	Sport	Englisch	
14:40–15:25	Englisch	Englisch	Chinesisch	Klassen-Versammlung	Geschichte	
15:35–16:20	Politik	Gruppen/ Kurse	Biologie	Chinesisch	Gruppen/ Kurse	
16:30–17:15	Selbststudium	Selbststudium	Selbststudium	Gruppen/ Kurse	frei	
bis 17:30	<i>Anwesenheitspflicht für alle Lehrer</i>					

Quelle: http://192.68.214.70/blz/eup/02_07_themenheft/2.asp.

die zumeist schlecht ausgestattet sind und keine ausgebildeten LehrerInnen anstellen können. Darüber hinaus gibt es ein qualitatives Bildungsgefälle zwischen den östlichen Küstenregionen und den westlichen und mittleren Provinzen einerseits sowie zwischen den urbanen Zentren und der ländlichen Peripherie innerhalb der Provinzen andererseits. Während etwa in Shanghai und Peking immer mehr Privatschulen gegründet werden und neue Förder- und Bildungsangebote entstehen, gibt es in Sichuan und anderen westlichen Provinzen zu wenige Lehrkräfte, viele sind zudem schlecht ausgebildet und müssen zu große Klassen betreuen.

Die Übertragung von Bildungsaufgaben an die Provinzen hat dazu geführt, dass sich die Kommunen zunehmend um private Finanzierung von Schulen bemühen müssen. Zum einen werden Sponsoren aus der Wirtschaft gesucht, zum anderen wird vermehrt auf Schulgebühren zurückgegriffen. Diese dürfen im Pflichtschulbereich formal nur für Materialien, Essen und Schuluniform anfallen. Es werden jedoch auch Gebühren und unfreiwillige Spenden für Bau- und Renovierungsarbeiten und andere Ausgaben erhoben, was finanziell schwache Familien enorm belastet (vgl. Seffert 2003: 585).

Das **Hochschulsystem** ist überwiegend nach dem Bachelor/Master-System gestaffelt, wobei es die unterschiedlichsten Formen von Fachhochschulen, Colleges und Universitäten gibt. Im Jahr 2009 war ein Viertel der 18 bis 22-Jährigen an höheren Bildungseinrichtungen immatrikuliert, gegenüber dem Jahr 1990 ist das eine Steigerungsrate von 18 % (vgl. Wu/Zheng 2008: 1.6).

Mit der Begründung, dass ein Studium nicht verpflichtend ist, sondern freiwillig angetreten wird, verlangen die Universitäten in China seit dem Jahr 1997 Studiengebühren. Die Gebühren sind dabei auf durchschnittlich 450 Euro pro Jahr (2007) immer weiter angestiegen. Dies entspricht einem Anteil von 37 % des Durchschnittslohnes (2007) (vgl. Brandenburg/Zhu

Tabelle 25:
Studierende nach Abschluss 2009 (China gesamt)

	Einschreibungen neu	Einschreibungen gesamt	Abschluss	Anteil Frauen in % an Einschreibungen gesamt
Postgraduierte	510.953	1.404.942	371.273	47,04
Promotion	61.911	246.319	48.658	34,86
Master	449.042	1.158.623	322.615	49,63
Erststudium/ Bachelor	6.394.932	21.446.570	5.311.023	50,48
Erststudium/ Bachelor im Bereich Erwachsenenbildung	2.014.776	5.413.513	1.943.893	52,33

Quelle: Eigene Darstellung nach Statistisches Jahrbuch China 2010.

2007: 20). Insbesondere StudentInnen aus einkommensschwachen Familien sind daher auf Stipendien angewiesen, müssen sich hoch verschulden oder können kein Studium beginnen. Dass trotz der steigenden Kosten die Nachfrage nach Hochschulbildung ungebrochen ist, belegt die Tatsache, dass im Jahr 2007 nicht-staatliche, private Hochschulen, für die wesentlich höhere Gebühren aufgebracht werden müssen, bereits von rund 20 % der Studierenden besucht wurden (vgl. Wu/Zheng 2008: 3).

Tabelle 26:
Masterstudium nach Studienfachrichtung (2009)

	Eingeschrieben	Abschluss
Gesamt	1.404.942	371.273
Philosophie	15.911	4.518
Ökonomie	61.692	18.327
Jura	87.389	21.681
Erziehung/ Bildungswesen	47.368	13.406
Literatur	114.445	31.634
Geschichte	17.447	5.082
Naturwissenschaften	168.908	41.822
Ingenieurwesen	474.170	130.514
Agrarindustrie	45.325	13.425
Medizin	128.205	34.629
Militär	763	191
Management	114.994	31.636
Fachrichtung akademischer Grad	128.325	24.408

Quelle: Statistisches Jahrbuch China 2010.

Das Verhältnis von Bachelor- zu Master- und Promotionsstudenten (bzw. äquivalente Studiengänge) lag im Jahr 2009 bei 15:1 und damit weit unter dem Anteil von Master- und PromotionsstudentInnen in westlichen Ländern (vgl. Brandenburg/Zhu 2007: 25).

Die verschiedenen Reformen in der Hochschulbildung – Dezentralisierung, Privatisierung und Gebührenfinanzierung – haben zwar zu einem größeren Angebot und zu insgesamt mehr AbsolventInnen geführt. Gleichzeitig haben diese Entwicklungen aber auch die soziale und ökonomische Ungleichheit verschärft. So erfolgten die meisten Bildungsinvestitionen in den Boom-Städten Peking, Shanghai, Guangzhou und Wuhan, während die Zahl der HochschulabgängerInnen und die Qualität der Universitäten in entlegeneren Provinzen / Gebieten weit zurückfallen (vgl. Wu/Zheng 2008: 3.7). Neben dem Problem der Überschuldung der Studierenden infolge hoher Studiengebühren wird auch häufig ein Rückgang der Bildungsqualität bemängelt. Die Ausbildung des Lehrpersonals und die Ausweitung der Infrastruktur konnten mit den rapide ansteigenden Studierendenzahlen nicht mithalten. Darüber hinaus haben auch chinesische AkademikerInnen zunehmend Schwierigkeiten, den direkten Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden (vgl. Wu/Zheng 2008: 3ff.).

Deutsch-chinesischer Bildungsaustausch

In Deutschland gibt es nach einer aktuellen Umfrage im Auftrag der Kultusministerkonferenz insgesamt 311 Schulen, die Chinesisch als Unterrichtsfach anbieten oder Partnerschaften mit chinesischen Schulen unterhalten. Damit wird deutlich, dass das Interesse deutscher Schulen an China in den letzten Jahren stark zugenommen hat (vgl. KMK 2011: 1). Vor dem Hintergrund der großen politischen Bedeutung Chinas wird in der Sprachausbildung noch Nachholbedarf gesehen, was insbesondere die Lehrerbildung betrifft. Die Auswertung der Umfrage kommt auch zu dem Ergebnis, dass die Partnerschaften einer hohen Fluktuation unterliegen, was mit wechselndem Lehrpersonal, Kommunikationsproblemen und hohen Kosten für Austauschmaßnahmen begründet wird (vgl. KMK 2011: 2).

Motive der deutsch-chinesischen Schulpartnerschaften sind der interkulturelle Austausch, die Förderung der globalen Verständigung, Spracherwerb und auch die berufliche Qualifizierung der SchülerInnen. Auf chinesischer Seite sind Austauschprogramme häufig die einzige Möglichkeit ins Ausland und „in den von China verehrten Westen zu gelangen“ (Held/Merkle 2008: 60).

Tabelle 27:

Chinesische Studierende im Ausland (2007)
(421.148 insgesamt / ausl. Studierende in China: 42.138)

Land	Studierende	Anteil
1. USA	98.958	23,5 %
2. Japan	80.231	19,1 %
3. Australien	50.418	12,0 %
4. Vereinigtes Königreich	49.594	11,8 %
5. Deutschland	23.791	5,6 %

Quelle: UNESCO 2009: 143.

Im **Hochschulbereich** gibt es eine große Anzahl von Partnerschaften und Austauschprogrammen zwischen deutschen und chinesischen Universitäten, gemeinsame Einrichtungen, Forschungsprojekte und Kooperationsverträge. Der Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz listet 753 Kooperationen zwischen deutschen und chinesischen Hochschulen auf (vgl. www.hochschulkompass.de). Das Bundesministerium für Bildung und Forschung investiert massiv in den Ausbau der Kooperationen im Bildungssektor mit Infomaterialien, China-Wochen an deutschen Universitäten und deutsch-chinesischen Regierungs-Vereinbarungen.⁴¹ Neben dem Austausch von Studierenden, Forschung und Lehre werden auch gemeinsame Forschungsprojekte angegangen, deutsch-chinesische Institute gegründet und Studiengänge entworfen. Das Hauptaugenmerk der Zusammenarbeit im Hochschulbereich liegt auf den Natur- und Ingenieurwissenschaften, was mit der „eindeutigen Ausrichtung chinesischer Hochschulpolitik auf Wissenschaft und Technik im Dienste des Wirtschaftsaufschwungs“ erklärt werden kann (Held/Merkle 2008: 64).

Nach Angaben des Bildungsministeriums haben im Jahr 2009 rund 23.000 ChinesInnen an deutschen Universitäten studiert, dies entspricht mit knapp 13% dem größten Anteil der ausländischen Studierenden in Deutschland. Dabei rangiert Deutschland unter den beliebtesten Zielländern für chinesische Studierende noch weit hinter den USA, Japan, Australien und England (vgl. Tabelle 27). Auf der anderen Seite waren im Jahr zuvor ca. 1.300 deutsche StudentInnen an chinesischen Universitäten eingeschrieben (vgl. Isserstedt / Kandulla 2011: 13/14).

⁴¹ Infomaterial der Hochschulrektorenkonferenz „Deutsch-chinesische Studienprogramme: Analyse und Empfehlungen“ unter <http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/ZAB/Aequivalenzabkommen/China.pdf>

► 4.2 Sichuan: Ungleichheit trotz Bildungsoffensive

Im Jahr 2008 zerstörte ein schweres Erdbeben Teile von Sichuan – ganze Stadtteile brachen zusammen, zigtausende Menschen starben und mehrere Millionen Menschen wurden obdachlos. Auch der Bildungsbereich wurde massiv in Mitleidenschaft gezogen. Zahlreiche Schulen stürzten ein und begruben SchülerInnen und LehrerInnen unter sich. Infolge ersichtlicher Konstruktions- und Baumängel wurden Vorwürfe der Korruption gegen lokale Behörden und Baufirmen erhoben.

Nach Angaben der Provinzregierung von Sichuan für das Jahr 2008 ist in 178 von 181 Distrikten die neunjährige Pflichtschulbildung durchgesetzt worden. Die Grund- und Mittelschulen haben eine Gesamtschülerzahl von knapp 10 Mio. und eine Schulbesuchsquote von 99% im Grundschulbereich bzw. 96% im Mittel- schulbereich (vgl. Sichuan 2009: o. p.). Alternativ zur regulären Mittel- und Oberschule besuchen mehr als eine Million SchülerInnen berufsbildende bzw. technische Schulen, deren Anteil in den letzten Jahren weiter ausgebaut wurde. Der überwiegende Anteil berufso- rientierter Schulbildung betrifft die Klassen 7–9, was den Mittelschulen entspricht. 13,4% der weiblichen und 4,9% der männlichen Gesamtbevölkerung über 14 Jahre gelten als AnalphabetInnen, können nicht richtig lesen und schreiben (9,2% gesamt).

Trotz der positiven Re- gierungsangaben zur Schulbesuchsquote ist Sichuan noch weit entfernt von gleichem Zugang zu Bildung und gleicher Bildungs- qualität. Dies verdeutlichen z.B. hohe Schulab- bruchquoten gerade in den ländlichen Gebie- ten. Viele Familien sind auf die Unterstützung der Kinder in der Haus- und Feldarbeit ange- wiesen. Teilweise wird eine lange Schulaus- bildung auch nicht für sinnvoll erachtet, weil es auf dem Land kein entsprechendes Ar- beitsplatzangebot gibt. Im Jahr 2006 existierten

in Sichuan noch 42 Bezirke, in denen die Grundschul- bildung nicht flächendeckend durchgesetzt werden konnte. Von diesen befanden sich 32 in den ländlichen Gebirgsregionen (vgl. Luo 2006: 23).

Sichuan entwickelt sich demnach auch im Hinblick auf das Bildungssystem uneinheitlich. In vielen ländlichen Gebieten, die teilweise von ethnischen Minderheiten wie den Yi, den TibeterInnen und den Qiang bewohnt werden, sind durchschnittliche Dauer und Qualität der Schulbildung wesentlich niedriger als in den städ- tischen Gebieten. Von diesem Problem sind auch viele andere Provinzen betroffen, weshalb die nationalen Behörden seit einigen Jahren versuchen, zusammen mit den Provinzen die Situation zu verbessern.

Bis zum Jahr 2020 soll das Bildungsniveau der ländli- chen Gebiete, in denen viele ethnische Minderheiten leben, an das der weiter entwickelten Gebiete angeglic- hen werden. Dazu wurden in den letzten 10 Jahren 6,1 Mrd. Yuan (= 542,51 Mio. Euro) investiert. Insbesonde- re in Bezug auf die Gewährleistung der kostenfreien sechsjährigen Grundschulbildung hat man hier Fort- schritte erzielt. Auch der bilinguale Unterricht in Man- darin und den verschiedenen ethnischen Sprachen wurde ausgebaut. Außerdem wird das sogenannte „9 plus 3“ Projekt umgesetzt, wonach SchülerInnen nach



Schülerinnen der Hei Hu Primary School Sichuan, Foto: Gill Penney/Flickr.com

erfolgreichem Abschluss der 9. Klasse 3 Jahre lang freien Zugang zur mittleren Berufs- und Fachausbildung haben. Von diesem Programm sollen in Sichuan bereits 10.000 tibetanische SchülerInnen profitiert haben (vgl. Chunzhe 2009: o. p.).

Austausch mit NRW-Schulen

In NRW gibt es derzeit 22 Gymnasien, drei Gesamtschulen und drei Berufsschulen mit internationalen Kontakten nach China. Einige dieser Schulen unterhalten dabei auch Beziehungen mit Schulen in der NRW-Partnerprovinz Sichuan. Die Anzahl von Schulen mit Chinesisch-Unterricht in NRW liegt bei 56. Die Kultusministerkonferenz und das Schulministerium NRW werben für den Unterricht chinesischer Sprache und Kultur: „[dieser] eröffnet neue Horizonte und ist eine wichtige Zusatzqualifikation für junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt, die berufliche Chancen verbessert und das persönliche Leben bereichert“ (Schulministerium.NRW.de / vgl. NRW 2006). Chinesisch wird in der Regel als Grundkurs in der Oberstufe unterrichtet (4-stündig), kann aber auch in der Jahrgangsstufe 8 beginnen (Differenzierung). Derzeit wird Chinesisch an einer Gesamtschule auch als 2. Fremdsprache der Klasse 6 erprobt.

Die Integrierte Gesamtschule Bonn-Beuel pflegt seit dem Jahr 2000 eine Partnerschaft mit der Shude High School in Chengdu, der Hauptstadt von Sichuan. Dieses Austauschprogramm wurde ermöglicht, nachdem der damalige Bonner Schulleiter, Jürgen Nimptsch, an einer Delegationsreise der Stadt Bonn im Rahmen der Sichuan – NRW Partnerschaft teilgenommen hatte. Nach mehreren Gesprächen wurde eine offizielle Vereinbarung mit der Kulturabteilung der Stadt Chengdu unterzeichnet (vgl. Stadt Bonn 2007: o. p.).

Zunächst basierte der Austausch auf gegenseitigen Besuchen der Scholorchester, die im jeweiligen Gastland auch Konzerte aufgeführt haben. Heute wird der Austausch dadurch begünstigt, dass die Gesamtschule Bonn-Beuel Chinesisch als Fremdsprache in der gymnasialen Oberstufe anbietet. In den Jahrgangsstufen 11, 12 und 13 gibt es je einen Chinesischkurs mit 18–24 SchülerInnen. Anfangs fand der Austausch jährlich, dann in 2-Jahres Abständen statt. TeilnehmerInnen sind die SchülerInnen der Chinesischkurse, die auch landeskundlich auf den Austausch vorbereitet werden, und Lehrkräfte der Schule. Nach den Besuchen bleiben viele der deutschen und chinesischen SchülerInnen in Kontakt, etwa über E-Mail und Skype.

Austausch im Hochschulbereich

Insgesamt gab es im Jahr 2009 in Sichuan 92 Einrichtungen im höheren Bildungsbereich, die von mehr als einer Million Studierenden besucht wurden. Dies entspricht einer durchschnittlichen Immatrikulationsquote von 22 %. Das Studium ist gemäß dem Bachelor/Master-System unterteilt, wobei weniger als die Hälfte der Bachelor-AbsolventInnen in Sichuan ein Masterstudium anhängen. Nach eigenen Angaben hat die Provinzregierung Sichuan im Jahr 2008 insgesamt 300 Mio. Yuan (= 26,68 Mio. Euro) für (Teil-)Stipendien zur Verfügung gestellt.

Die Provinzhauptstadt Chengdu nimmt im Bildungsbe- reich eine zentrale Stellung ein. Alleine 18 Hochschulen befinden sich dort, darunter mit der Universität Sichuan (Sichuan University) auch eine unter den besten des Landes gelistete Universität. Darüber hinaus gibt es zahlreiche internationale Schulen, die verschiedene Schwerpunkte in der Fremdsprachen-Ausbildung setzen und einen guten Ruf genießen.⁴²

Nach Angaben des nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministeriums bestehen Kooperationen mit Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie mit etwa 100 Hochschulen in ganz China (vgl. NRW 2011: o.p.). Mit den Partnerprovinzen Jiangsu und Sichuan wurden zahlreiche Vereinbarungen zur Zusammenarbeit bei Hochschulkooperationen, Studierendenaustausch, Förderung von NachwuchswissenschaftlerInnen, wirtschaftsorientierter Ausbildung und dem Forschungstransfer getroffen. Die Kooperationsvereinbarungen betreffen nicht nur sprach- und wirtschaftswissenschaftliche Fachbereiche, sondern z.B. auch die agrarwirtschaftliche Zusammenarbeit wie zwischen der Landwirtschaftlichen Universität Sichuan (Sichuan Agricultural University) und der Fachhochschule Südwestfalen.

Im Wintersemester 2010/11 haben rund 5.700 ChinesInnen an Hochschulen in NRW studiert, was knapp 20 % der insgesamt in Deutschland studierenden ChinesInnen entsprach. Die AbsolventInnen werden bei einer Rückkehr in ihre Heimat auf dem chinesischen Arbeitsmarkt stark umworben, haben aber auch in Deutschland infolge des Fachkräftemangels zunehmend gute Chancen auf einen Arbeitsplatz (vgl. Der Westen 2010: o.p.).

42 Vgl. Homepage mit Links zu Hochschulen in Chengdu: <http://www.chengdu.gov.cn/echengdu/news/detail.jsp?id=222943>

Insgesamt gibt es in NRW fünf Universitäten mit Instituten für Sinologie oder Asienwissenschaften. Diese befinden sich in Bochum, Bonn, Duisburg-Essen, Köln und Münster. Außerdem gibt es zahlreiche andere China-bezogene Einrichtungen wie etwa die Chinesisch-Deutsche Technische Fakultät der Universität Paderborn. Im ‚China-NRW-Universitäts-Bündnis‘ (China-NRW University Alliance) haben sich die Universitäten von Köln, Bielefeld, Dortmund, Münster, Paderborn

und Wuppertal zusammengeschlossen und möchten gemeinsam ihre Partnerschaften mit China koordinieren und intensivieren. Auf der Homepage des Bündnisses sollen Studierende aus China und NRW über Austausch- und Studienmöglichkeiten informiert werden. Dabei wird mit dem Wirtschaftsstandort NRW, der guten Infrastruktur und Innovationsfähigkeit geworben. Auch im Hochschulbereich ist ein vermehrtes Interesse an China als Wirtschaftspartner verbreitet.

► 4.3 Fujian: Bildungschancen der ‚zurückgelassenen Kinder‘

Mehr als eine Million Kinder besuchten in der Provinz Fujian im Jahr 2009 einen Kindergarten. Damit lag die Besuchsquote nach Angaben der Provinzregierung bei 90,5%, was einer 1,2-prozentigen Steigerung gegenüber dem Vorjahr entsprach. Die Schulbesuchsrates stieg ebenfalls leicht – auf 99,97% im Grundschulbereich und 97,47% für die Mittelschulen. Die Klassen 10 – 12 (Oberschule) besuchten im selben Jahr immerhin noch 80% der Jugendlichen der entsprechenden Altersklassen – eine Steigerung von 3,7% gegenüber dem Vorjahr (vgl. Fujian 2010: o.p.).

Der Anteil von AnalphabetInnen an der Gesamtbevölkerung (im Alter von 15 Jahren und älter) liegt mit 8,5% noch über dem nationalen Durchschnitt (7,1%). Dabei lässt der wesentlich höhere Frauenanteil – 12,9% gegenüber 3,9% bei der männlichen Bevölkerung – darauf schließen, dass im gesamten Schulbereich Frauen in der Unterzahl sind und Mädchen eher auf einen Schulbesuch verzichten müssen als ihre männlichen Altersgenossen.

Nach aktueller Auskunft der rheinland-pfälzischen Landesregierung gibt es insgesamt 16 Schulen in RLP mit partnerschaftlichen Verbindungen nach China, darunter hauptsächlich Berufsschulen und Gymnasien, aber auch Realschulen und eine Grundschule. Es bestehen dabei zwei Partnerschaften mit Schulen in der Provinz Fujian: Sowohl das Peter-Altmeier-Gymna-

sium in Montabaur als auch die Carl-Zuckmayer Realschule in Nierstein haben eine Partnerschule in der Stadt Xiamen.

Im Rahmen des Austauschprogramms haben deutsche LehrerInnen und SchülerInnen der Carl-Zuckmayer Realschule im Jahr 2009 die Tongan-Mittelschule in Fujian besucht. Dies war bereits der zweite Besuch, nachdem im November 2007 13 SchülerInnen zusammen mit einem Lehrer und einer Dolmetscherin zehn Tage mit und bei SchülerInnen der Tongan-Mittelschule in Xiamen verbrachten. Dieser erste Besuch wurde durch die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Fujian ermöglicht und vom Außenministerium der Provinz Fujian organisiert. Der Austausch bestand aus gemeinsa-



Nicht alle WanderarbeiterInnen lassen ihre Kinder zurück: Kinder aus Sichuan, die bei ihren Eltern in Fujian leben, Foto: Fritz Hofmann

mem Unterricht in englischer Sprache, Aufenthalt in Gastfamilien, dem Kennenlernen chinesischer Kultur – Kalligraphie, Kung Fu und Tanz sowie gemeinsamen Ausflügen. Auf chinesischer Seite durften diejenigen SchülerInnen teilnehmen, die gute Schulleistungen erbracht haben und deren Familien über ausreichende Englischkenntnisse verfügen (vgl. Realschule Nierstein 2009: o.p.).

Im Rahmen der Städtepartnerschaft Trier – Xiamen wurden in zwei Trierer Gymnasien Arbeitsgemeinschaften eingerichtet, in denen die chinesische Sprache erlernt werden kann und in denen SchülerInnen ebenso eine Einführung in die chinesische Kultur erhalten. Der Unterricht wird teilweise vom Konfuzius-Institut Trier unterstützt. Im Jahr 2012 soll ein erster Schüleraustausch stattfinden. Chinesischen Sprachunterricht gibt es nur selten an rheinland-pfälzischen Schulen. Für das Schuljahr 2007/08 hat die Landesregierung vier Gymnasien aufgelistet, in denen ca. 120 SchülerInnen Chinesisch-Unterricht haben (vgl. RLP 2008: 3).

Die ‚zurückgelassenen Kinder‘ von Fujian

Das Bildungssystem von Fujian ist von den Migrationsbewegungen in China (vgl. Kap. 2) in doppelter Hinsicht betroffen. Erstens werden die Kinder der nach Fujian migrierenden ArbeiterInnen aufgrund verschiedener Faktoren im Schulsystem benachteiligt und zweitens lassen viele der in die angrenzenden Provinzen auswandernden ArbeiterInnen ihre Kinder in Fujian zurück. Diese ‚Zurückgelassenen‘ (‚left behinds‘) haben teilweise ebenfalls schlechtere Bedingungen für ihre Ausbildung.

Im Jahr 2007 wurden 29% der ‚zurückgelassenen Kinder‘ in Fujian als „arm in akademischer Leistung und Disziplin“ (CLB 2009: Teil 1) erfasst. Begründet wird dies häufig damit, dass die Erziehung der Kinder aufgrund der weiten Distanz zu den Eltern vernachlässigt wird. In besonders strukturschwachen Regionen Chinas beträgt der Anteil der zurückgelassenen Kinder an den unter 16-Jährigen bis zu 50%. Dabei werden allerdings auch diejenigen Kinder als zurückgelassen bezeichnet, bei denen nur ein Elternteil migriert ist. Die von beiden Eltern zurückgelassenen Kinder leben bei Verwandten, nicht selten bei den Großeltern. Diese haben häufig ein geringes Bildungsniveau und können daher wenig Einfluss auf die Schulleistung der Kinder nehmen. Allerdings sind die nachteiligen Bildungschancen der zurückgelassenen Kinder von MigrantInnen auch darauf zurückzuführen, dass ihre Familien häufig einem

ländlich armen Umfeld entstammen, das generell eine niedrigere Qualität des Bildungssystems aufweist. Dabei ist die Finanzierung einer längeren Schulbildung oft ein Hauptantrieb der Eltern für die Migration (vgl. CLB 2009: Teil 1) – gleichzeitig müssen sie in Kauf nehmen, weit entfernt von den Kindern zu leben, ihre Heimat nur selten besuchen zu können und die Erziehung weitestgehend an Verwandte abgeben zu müssen.

Xiamen, die Hauptstadt von Fujian, war als Sonderwirtschaftszone wirtschaftlich schon früh weit entwickelt und hat somit ArbeitsmigrantInnen aus dem ländlichen Fujian und anderen Provinzen angezogen. Infolge des Hukou-Systems (vgl. Kapitel 2, S. 26) sind MigrantInnen hier zwar als ArbeiterInnen, nicht aber als BewohnerInnen willkommen. Nur wenige können ein permanentes Bleiberecht erwirken, etwa durch den Kauf eines Apartments. Nicht zuletzt die Kinder – im Jahr 2000 lebten bereits 30.000 Kinder von MigrantInnen im Alter zwischen 6 und 14 Jahren in der Stadt – spüren inner- und außerhalb der Schule die soziale Stigmatisierung. In einer empirischen Studie berichtet Lu Wang von Kindern, die von AltersgenossInnen als „wilde Kinder“ oder „fremde Hunde“ beschimpft werden (Wang 2006: 30). Auch wenn sie die Vorzüge des städtischen Lebens schätzen, fühlen sich viele verunsichert, ausgegrenzt und unwohl. Insbesondere im Bildungssystem werden die Kinder von MigrantInnen systematisch benachteiligt. Die erste Hürde besteht darin, dass Kinder von MigrantInnen im Gegensatz zu den städtisch registrierten Kindern häufig Einstiegstests absolvieren müssen, um aufgenommen zu werden (vgl. Wang 2006: 34). Darüber hinaus werden in den Schulen Extra-Gebühren für Kinder von MigrantInnen erhoben, etwa für Schuluniformen oder Verpflegung. Da MigrantInnen ohnehin zu den Geringverdienenden der Provinzen zählen, bedeuten hohe Schulgebühren nicht selten eine Verkürzung der Schulbesuchsdauer. Alternativ entstehen private Schulen für Kinder von MigrantInnen, die zwar niedrigere Gebühren erheben, zumeist aber auf Profit ausgerichtet sind und eine wesentlich schlechtere Qualität haben. Viele dieser Schulen sind semilegal und der Willkür von Behörden unterworfen. Infolge schlechter Ausbildungsqualität haben die Kinder von MigrantInnen auch kaum Chancen auf Arbeitsstellen, die einen sozialen Aufstieg und eine formale Aufenthaltsgenehmigung ermöglichen (vgl. Wang 2006: 40).

Insgesamt weisen viele Kinder von MigrantInnen einen verhältnismäßig niedrigen Bildungsstand auf, brechen häufiger die Schule vorzeitig ab und erzielen schlechtere Abschlüsse als andere Kinder gleichen Alters (vgl. CLB 2009: Teil 2). Je höher der Bildungsabschluss, desto

schwieriger wird es für die Kinder von MigrantInnen: Um z.B. studieren zu können, müssen sie zunächst in ihre Provinzen zurückkehren und dort am Hochschulzugangstest teilnehmen. Dabei sinken die Erfolgsaussichten, weil sie mit einer neuen Schule und einem neuen Umfeld konfrontiert sind.

Kontakte der Hochschulen

Rheinland-pfälzische Hochschulen mit sinologisch ausgerichteten Instituten gibt es in Ludwigshafen am Rhein (Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt China), Mainz und Trier (vgl. DGA 2011: o.p.). Außerdem unterhalten eine Reihe anderer Hochschulen und Fachbereiche Kontakte mit China. Im Mai 2010 hat die Johannes Gutenberg-Universität Mainz mit acht weiteren rheinland-pfälzischen Hochschulen eine gemeinsame China-Woche durchgeführt. Eine Delegation von zehn chinesischen Universitäten besuchte dabei neben

Mainz auch die Hochschulen in Worms, Kaiserslautern, Trier, Koblenz und Bingen. Das Konzept der China-Wochen wurde von der bundesweiten Hochschulrektorenkonferenz ins Leben gerufen und soll dazu beitragen, „die Zusammenarbeit mit den Partnerhochschulen zu vertiefen, die Studierenden- und Dozentenmobilität auszubauen sowie multilaterale Beziehungen zu initiieren“ (DCJWB 2010).

Für Fujian gibt die Provinzregierung für das Jahr 2009 im Hochschulbereich eine Besuchsquote von 24,4% (der entsprechenden Jahrgänge der Gesamtbevölkerung) an, was einer leichten Steigerung gegenüber den Vorjahren entspricht. Außerdem liegt die Immatrikulationsquote knapp 3 Prozentpunkte über derjenigen von Sichuan. Dies ist damit zu begründen, dass Fujian zu den entwickelten westlichen Küstenregionen gehört und über ein besseres Bildungsangebot als das ländliche Sichuan verfügt.

► 4.4 Shandong: Kostenfreie Bildung zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Im Grundschulbereich liegt die Schulbesuchsquote nach Angaben der Provinzregierung von Shandong bei 99,9%, für die Mittelschulen bei 98,9%. Die große Differenz zwischen Neuanmeldungen und Abschlüssen der Mittelschulen kann allerdings nicht alleine mit unterschiedlich starken Geburtenjahrgängen erklärt werden, sondern lässt darauf schließen, dass gerade im mittleren Bildungsbereich eine hohe Abbruchquote existiert. Die absoluten Zahlen für die verschiedenen Schulformen liegen etwa in der Größenordnung von Sichuan, das jedoch insgesamt über 10 Mio. EinwohnerInnen mehr aufweist. Ein beachtlicher Unterschied besteht indes im Hochschulbereich, in dem Shandong eine halbe Millionen mehr Studierende als Sichuan – und mit 800.000 knapp die doppelte Anzahl an Master-Studierenden verzeichnet. Mit 1,6 Mio. Studierenden an höheren Bildungseinrichtungen hat Shandong nach eigenen Angaben 2009 einen prozentualen Zuwachs der Studierendenzahlen von knapp 4% erreicht. Nach Ministeriumsangaben⁴³ gibt es in Bayern derzeit 40 Schulpartnerschaften zwischen bayerischen und chinesischen Schulen. Davon bestehen fünf Partnerschaften zu Schulen aus der bayerischen Partnerprovinz Shandong. Im Schuljahr 2009/2010 haben insgesamt 1.248 SchülerInnen an Austauschmaßnahmen mit Schulen in China teilgenommen, davon beteiligten sich 46 SchülerInnen (25 Bayern; 21 Chinesen) an Einzelaustauschmaßnahmen. Gegenüber den Austausch-

projekten des Vorjahres wird die Zunahme von bayerisch-chinesischen Schulaustauschprogrammen mit 8,5% beziffert, gegenüber dem Schuljahr 2005/2006 sogar mit 47%.

Neben den Austauschprogrammen gibt es in Bayern derzeit 29 Schulen, die Chinesischunterricht anbieten. Die im Vergleich zu den Schulpartnerschaften geringere Anzahl ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass es zu wenige Lehrkräfte gibt, die die chinesische Sprache beherrschen und unterrichten können. Zugleich wird aber auch deutlich, dass ein Austausch mit chinesischen Schulen nicht notwendigerweise an die gleichzeitige Vermittlung von Sprachkenntnissen gekoppelt sein muss. An einigen chinesischen Partnerschulen wird auch Deutsch unterrichtet oder man verwendet die gemeinsame Fremdsprache Englisch zur Verständigung. Wenn die Sprachkenntnisse der SchülerInnen und LehrerInnen auf beiden Seiten für Begegnungen nicht ausreichen, werden teilweise auch DolmetscherInnen eingesetzt. Als besonders wichtig für die Austauschprogramme gilt der persönliche Kontakt zwischen den SchulleiterInnen. Gemeinsam können dann Mittel und Wege für eine Partnerschaft gefunden werden.

43 Schreiben vom 17.11.2011



Hochschulbereich

In Bayern gibt es sinologische Institute an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (vgl. DGA 2011: o.p.). Bayerisch-chinesische Hochschulkooperationen gibt es sowohl in sozial- als auch naturwissenschaftlichen Fachgebieten. Bereits im Jahr 2008 hat es mehr als 110 Kooperationsabkommen zwischen bayerischen und chinesischen Hochschulen gegeben. Der Austausch wird durch das an der Universität Bayreuth angesiedelte Bayerische Hochschulzentrum für China unterstützt, einer Serviceeinrichtung für alle staatlichen Hochschulen in Bayern (vgl. <http://www.baychina.org/wordpress>). Studierende werden hier über Austauschprogramme informiert, außerdem sollen der Austausch zwischen DozentInnen, Forschung und Lehre gefördert sowie Kontakte zu chinesischen Institutionen und WissenschaftlerInnen hergestellt werden.⁴⁴ Im Wintersemester 2007/2008 haben 2.674 chinesische StudentInnen an bayerischen Hochschulen studiert.⁴⁵

Im Bildungsbereich gibt es auch eine Kooperation zwischen der Provinz Shandong und der deutschen Hanns-Seidel-Stiftung. Das Projekt ist in der Stadt Qingzhou angesiedelt und umfasst ein Berufspädagogisches Fortbildungszentrum für Lehrerfortbildungen sowie verschiedene Beratungs- und Schulungsangebote mit dem Schwerpunkt berufliche Bildung.⁴⁶

Nach chinesischen Informationen gibt es in Shandong 126 Universitäten und andere Einrichtungen höherer Bildung. Die größten Hochschul-Zentren sind die Provinzhauptstadt Jinan im Landesinneren (15 Hoch-

schulen) sowie die Küstenstadt Qingdao im Osten der Provinz (Neun Hochschulen und fünf internationale Schulen).

Teure Schulbildung – billige Arbeitskräfte

Nach dem Gesetz ist die neunjährige Schulausbildung in allen chinesischen Provinzen verpflichtend und muss kostenfrei sein. Tatsächlich können viele Provinzen und Distrikte die Finanzierung aber nicht leisten und suchen nach alternativen Finanzquellen. Über die Verwendung von Steuer- und Spendenmitteln hinaus werden häufig Schulgebühren erhoben, auch wenn diese formal nicht zulässig sind. Eine besonders dramatische Variante der Mittelakquise ist der Einsatz von Schulkindern als Arbeitskräfte. Dabei müssen die Kinder in den Ferien oder zusätzlich zum Schulunterricht etwa bei Ernteeinsätzen helfen oder sie werden in Herstellungsbetrieben eingesetzt (vgl. Aldi-Studie 2007 von SÜDWIND). Kinderarbeit von unter 16-Jährigen ist in China verboten. China hat die UN-Kinderrechtskonvention und das ILO-Übereinkommen 182 über das Verbot der Kinderarbeit ratifiziert. Allerdings sind sogenannte „Arbeits- und Studien“-Programme erlaubt, in denen Arbeitserfahrung gesammelt werden soll. Die NGO ‚Human Rights Watch‘ kritisiert, dass chinaweit mit Kenntnis des Bildungsministeriums in mehr als 400.000 Schulen Arbeitseinsätze von SchülerInnen durchgeführt werden, die alleine der Schulfinanzierung dienen und in denen gegen grundsätzliche Ge-

44 <http://www.baychina.org/wordpress/>

45 <http://www.bayern-shandong.com.cn/de/cib.asp>

46 <http://www.hss.de/internationale-arbeit/regionen-projekte/asien/china/qingzhou-bfz-provinz-shandong.html>

sundheits- und Sicherheitsbestimmungen verstoßen wird (vgl. Human Rights 2007: o.p.).

Eine extreme Form der Kinderarbeit ist insbesondere in ärmeren, ländlichen Regionen nach wie vor verbreitet. Kinder verlassen dabei noch vor dem 16. Lebensjahr die Schule und suchen Arbeit in einer Fabrik, teilweise werden sie dazu von Mittelsmännern in weit entfernte Fabriken gebracht, z.B. auch nach Shandong. Hier arbeiten sie für wenige Euro pro Woche unter widrigen Bedingungen in Textilfabriken oder anderen Betrieben und müssen so einen Beitrag zum Haushaltseinkommen der Familie leisten. Weit weg von der Heimat verlieren die Kinder alle sozialen Bindungen und sind als entrechtete Arbeitskräfte den Fabrikbesitzern und dem Großstadtdschungel ausgeliefert. Die NGO 'China Labour Bulletin' macht für diesen Missstand indirekt auch die Regierung verantwortlich. Weil die Kosten für die neunjährige Schulbildung – insbesondere in den ländlichen Regionen – zu hoch sind, scheuen die Eltern ab einem bestimmten Alter ihrer Kinder oft vor weiteren Bildungskosten zurück und entscheiden sich dafür, die Ausgaben zu sparen und ihre Kinder arbeiten zu lassen (vgl. Human Rights 2007: o. p.).

Vom Land zur Arbeit in die Stadt – Erfahrungsbericht eines Jungen

Der 15-jährige Ji Ke Ri Sha hat mehr als ein Jahr lang in Fabriken verschiedener Provinzen gearbeitet, auch in Shandong. Mit der Subsistenzwirtschaft alleine konnte die Familie sich nicht mehr ernähren, so hat sich der Junge auf die Suche nach einem Arbeitsplatz gemacht und noch vor seinem 15. Geburtstag in vier verschiedenen Fabriken gearbeitet. Einwohner aus Liangshan (ländliches Sichuan) berichten, dass die Kinder teilweise bereits mit 12 Jahren von Kinderhändlern mithilfe von gefälschten Ausweisen in weit entfernte Küstenstädte transportiert werden, um dort zu arbeiten. Die Kinder kommen aus bitterarmen Familien und wohnen in weit entlegenen Dörfern. Häufig sprechen sie kein Mandarin. Viele Kinder begeben sich freiwillig auf die Reise, einige auch mit Erlaubnis der Eltern. Über die verheerenden Auswirkungen sind sie nicht informiert. Die Kinder arbeiten in 12-Stunden Schichten, sieben Tage die Woche für weniger als 90 US-Dollar im Monat. Der Schlepper von Ji Ke Ri Sha hat die Hälfte des Lohns als „Vermittlungsgebühr“ bekommen. (Quelle: Barboza 2008: o.p.)

► 4.5 Schlussbetrachtung

Der bildungspolitische Austausch zwischen chinesischen und deutschen Provinzen und Städten hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Mehrere tausend SchülerInnen und StudentInnen nehmen jedes Jahr an Austauschprogrammen teil, verbringen einige Semester an chinesischen bzw. deutschen Hochschulen oder erlernen die fremde Sprache. Den jungen Menschen geht es in erster Linie um den kulturellen Austausch und die Neugier auf unbekannte Länder, Sprachen und Gebräuche. Diese Entwicklung ist in jedem Fall zu begrüßen und trägt wesentlich zu Völkerverständigung, Toleranz und Weltoffenheit bei.

Gerade in Bezug auf sein Bildungssystem hat sich China enorm entwickelt. Die neunjährige Pflichtschulbildung wird größtenteils durchgesetzt, zahlreiche Stipendienprogramme wurden eingeführt und die Zahl der HochschulabsolventInnen hat sich seit dem Jahr 2000 vervierfacht. Trotzdem ist der enorme Konkurrenzdruck im Bildungssektor ungebrochen. Um Eliteschulen und Spitzen-Universitäten besuchen zu können, sind viele SchülerInnen schon im Kindesalter

einem sehr großen Lernpensum ausgesetzt. Nicht alle können die hohen Erwartungen ihrer Eltern bzw. des Bildungssystems erfüllen.

Bisher liegen die Bildungsausgaben in China weit unterhalb der für das Jahr 2012 geplanten 4% des BNE und damit hinter dem Wert anderer Schwellenländer wie Brasilien oder Südafrika. Teure Universitäten und Oberschulen sowie versteckte Schulgebühren in der Grundschulbildung sind die Folge. Diese belasten das knappe Budget einkommensschwacher Familien zu sehr. Trotz der positiven Meldungen über Alphabetisierung, Schulbildung und Absolventenzahlen wird ein erheblicher Anteil junger Menschen vor allem in ländlichen Regionen ‚abgehängt‘. Besonders verheerend ist die Situation für die Kinder von MigrantInnen, ethnischen Minderheiten und extrem armen Familien. Es ist zu hoffen, dass die chinesische Regierung ihre Bemühungen zur Bekämpfung der Bildungsdiskrepanz zwischen Arm und Reich, West und Ost sowie Land und Stadt intensiviert.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Wanderarbeit, Arbeitsrecht und Arbeitskämpfe, Bildungssituation – die in dieser Broschüre dargestellte Themenpalette zeigt, dass die Reformen der letzten 30 Jahre in China zu großen Umbrüchen geführt haben. Dabei fällt auf, dass die sozialen Realitäten Chinas und Deutschlands einige Parallelen aufweisen. Diese werden besonders in den Prozessen sozialer Spaltung sichtbar: Neben der chinesischen Mittelschicht, die als Zielgruppe auch von europäischen Unternehmen in den Blick genommen wird, ist mit den WanderarbeiterInnen Chinas eine weitere soziale Schicht entstanden, die den neuen chinesischen Wohlstand zwar erwirtschaftet, die aber bisher kaum von ihm profitiert. Dies machen nicht nur die nach wie vor schlechten, oft informellen Arbeitsbedingungen deutlich, denen das Gros der WanderarbeiterInnen ausgesetzt ist (vgl. Kapitel 2), sondern auch der schlechtere Zugang zu Bildung und Ausbildung für Kinder von MigrantInnen (vgl. Kapitel 4). Diese Problematik kennzeichnet auch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands: Der hohe Anteil von MigrantInnen im Niedriglohnssektor, die Schwierigkeiten irregulär in Deutschland lebender MigrantInnen z.B. Lohnansprüche durchzusetzen sowie die anhaltenden Probleme von MigrantInnen und ihren Kindern im Bildungs- und Ausbildungsbereich verdeutlichen dies.

Dargestellt wurde auch, dass sich der temporäre Charakter der Wanderarbeit in China ändert. Während die Binnenmigration in China lange als zirkuläre und damit temporäre Migration verstanden werden konnte, zeichnet sich die neue Generation der WanderarbeiterInnen durch einen stärkeren Wunsch nach dauerhafter Niederlassung in den Städten aus. Damit entstehen neue Herausforderungen für ihre soziale Sicherung, für ihre Lohnforderungen und für ihre Forderungen nach einer Interessenvertretung (vgl. Kapitel 3). Eine parallele Entwicklung erlebt Deutschland durch den Zuzug internationaler MigrantInnen.

Der soziale Umbruch in China eröffnet Perspektiven für die Entwicklung der chinesischen Zivilgesellschaft sowie für einen Wandel staatlicher Organisationen in China, wie z.B. dem ACGB. Noch ist zwar nicht deutlich, in welche Richtung sich der ACGB entwickelt und ob er sich in Zukunft stärker als Interessenvertretung der Beschäftigten oder weiter als Teil von Firmenmanagement bzw. Partei verstehen wird. Dennoch plädiert SÜDWIND dafür, die aktuelle Situation als Chance in den bestehenden partnerschaftlichen Beziehungen zu nutzen und einen Dialog zu den Themen zu beginnen, die sowohl in China wie in Deutschland strittige gesellschaftliche Fragen sind und die in dieser Broschü-

re skizziert wurden: In Deutschland wie in China spielt Migration bzw. Wanderarbeit eine wichtige ökonomische Rolle. In Deutschland wie in China sind die Verbesserung der Rechte von MigrantInnen, ihre soziale Sicherung, ihr Aufenthaltsstatus, die Bildungschancen ihrer Kinder politisch brisante Themen. Das gleiche gilt für die Frage von Mindestlöhnen, Zunahme des informellen Sektors, Interessenvertretung der Beschäftigten und sozialer Sicherung.

Im Bildungsbereich werden weltweit, auch in China und Deutschland, gute Schul- und Hochschulabschlüsse immer wichtiger für die berufliche Laufbahn und die Existenzsicherung. Der Arbeitsmarkt ist sehr umkämpft und mittlerweile gibt es in China wie in Deutschland eine nicht geringe Zahl von arbeitslosen AkademikerInnen. Der Erfolgsdruck setzt in China noch viel früher ein als in Deutschland, aber auch hierzulande werden die Bildungsaussichten wesentlich durch Herkunft und Bildungsstand der Eltern bestimmt. Wenngleich die Problemlagen in beiden Ländern sehr unterschiedlich sind, stehen beide Länder vor der Herausforderung, ihr Bildungssystem so zu gestalten, dass bisher benachteiligte Gruppen einen gleichberechtigten Zugang erhalten und Bildung zugleich nicht auf einen bloßen Wettbewerbsfaktor reduziert wird.

Ein Blick in die China-Partnerschaften von Bayern, NRW und RLP sowie Bonn, Regensburg und Trier zeigte, dass sie überwiegend, aber nicht ausschließlich, durch wirtschaftliche Kontakte und Interessen geprägt wurden. Wissenschaftliche Kooperation, Schüleraustausch und kulturelle Begegnung stellen ebenfalls wichtige Standbeine dar. Eine Kooperation zwischen Nicht-Regierungsorganisationen als Teil der Zivilgesellschaften steht hingegen allenfalls am Anfang, ein institutionalisierter Dialog über die politischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen in der globalisierten Welt unter Einbindung der zivilgesellschaftlichen Organisationen findet gar nicht statt. Deshalb veröffentlicht SÜDWIND begleitend zu der hier vorliegenden Broschüre einen Aktionsleitfaden, der Ansatzpunkte, nützliche Kontakte und Vorschläge für einen zivilgesellschaftlichen Dialog entwickelt und bündelt.

Wenn die Partnerschaften mit China einen Rahmen bilden könnten für einen solchen Dialog, dann könnten sie im Sinne der zwei Trierer StudentInnen, die ein Jahr in der Partnerstadt Xiamen verbrachten, zu einem kooperativen Chinabild in Deutschland beitragen.⁴⁷

47 <http://xiamen.blog.volksfreund.de/vorspann/>

Literaturverzeichnis

- AFW (2011): Living Wage for all! Press release 01.05.2011. In: Asia Floor Wage Campaign (<http://www.asiafloorwage.org/documents/AFW%20May%20Day%202011%20COMMON%20PRESS%20RELEASE.pdf>; letzter Zugriff: 10.01.2012).
- Amnesty (2011): Amnesty Report China. Jahresbericht Amnesty International der Sektion der Bundesrepublik Deutschland, o.p. URL: <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2011/china> (letzter Abruf: 06.02.2012).
- Australian Government (2011): Country Advice China (China – CHN38575 – Temporary Hukou – Fujian – Crackdown 2008), 21.04.2011 (<http://www.mrt-rrt.gov.au/Country-Advice/China/China/default.aspx?retain=true&pg=2>; letzter Zugriff: 06.02.2012).
- Barboza, David (2008): Child Labor Rings Reach China's Distant Villages. In: New York Times 10.05.2008 (<http://www.nytimes.com/2008/05/10/world/asia/10CHINA.html?pagewanted=all>; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- Bayerische Staatsregierung (2009): Zeil: „Über 22 Jahre hervorragende Wirtschaftsbeziehungen zu Shandong“, Pressemitteilung vom 21.04.2009 (<http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-1255.10244565/index.htm>; letzter Zugriff: 06.02.2012).
- Brandenburg, Uwe / Zhu, Jiani (2007): Higher Education in China in the light of massification and demographic change. Lessons to be learned for Germany. CHE Arbeitspapier Nr. 97, Gütersloh.
- Brückner, Lisa (2011): „Papiertiger“ oder effektives Sicherungsmodell – Das Sozialversicherungsgesetz der VR China tritt in Kraft (http://www.eu-china.net/web/cms/upload/pdf/materialien/eu-china-hintergrundinformationen1-2011_11-08-18.pdf; letzter Zugriff: 30.1.12).
- Cai Fang / Du Yang / Wang Meiyang (2009): Employment and inequality outcomes in China (<http://www.oecd.org/dataoecd/54/52/42546043.pdf>; letzter Zugriff: 05.01.2012).
- Chahoud, Tatjana (2008): Soziale Unternehmensverantwortung (CSR) und Arbeiterrechte in der VR China, Bonn (http://www.csr-weltweit.de/uploads/tx_jpdownloads/China_CSR__110308_1.pdf; letzter Zugriff: 25.01.2012).
- Chahoud, Tatjana (2011): Policies on Corporate Social Responsibility. In: Christoph Scherrer (Hg.), China's Labor Question, S. 158–181, München.
- Chan, John (2012): Streikausbruch in der Provinz Sichuan 10.01.2012, (<http://www.wsws.org/de/2012/jan2012/chin-j10.shtml>; letzter Zugriff: 18.01.12).
- Chunzhe, Zhao (2009): Sichuan plans 10-year overhaul for education in ethnic regions. In: chinadaily.com.cn 26.10.2009 (http://www.chinadaily.com.cn/ethnic/2009-10/26/content_8851265.htm; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- CLB (2009): The Children of Migrant Workers in China. In: China Labour Bulletin (<http://www.clb.org.hk/en/node/100459>; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- CLB (2011): Unity is Strength. The Workers' Movement in China 2009–2011 (China Labour Bulletin Research Reports, Oktober 2011) (http://www.clb.org.hk/en/files/share/File/research_reports/unity_is_strength_web.pdf; letzter Zugriff: 10.01.2012).
- Collet, Monika / Flock, Christian / Wünsch, Dorothea (2000): Direktkontakte NRW und VR China: Städtepartnerschaften: Rahmenbedingungen und künftige Gestaltung. In: Derichs, Claudia / Heberer, Thomas / Raszelenberg, Patrick (Hg.) (2001): Task Force – Ein Gutachten zu den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Ostasien – NRW. In: Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften. Nr. 35/2001. S. 23–40 (<http://www.oapol.uni-duisburg-essen.de/d/paper35.pdf>; letzter Zugriff: 06.02.2012).
- DCJWB (2010): Kalender: China-Wochen an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz/ Konsortium 9 rheinland-pfälzischer Hochschulen (<http://www.dcjwb.net/de/183.php?vnr=244>; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- Der Westen (2010): Warum Studenten aus China heftig umworben werden. In: Der Westen 04.10.201 (<http://www.derwesten.de/politik/campus-karriere/warum-studenten-aus-china-heftig-umworben-werden-id3793570.html>; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- Destatis (2011): Studierende in Deutschland nach Bundesländern (<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/BildungForschungKultur/Hochschulen/Tabellen/Content50/StudierendeInsgesamtBundeslaender,templateId=renderPrint.psml>; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- DGA (2011): Deutsche Gesellschaft für Asienkunde e.V. Links zu asienkundlichen Seminaren und Instituten (http://www.asienkunde.de/index.php?file=asienlinks_seminare_institute.html&folder=asienlinks#chi; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- Elmer-Dewitt, Philip (2011): The site of Friday's Explosion was massive 8-building complex thrown together in a record 7 days (<http://tech.fortune.cnn.com/2011/05/20/what-the-foxconn-explosion-means-for-apple/>; letzter Zugriff: 06.02.12).
- Fan, C. Cindy (2008): China on the Move: Migration, the State and the Households (<http://www.xn--fiqs8neu83v.com/uploads/E8%AF%BE%E6%9C%AC>

- %E5%92%8C%E8%AE%BA%E6%96%87/%E4%B8%AD%E5%9B%BD%E5%9F%8E%E5%B8%82/%5B59%5D%5B%E4%B8%AD%E5%9B%BD%E5%9F%8E%E5%B8%82%5D. Fan, C. %282008%29. China.on.the.Move_Migration,.the.state,.the.household.pdf; letzter Zugriff: 06.02.2012).
- Ferenschild, Sabine (2011): „Jede geht - warum nicht Du?“. Arbeitsmigration westafrikanischer Frauen – ein Blick nach Ghana, Marokko und in die EU, Siegburg
- Fischer, Paul (2007): 20 Jahre Beziehungen zwischen Bayern und Shandong – eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft. In: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, hg.v. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Themenheft 02/2007 (http://192.68.214.70/blz/eup/02_07_themenheft/1.asp, n.p.; letzter Zugriff: 06.02.2012)
- Focus online (2010): Westerwelle-Reisebegleiter: Mainz beendet Kooperation, die es nie gab (http://www.focus.de/politik/deutschland/westerwelle-reisebegleiter-mainz-beendet-kooperation-die-es-nie-gab_aid_489137.html; letzter Zugriff: 01.03.2012)
- Freedomhouse (2011): Freedom in the World Ländergutachten China. (<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011&country=8016>; letzter Zugriff: 13.10.2011).
- Fujian (2010): 2009 Fujian social undertakings flourishing. In: Fujian Provincial Bureau of Statistics of External Information Network > Information Disclosure > Statistical Analysis 07.04.2010 (<http://www.stats-fj.gov.cn/default.aspx> (Übersetzung); letzter Zugriff: 06.02.2012)
- Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland Kanton (2011): Wirtschaftsinformation zur Provinz Fujian. Stand März 2011 (http://www.kanton.diplo.de/contentblob/1884326/Daten/1343260/wi_info_FJ_downloaddatei.pdf; letzter Zugriff: 06.02.2012)
- Goodburn, Charlotte (2009): Learning from migrant education: A case study of the schooling of rural migrant children. In: Beijing Original Research Article International Journal of Educational Development, Band 29, S. 495–504.
- Grassi, Sergio (2008): Chinas Agrarreform – in Zeiten der globalen Finanzkrise (<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/china/05996.pdf>; letzter Zugriff: 05.01.12).
- Hartmann, Jürgen (2006): Politik in China. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Held, Ulrich / Merkle, Rita (2008): Deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen. Motivationen, Strukturen, Aktionsfelder. In: Dialog Global, hg.v. InWent gGmbH – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 19, Bonn.
- Hoffarth, Tobias / Schäfer, Tobias / Morazán, Pedro (2012): Das Wachstum steigt, die Armut bleibt. Mitteleinkommensländer, Süd-Süd Kooperation und globale Zivilgesellschaft. Siegburg.
- Huilin, Lu / Ngai, Pun (2010): Unvollendete Proletarisierung – Das Selbst, die Wut und die Klassenaktionen der zweiten Generation von BauernarbeiterInnen im heutigen China. In: Sozial.Geschichte Online 4, S. 36–69 (http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-26032/05_Pun_Lu_China.pdf; letzter Zugriff: 20.1.12).
- Human Rights (2007): China: End Child Labor in State Schools. ‚Work and Study‘ Programs Put Hundreds of Thousands of Children at Risk. Human Rights Watch 01.12.2007 (http://china.hrw.org/press/news_release/china_end_child_labor_in_state_schools; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- ILO (2008): Internationally Recognised Core Labour Standards in the People's Republic of China. Report for the WTO General Council Review of the Trade Policies of the People's Republic of China (http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/Chinal_Final-2.pdf; letzter Zugriff: 06.02.2012).
- Isserstedt, Wolfgang / Kandulla, Maren (2011): Internationalization of Higher Education Results of the 19th Social Survey of the Deutsches Studentenwerk (DSW) conducted by HIS Hochschul-Informationen-System hg.v. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (http://www.sozialerhebung.de/pdfs/Soz19_International_engl_INTERNET.pdf; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- Jia, Chen (2010): Country's wealth divide past warning level 12.05.2010 (http://www.chinadaily.com.cn/china/2010-05/12/content_9837073.htm; letzter Zugriff: 23.01.2012).
- Klein, Thoralf (2009): Geschichte Chinas. Von 1800 bis zur Gegenwart, Paderborn
- Kleinert, Uwe (2008): Die Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen in China (http://eu-china.net/web/cms/upload/pdf/materialien/kleinert_2008_verrechtlichung_der_arbeitsbeziehungen_in_china_08-08-14.pdf; letzter Zugriff: 23.1.2012).
- KMK (2011): Chinesisch an Schulen in Deutschland. Zusammenfassung der Ergebnisse einer Umfrage durch die Kultusministerkonferenz vom Frühjahr 2011 (http://www.kmk-pad.org/fileadmin/Dateien/download/VEROEFFENTLICHUNGEN/Auswertung_China2011.pdf; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- König, Antje (2010): Chinas wandernde Massen. Die rund 200 Millionen Wanderarbeiter und ihre Gründe zur Migration, Marburg.
- Kupfer, Kristin (2011): China – Tibet. In: Bundeszen-

- trale für politische Bildung (http://www.bpb.de/themen/4GQA2G,0,0,China_Tibet.html; letzter Zugriff: 20.12.2011).
- Land Sachsen (2012): Hubei / China (<http://www.internationales.sachsen.de/17542.htm>; letzter Zugriff: 01.03.2012).
- Lehrack, Dorit (2004): NGO im heutigen China – Aufgaben, Rolle und Selbstverständnis. In: Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften Nr. 57/2004 (<http://www.uni-due.de/in-east/fileadmin/publications/gruen/paper57.pdf>; letzter Zugriff: 13.10.2011).
- Luo, Peng (2006): Project for Sustainable Agriculture and Rural Development in Mountain Regions (SARD-M). Assessment of SARD-M Policies in the Hindu Kush – Himalayas: the case of Sichuan, China. Hgg. vom International Centre for Integrated Mountain Development (<http://www.fao.org/sard/common/ecg/2782/en/SARDMICIMODSummaryEnFinalNFax.pdf>; letzter Zugriff: 06.02.2012).
- Mass, Harald (2006): Mörderische Konkurrenz. Extremes Druck auf Chinas Schüler: Der Kampf um Studienplätze beginnt im Kindergarten. In: Tagesspiegel 05.01.2006 (<http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheits/moerderische-konkurrenz/672646.html>; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- Meuß, Katja (2007): Schule in China. In: Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, hg.v. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Themenheft 02/2007 (http://192.68.214.70/blz/eup/02_07_themenheft/1.asp, n.p.; letzter Zugriff: 06.02.2012).
- Ming, Shi (2011): Pekingente mit Clenbuterol. In: China werden bezahlbare Nahrungsmittel knapp. In: Le Monde diplomatique, Oktober 2011, S. 17, Berlin.
- Mischke, Roland (2011): Warum fahren Chinesen nach Trier? (http://www.welt.de/print/die_welt/reise/article12705164/Warum-fahren-Chinesen-nach-Trier.html; letzter Zugriff: 06.02.2012).
- Murphy, Rachel (2006): Domestic Migrant Remittances in China: Distribution, Channels and Livelihoods. Hgg. V. International Organization for Migration (http://www.iom.int/jahia/webdav/site/myjahiasite/shared/shared/mainsite/published_docs/serial_publications/mrs24.pdf; letzter Zugriff: 06.02.2012).
- Ngai, Pun / Wanwei, Li (2008): Dagongmei. Arbeiterinnen aus Chinas Weltmarktfabriken erzählen, Berlin und Hamburg.
- NRW (2006): Chinesisch an Schulen in Nordrhein-Westfalen. Warum sollen Schülerinnen und Schüler Chinesisch lernen? (<http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Unterricht/Faecher/Fremdsprachen/Sprachen/Chinesisch/ChinesischUnterricht/index.html>; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- NRW (2011): Binationale Zusammenarbeit. Partnerschaften in mehr als 100 Ländern (http://www.wissenschaft.nrw.de/hochschulen_und_forschung/internationales/binationale_zusammenarbeit/index.php; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- OpenPR (2011): Zwei junge tibetische Mönche in Ngaba aus politischen Gründen festgenommen. Pressemitteilung (<http://www.openpr.de/news/586890/Zwei-junge-tibetische-Moenche-in-Ngaba-aus-politischen-Gruenden-festgenommen.html>; letzter Zugriff: 20.12.2011).
- Opitz, Maren (2010): Wanderarbeiter und Hochqualifizierte. Chinas Migrationspolitik unter Druck (<http://www.kas.de/china/de/publications/22958/>; letzter Zugriff: 08.02.2012).
- Platthaus, Andreas (2011): Chinas großes Experiment. Was sich alles ändern soll. In: FAZ 19.11.2011 (<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/chinas-grosses-experiment-was-sich-alles-aendern-soll-11533086.html>; letzter Zugriff: 05.12.2011).
- Realschule Nierstein (2009): Artikel aus China von der Partnerschule. Übersetzung aus der chinesischen Zeitung vom 13.10.2009 (<http://www.realschule-nierstein.de/index.php/partnerschulen/artikel-aus-china-von-der-partnerschule.html>; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- RLP (2008): Landtag Rheinland-Pfalz. 15. Wahlperiode. Drucksache 15/1906. 12.02.2008 (<http://www.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/1906-15.pdf>; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- Ruhe, Bettina (1995): Städte- und Provinzpartnerschaften als Anbahnungsinstrument für wirtschaftliche Kooperation - Versuch einer Evaluierung am Beispiel der Volksrepublik China. In: Festschrift Friedrich Rebers, hg. von Ronald Mönch, Bremen 1995, S. 191–212.
- Ruixue, Bai (2011): The Role of the All China Federation of Trade Unions: Implications for Chinese Workers Today. In: Working USA – The Journal of Labor and Society, Volume 14, 19–39 (<http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1743-4580.2010.00318.x/pdf>; letzter Zugriff: 25.01.2012).
- SACOM (2011): Foxconn and Apple Fail to Fulfill Promises: Predicaments of Workers after the Suicides (<http://sacom.hk/archives/837> 6.5.2011; letzter Zugriff: 30.01.12).
- Sausmikat, Nora (2010): China viewed from the European Civil Society perspective. In: Asienstiftung / EU – China Civil Society Forum (Hg.): Civil Society in European-Chinese Relations. Challenges of Cooperation, Essen.
- Sausmikat, Nora (2011): Beschirmte Unabhängigkeit.

- Chinesische NGOs sind trotz staatlicher Gängelung partiell erfolgreich. In: Informationszentrum 3. Welt (iz3w), Juli/Aug 2011.
- Seffert, Birte (2003): China auf dem Weg zur Wissensgesellschaft: Entwicklung und Probleme im Pflichtschulbereich. In: GIGA China Aktuell Band 5, S. 578–591.
- Shan, Juan (2011): Mass migration, major problems. In: chinadaily.com.cn 10.10.11 (http://www.chinadaily.com.cn/china/2011-10/10/content_13858248.htm; letzter Zugriff: 06.02.12).
- Sio-ieng Hui, Elaine (2011): Understanding Labour Activism: The Honda Workers' Strike, in: Christoph Scherrer (Hg.), China's Labor Question, München, 133–151.
- Sichuan (2009): 60 Years' Glorious Achievements in Education of Sichuan Province (http://english.sc.gov.cn/ywbzt/200910/t20091010_829488.shtml; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- Stadt Bonn (2007): Partnerschaft mit der Shude High School Chengdu. Stand: 29.01.2007 (<http://www.gebonn.de/schule/partner/chengdu.htm>; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- Stadt Trier (2010): Rathaus aktuell: Xiamen neunte Partnerstadt von Trier, Pressemitteilung vom 11.11.10 (<http://cms.trier.de/stadt-trier/Integrale?MODULE=Frontend&ACTION=ViewPageView&Filter.EvaluationMode=standard&PageView.PK=15&Document.PK=28538>; letzter Zugriff: 09.12.11).
- Statistisches Jahrbuch China (2010): China Statistical Yearbook 2010 (<http://www.stats.gov.cn/tjsj/ndsj/2010/indexeh.htm>; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- Steiger, Saskia (2011): Migration in China. Eine empirische Untersuchung zu den Migrationsprozessen und deren Gestalten in der VR China am Beispiel der Provinz Sichuan, Diss. Berlin (<http://opus.kobv.de/tubertlin/volltexte/2011/3213/>; letzter Zugriff: 06.02.2012).
- Traub-Merz, Rudolf (2011): Lohnstreiks und Gewerkschaften in China – Ende der Niedriglohnpolitik? In: Friedrich-Ebert-Stiftung Internationale Politikanalyse (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/08233.pdf>; letzter Zugriff: 19.01.12).
- Traub-Merz, Rudolf (2011b): All China Federation of Trade Unions: Structure, Functions and the Challenge of Collective Bargaining (ILO, GLU Working Paper No. 13) (http://www.global-labour-university.org/fileadmin/GLU_Working_Papers/GLU_WP_No.13.pdf; letzter Zugriff: 8.11.11).
- UNESCO (2009): Global Education Digest 2009. Comparing Education Statistics Across the World. UNESCO Institute for Statistics (Hrsg.), Montreal.
- UNESCO (2011): Global Education Digest 2011. Comparing Education Statistics Across the World. UNESCO Institute for Statistics (Hrsg.), Montreal (<http://www.uis.unesco.org/Education/Pages/ged-2011.aspx>; letzter Zugriff: 24.01.2012).
- Wang, Lu (2006): The urban Chinese educational system and the marginality of migrant children. In: Fong, Vanessa / Murphy, Rachel: Chinese Citizenship. Views from the margins, S. 27–40, Oxon.
- Whats on Xiamen? (2010): Fujian strengthens efforts to settle wages for migrant workers (<http://www.whatsonxiamen.com/news16562.html>; letzter Zugriff: 01.03.2012).
- Wick, Ingeborg (2010): Schutz der Arbeit in Partnerschaftsabkommen mit China? Fallbeispiele Adidas, Metro, Aldi, Siegburg
- Wong, Daniel Fu Keung / Li, Chang Ying / Song, He Xue (2007): Rural migrant workers in urban China: living a marginalized life. In: International Journal of Social Welfare, Volume 16, Issue 1, S. 32–40 (<http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1468-2397.2007.00475.x/pdf>; letzter Zugriff: 06.02.2012).
- Wong, Staphany (2009): Auswirkungen der Finanzkrise auf Arbeitsbedingungen in China (<http://www.labournet.de/internationales/cn/wong1.pdf>; letzter Zugriff: 23.01.2012).
- Wu, Bin / Zheng, Yongnian (2008): Expansion of higher education in China: challenges and implications. China Policy Institute Briefing Series Issue 36, Nottingham.
- Zhu, Yu (2003): The Floating Population's Household Strategies and the Role of Migration in China's Regional Development and Integration. In: International Journal of population geography, Band 9, S. 485–502 (http://piasdgserver.usp.ac.fj/apmrn1/fileadmin/files/docs/china/China_1.pdf; letzter Zugriff: 06.02.2012).
- Zhu, Yu (2007): China's floating population and their settlement intention in the cities: Beyond the Hukou reform. In: Habitat International 31 (1): 65–76.
- Zhu, Yu / Chen, Wenzhe (2009): The Settlement Intention of China's Floating Population in the Cities: Recent Changes and Multifaceted Individual-Level Determinants. In: Population, Space and Place 16 (4): 253–267.
- Zenglein, Max J. (2011): Fragmented Minimum Wage System. In: Christoph Scherrer (Hg.), China's Labor Question, S. 70–96, München.
- Zhang, Wei / Apo, Leong (2009): The Rise and Demise of an Independent Trade Union in China: The Ole Wolff Trade Union Case (http://www.amrc.org.hk/alu_article/the_rise_and_demiseof_an_independent_trade_union_in_china_the_ole_wolff_trade_union_cas; letzter Zugriff: 25.01.2012).

Bitte schicken Sie mir:

- ☐ Publikation (Titel eintragen) _____
- _____
- ☐ Exemplare des SÜDWIND-Faltblatts (Anzahl): _____
- ☐ Informationen zur SÜDWIND-Stiftung
- ☐ Jahresbericht 2011
- ☐ Eine Publikationsliste
- ☐ Bitte setzen Sie mich auf den Verteiler für den vier Mal jährlich erscheinenden Newsletter.

Meine E-Mail-Adresse:

Schicken Sie das Material an folgende Adresse:

Name, Vorname _____

Ggf. Institution _____

Straße, Haus-Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte hier abtrennen und an SÜDWIND senden oder faxen.

☐ Ja, ich möchte Mitglied bei SÜDWIND e.V. werden!

Name/Vorname _____

Ggf. Institution _____

Straße, Haus-Nr. _____

PLZ, Ort _____

E-Mail _____

Telefon (freiwillige Angabe) _____ WC 13010

Beitragszahlung

Ein Lastschrifteinzug ist ein sicherer Weg, uns zu unterstützen. Sie helfen uns damit auch, Verwaltungskosten zu sparen.

☐ Lastschrifteinzug ☐ Überweisung ☐ Rechnung

Die Abbuchung soll erfolgen

☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich

Der Mindestbeitrag beträgt für **Privatpersonen** jährlich 70 €.

☐ 70 ☐ 100 ☐ 140 ☐ 210 _____ anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für **Institutionen** jährlich 250 €.

☐ 250 ☐ 500 _____ anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag für **Fördermitglieder** beträgt jährlich 25 €. Sie können Ihren Beitrag zur Unterstützung frei wählen!

☐ _____ anderer Beitrag

Bankverbindung

Bank _____

Kontonummer _____

Bankleitzahl _____

Kontoinhaber _____

Datum/Unterschrift _____

Spenden vermindern das zu versteuernde Einkommen. SÜDWIND e.V. ist als gemeinnützig anerkannt, so dass Privatpersonen bis zu zwanzig Prozent ihres zu versteuernden Einkommens beim Finanzamt geltend machen können. Hierzu erhalten sie automatisch eine Jahresspendenbescheinigung zum Jahresbeginn.

☐ Nein, ich möchte keine Spendenquittung erhalten!

Sie erhalten in Kürze eine schriftliche Bestätigung Ihrer Mitgliedschaft. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Mitmachen!

Wir leben von der Unterstützung unserer Mitglieder und Förderer. Setzen Sie sich mit SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ein. Wir möchten unabhängig bleiben, auch unbequeme Fragen stellen und nicht nur einfache Antworten geben. Bitte helfen Sie uns dabei.

Über unsere Veröffentlichungen erhalten Sie Anregungen dazu, was Sie selbst im alltäglichen Leben tun können, um sich gegen Armut und Ungleichheit einzusetzen. Wir bieten einen Einblick in aktuelle Forschungsergebnisse und berichten über die Arbeit von SÜDWIND mit zusätzlichen Hintergrundinformationen. Zur Unterstützung des Vereins entstand im Jahr 2007 die „SÜDWIND-Stiftung für internationale soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit“. Diese legt ihr Geld nach strengen ethischen und ökologischen Kriterien an.

Unsere Mitglieder und Förderer haben die Möglichkeit, die Arbeit von SÜDWIND mit zu gestalten. So tragen wir Themen und Forderungen im Namen unserer Mitglieder in Netzwerke, Gesellschaft und Politik.

Machen Sie mit!

SÜDWIND e.V.

Lindenstraße 58–60
D-53721 Siegburg

Tel.: +49 (0) 22 41-53 617
Fax: +49 (0) 22 41-51 308
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung des Vereins:

SÜDWIND e.V.
KD-Bank
Konto-Nr.: 99 88 77
BLZ 350 601 90

Bankverbindung der Stiftung:

SÜDWIND-Stiftung
Ethikbank Eisenberg
Konto-Nr.: 308 40 00
BLZ 830 944 95

China in Bewegung

Herausforderungen für deutsch-chinesische Partnerschaften

Seit knapp 30 Jahren unterhalten deutsche Bundesländer und Städte Partnerschaften mit chinesischen Provinzen und Städten. Sie begannen primär als Wirtschaftspartnerschaften, haben aber in den letzten Jahren auch Akzente im kulturellen Bereich, in der Umweltpolitik und in Bildungs Kooperationen gesetzt. Keine Rolle spielten bisher die Veränderungen in den Lebens- und Arbeitswelten in China (und Deutschland), die China „in Bewegung“ gebracht haben: Wanderarbeit, zunehmende Arbeitskämpfe, Veränderungen in den chinesischen Gewerkschaften, trotz positiver Entwicklung anhaltende Probleme im Bildungsbereich – die Themenpalette, die wichtige Umbrüche in China benennt, ist breit. Die vorliegende Broschüre gibt einen Einblick in diese Themen und benennt als Herausforderung für deutsch-chinesische Partnerschaften die stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft.

Preis: 5,00 Euro

Ab 10 Exemplaren: 3,00 Euro
(zuzüglich Versandkosten)



SÜDWIND e.V.

Lindenstraße 58–60
D-53721 Siegburg

Tel.: +49 (0) 22 41-53 617
Fax: +49 (0) 22 41-51 308
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung des Vereins:
SÜDWIND e.V.
KD-Bank
Konto-Nr.: 99 88 77
BLZ 350 601 90

Bankverbindung der Stiftung:
SÜDWIND-Stiftung
Ethikbank Eisenberg
Konto-Nr.: 308 40 00
BLZ 830 944 95